

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe



Die Ortschaften und Territorien
im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg

Ortsartikel Bochum

E-Book
Münster 2021

HISTORISCHES HANDBUCH DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFTEN IN WESTFALEN UND LIPPE

Die Ortschaften und Territorien
im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg

Herausgegeben von
Frank Göttmann

Redaktion
Burkhard Beyer, Wilfried Reininghaus,
und Rita Schlautmann-Overmeyer

Ortsartikel Bochum

**Auszug aus:
E-Book
Münster 2021**

Die Druckfassung ist erschienen im
Ardey-Verlag
Münster 2016



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Impressum zur Open-Access E-Book-Ausgabe

Die vorliegende Ausgabe ist ab Seite 1 text- und seitengleich mit der 2016 im Verlag Ardey erschienenen gedruckten Ausgabe.

© Landschaftsverband Westfalen-Lippe,
Historische Kommission für Westfalen

2021

Die Datei darf zu privaten Zwecken heruntergeladen und gespeichert werden. Bibliotheken, Archive und öffentliche Forschungseinrichtungen dürfen die Datei auf Servern speichern und zu wissenschaftlichen Zwecken zur Verfügung stellen. Darüber hinausgehende sowie jede Form der gewerblichen Nutzung bedarf der Genehmigung der Historischen Kommission. Jede Änderungen der Datei ist untersagt.

Lizenz: Creative Commons BY-SA-NC-ND 3.0 DE
(Weiterverwendung nur mit Namensnennung, unter gleichen Bedingungen,
nicht kommerziell, ohne Berarbeitung)

Vorwort der Herausgeber zur Online-Ausgabe

Das „Historische Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe“ wird fünf Jahre nach Erscheinen des letzten Teilbandes in einer digitalen Fassung online zugänglich gemacht. Nachdem die vier Teilbände in Bibliotheken der ganzen Welt, von Jerusalem über London und Washington, verfügbar sind, erhoffen sich die Herausgeber des Gesamtwerks von der Online-Stellung weitere Impulse für die Erforschung der jüdischen Geschichte in Westfalen. Sie sind dankbar dafür, dass alle Autorinnen und Autoren – beziehungsweise deren Erben – der einzelnen Artikel ihre Zustimmung zu einer elektronischen Veröffentlichung erteilt haben. Dazu gibt auch die positive Resonanz auf das Handbuch Anlass. Die Rezensentinnen und Rezensenten würdigten einhellig die Absicht der Historischen Kommission für Westfalen, den Wissenstand zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch Ortsartikel und flankierende Überblicksartikel zu dokumentieren.

Damit sind aber die Arbeiten an der jüdischen Geschichte in Westfalen keineswegs abgeschlossen. Allein durch die Digitalisierung von Archivbeständen werden neue Informationen bereitgestellt, die weitere Forschungen initiieren werden. Wie lebendig die regionale Aufarbeitung der jüdischen Geschichte ist, zeigt die NRW-Bibliographie. Allein für 2019/2020 wurden knapp 60 Beiträge zu Orten in Westfalen in Printmedien nachgewiesen. Die Historische Kommission für Westfalen wird deshalb allen an jüdischer Geschichte Interessierten in Westfalen und darüber hinaus auch künftig ein Forum bieten, um sich in unregelmäßigen Abständen über Quellen, Projekte und Arbeitsfortschritte auszutauschen. 2019 hat bereits ein erstes Treffen stattgefunden. Die Kommission wird auf dem Wege der Online-Publikation die erschienene neue Literatur vorstellen und ihre Internetseiten für weitere Grundlagenwerke öffnen. In gleicher Form sind bereits die Orts- und Personenregister zum Handbuch erschienen.

Fundierte Kenntnisse zur jüdischen Geschichte in unserer Region sind vor dem Hintergrund der antisemitischen Proteste – nicht erst im Mai 2021, u. a. in Gelsenkirchen und Münster – nötiger denn je. Die Herausgeber fühlen sich unverändert diesem Ziel verpflichtet, das schon die vieljährige Arbeit am Gesamtwerk so lohnend machte.

Münster und Paderborn, im Sommer 2021

Frank Göttmann

Karl Hengst (†)

Peter JohANEK

Franz-Josef Jakobi

Wilfried Reininghaus

Die gedruckt verfügbaren Bände

Alle Bände sind auch weiterhin im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster. Hrsg. von Susanne FREUND, Franz-Josef JAKOBI und Peter JOHANEK, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER, Münster 2008, Unveränderter Nachdruck Münster 2017, 780 Seiten, 1 Falkarte (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLV, Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen, Band 2) Ardey, ISBN 978-3-87023-282-5, Preis: 69,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Hrsg. von Karl HENGST in Zusammenarbeit mit Ursula OLSCHESWSKI, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER in Kooperation mit Bernd-Wilhelm LINNEMEIER. Münster 2013, 832 Seiten, Festeinband, 2 Karten und Gliederungsschema in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 10). Ardey, ISBN 978-3-87023-283-2, Preis: 79,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg. Hrsg. von Frank GÖTTMANN, Redaktion Burkhard BEYER, Wilfried REININGHAUS und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. Münster 2016, 860 Seiten, Festeinband, Gliederung und Karte in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 12). Ardey, ISBN 978-3-87023-284-9, Preis: 79,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven. Hrsg. von Susanne FREUND, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. Münster 2013, 415 Seiten, Festeinband, 2 Karten in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 11). Ardey, ISBN 978-3-87023-285-6, Preis: 66,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Drei Regionalbände und ein Grundlagenwerk im Schubert. Ardey, 978-3-87023-394-5, Preis 274,00 Euro.

Der Schubert ist auf Anfrage auch einzeln in der Geschäftsstelle der Historischen Kommission erhältlich.

Die online verfügbaren Bände

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster. Hg. von Susanne FREUND, Franz-Josef JAKOBI und Peter JOHANEK, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLV, Band 2).

Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_XLV_2_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_XLV_2_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Hg. von Karl HENGST in Zusammenarbeit mit Ursula OLSCHESKI, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER in Kooperation mit Bernd-Wilhelm LINNEMEIER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 10) **Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_010_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_010_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg. Hg. von Frank GÖTTMANN, Redaktion Burkhard BEYER, Wilfried REININGHAUS und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 12) **Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_012_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_012_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven. Hg. von Susanne FREUND, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 11)

Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_011_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_011_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Register der Orte und Territorien. Bearb. von Florian STEINFALS. Online-Publikation Münster 2016 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 12).

Verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_\(2016\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_(2016).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Register der jüdischen und christlichen Namen. Bearbeitet von Burkhard BEYER und Florian STEINFALS. Online-Publikation Münster 2018 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 14). **Verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_014_\(2018\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_014_(2018).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Nachträge, neue Forschungen und regionale Erinnerungskultur. Bearbeitet von Burkhard BEYER und Anna STRUNK. Online-Publikation Münster 2021 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 20). **Verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_020_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_020_(2021).pdf)

Einführung

Mit dem Teilband ‚Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg‘ des ‚Historischen Handbuchs der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe‘ liegt erstmals ein lexikalisches Nachschlagewerk vor, das alle Bereiche jüdischen Lebens in dieser Region umfasst.¹ Für die Bearbeitung der 101 Ortsartikel konnten 57 Autorinnen und Autoren, vor allem aus Archiven und Museen sowie sonstigen Kultur- und Bildungseinrichtungen, gewonnen werden – vier von ihnen sind seit Abfassung ihrer Beiträge leider bereits verstorben. Einführend greifen sechs Überblicksartikel – damit generelle Sachverhalte nur an einer zentralen Stelle erörtert werden müssen – gesamtgeschichtliche Entwicklungen in den einzelnen Territorien bis zur Auflösung des Alten Reiches auf. Sie beschreiben die jeweils eigenständige territoriale Judenpolitik im Herzogtum Westfalen (aufgeteilt in zwei Beiträge), im Fürstentum Siegen sowie in den Grafschaften Mark, Limburg und Wittgenstein. Informationen zur Geschichte der Reichsstadt Dortmund finden sich im Ortsartikel Dortmund. Der bereits erschienene vierte Band des Gesamtwerkes setzt die Darstellung der Geschichte seit dem 19. Jahrhundert fort. Eine detaillierte Karte zeigt die im Band erwähnten jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften. Darauf eingetragen sind auch die von den preußischen Behörden – auf der Grundlage des Gesetzes ‚Über die Verhältnisse der Juden‘ vom 23. Juli 1847² – festgesetzten Synagogenbezirke, die in der Literatur bisher noch nicht systematisch erfasst und kartographisch dargestellt wurden. Veranschaulicht werden damit die meist in den 1850er Jahren umgesetzten behördlichen Vorgaben, nicht jedoch die bis dahin bestehenden Formen jüdischer Selbstorganisation. Nähere Erläuterungen dazu sind der Karte beigegeben.

Ausgehend von dem landesgeschichtlichen Arbeitsauftrag der Historischen Kommission für Westfalen, liegt dem Handbuch ein historischer, kein judaistischer Ansatz zugrunde, wobei zudem die innerjüdische Sicht der Dinge schon wegen fehlender Erschließung und Auswertung der entsprechenden Überlieferung weitgehend unberücksichtigt bleiben musste.

1 Prinzipien der Darstellung

Absicht des Handbuchs ist es, die Geschichte aller jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften – gemeint sind damit informelle Zusammenschlüsse von Juden – darzustellen, wobei die Gleichgewichtigkeit sozialer, politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer oder demographischer Aspekte sowie aller Perioden vom Mittelalter bis zum

- 1 Zum Handbuchprojekt siehe: FREUND Susanne/REININGHAUS Wilfried, ‚Das Handbuch der jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften in Westfalen und Lippe‘ – ein neues Projekt der Historischen Kommission für Westfalen. In: WF 53 <2003> 411–417; FREUND Susanne/JAKOBI Franz-Josef, Stadt und jüdisches Leben. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2 <2005> 5–13; JAKOBI Franz-Josef/REININGHAUS Wilfried, Das Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe – ein Projektbericht. In: KELLER Manfred/MURKEN Jens (Hg.), Jüdische Vielfalt zwischen Ruhr und Weser. Erträge der dritten Biennale Musik & Kultur der Synagoge 2012/2013 <Berlin 2014> 93–112.
- 2 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1847 Nr. 30 <Berlin 1847> 263–278. Zu den 1846/47 in den Amtsblättern veröffentlichten Namenslisten: DUPLICA Eleonora (Hg.), Die Annahme fester Familiennamen der Juden in Westfalen. Die 1846/47 publizierten Verzeichnisse der preußischen Amtsblätter (= Materialien der Historischen Kommission für Westfalen 5) <Münster 2013>, [http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_005_\(2013\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_005_(2013).pdf).

Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und zur gegenwärtigen Situation angestrebt wurde. Das Projekt trägt damit auf lokal- und regionalgeschichtlicher Ebene Tendenzen der Forschung zur jüdischen Geschichte Rechnung, Juden als aktiven und gestaltenden Teil der Gesellschaft³ und nicht vorwiegend unter den Prämissen des im ausgehenden 19. Jahrhundert aufkommenden rassistischen Antisemitismus und der Verfolgung im Nationalsozialismus wahrzunehmen. Ziel ist es, vergleichbare Ergebnisse – wie sie vielfältige überregionale Forschungen präsentieren – auf lokaler und regionaler Ebene zu erreichen und somit eine ergänzende, gebündelte und aktualisierte Gesamtdokumentation unseres heutigen Wissens über das jüdische Leben in Westfalen und Lippe vorzulegen.⁴ Das Handbuch mit seinem umfassenden chronologischen und thematischen Überblick zur westfälisch-jüdischen Geschichte soll so als Grundlage für weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen dienen.

2 Auswahlkriterien

Erfasst sind alle Orte des Regierungsbezirks Arnsberg, für die ein eigenständiges jüdisches Leben, d. h. zumindest die Existenz eines Friedhofs bzw. einer Betstube, nachgewiesen ist. Dieses Verfahren stellte nicht nur methodisch, sondern auch inhaltlich ein Problem dar, denn die Kriterien ließen sich nicht immer strikt einhalten. Kleine jüdische Ansiedlungen, die entweder einer Nachbargemeinde angeschlossen waren oder nur für einen kurzen Zeitraum bestanden haben, erhielten keinen eigenen Beitrag, sondern finden Erwähnung in anderen Ortsartikeln. Ihre Erschließung ist über ein abschließendes, separates Register vorgesehen;⁵ ferner sind sie in der beiliegenden Karte verzeichnet. Diesbezüglich kann auch kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden, da erfahrungsgemäß immer noch weitere, bisher unbekannte jüdische Wohnorte bekannt werden können. Von Gemeinde wird dabei nur gesprochen, wenn in einem Ort regelmäßig Gottesdienste stattfinden konnten und Hinweise auf Gemeindeleben vorliegen. Eine jüdische Gemeinschaft hingegen geht lediglich von der Ansiedlung weniger Juden in kleinen Orten aus. Von einer Synagogengemeinde ist die Rede, wenn diese nach der Umsetzung des ‚Gesetzes über die Verhältnisse der Juden‘ vom 23. Juli 1847 in den 1850er Jahren diesen Status erhielt; die Bezeichnungen ‚Synagogen-Gemeinde‘ und ‚Synagogen-Bezirk‘ wurden dabei synonym verwandt.⁶

Inhaltlich reicht das Spektrum der Darstellung vom ersten vorliegenden Nachweis⁷ bis zur heutigen Erinnerungskultur bzw. zur Entwicklung der wenigen nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstandenen jüdischen Gemeinden. Für die heutige politische Gliederung der Orte wurde die 1975 abgeschlossene kommunale Gebietsreform zugrunde gelegt. Den Mitgliedern des Herausbergremiums und der Redaktion war

3 Vgl. hierzu z. B. LÄSSIG Simone, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert (= Bürgertum, NF 1) <Göttingen 2004>.

4 Die forschungsgeschichtliche Einordnung und die Erläuterung der methodischen Grundsätze für das Handbuch insgesamt wurden in der Einführung des Generaliabandes vorgenommen: FREUND Susanne (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen NF 11) <Münster 2013> 11–20.

5 Das Register wird in der digitalen Schriftenreihe der Historischen Kommission für Westfalen erscheinen („Materialien der Historischen Kommission für Westfalen“), abrufbar über die Homepage der Historischen Kommission (<http://www.lwl.org/LWL/Kultur/Historische-Kommission>), Gliederungspunkt „Publikationen“.

6 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1847 Nr. 30 <Berlin 1847> 270 (Titel II §§ 35, 36); Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Preußens auf das Jahr 5617 [1856] 78.

7 Sowohl die Erstnennungen jüdischer Einwohner als auch die Angaben für die spätere Zeit geben nur erste Hinweise. Die Beschäftigung mit den Archivalien zeigt, dass jederzeit neue Informationen gefunden werden können.

von Anfang an das methodische Grundsatzproblem bewusst, das sich aus der Strukturierung des Handbuchs nach den gegenwärtigen Verwaltungseinheiten und Ortschaften ergibt. Jüdisches Leben – sei es in kleineren Gemeinschaften und Familienverbänden, in Gemeinden oder Synagogenbezirken – lässt sich so nicht lückenlos erfassen. Die spezielle Mobilität und der weitreichende Aktionsradius einzelner Personen und Verwandtenkreise über Grenzen hinweg sowie deren gleichzeitige Präsenz an mehreren Orten – bis hin zum Haus- und Grundbesitz – kommen auf diese Weise in ihrer ganzen Komplexität nicht in den Blick. Ein weiteres Problem ergab sich aus der unterschiedlichen Überlieferungs- und Forschungsgeschichte: Kleinere Orte mögen übergewichtet erscheinen, während größere aufgrund des beschränkten Gesamtumfangs des Bandes vergleichsweise konzentriert dargestellt werden mussten.

Viele Einzelfragen hätten sich je nach Quellenlage in sehr unterschiedlichem Umfang beantworten lassen. Um ein überschaubares Handbuch vorzulegen, musste der Seitenumfang der einzelnen Ortsartikel jedoch limitiert werden. Soweit vertretbar setzen die Beiträge dennoch eigene Akzente und Schwerpunkte. Solche Unterschiede erklären sich aus regionalen Besonderheiten, aus dem unterschiedlichen Forschungsstand der Lokalgeschichte und der ungleichmäßigen Überlieferung.

3 Gliederungsprinzip

Den Ortsartikeln liegt in erster Linie ein chronologisches Gliederungsprinzip zugrunde, wobei soziale, kulturelle, gesellschaftliche und politische Aspekte ebenso berücksichtigt werden wie demographische und ökonomische Entwicklungen. Alle Ortsartikel folgen einem einheitlichen Schema, so dass Vergleiche gezogen, Parallelen und Divergenzen sichtbar werden. Der allgemeine Aufbau eines Ortsartikels orientiert sich aber auch an der Sachthematik. Details wie etwa die Beteiligung der Juden am politischen und gesellschaftlichen Leben oder die Angabe der Bevölkerungszahlen (Gliederungspunkt 2.2.1) in den Zeitschnitten 1843, 1858, 1871, 1895 und 1925 lassen die Vergleichbarkeit der Situation in den behandelten Orten – soweit sie in der ehemaligen preußischen Provinz⁸ lagen – zu.

Am Anfang stehen kurze Informationen über wechselnde Zugehörigkeiten zu Territorien und Verwaltungsbezirken (Gliederungspunkt 1), wobei die Zeit zwischen den Anfall an Preußen 1815 (Zugehörigkeit bis 1946) und der kommunalen Gebietsreform 1975 aufgrund der einheitlichen gesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen nicht dargelegt werden musste. Die anschließend aufgeführte erste amtliche Zuordnung einzelner jüdischer Gemeinschaften zu Synagogenbezirken schwankte in der Folgezeit zum Teil erheblich und entsprach häufig nicht der heute gültigen politischen Gemeindegliederung, die gleichwohl die Ordnung der Ortsartikel bestimmt. Diese Differenz ist bei der Suche nach bestimmten jüdischen Wohnorten zu bedenken.

Es folgen Ausführungen zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaft des jeweiligen Ortes in zeitlichen Abschnitten (Gliederungspunkt 2). Berücksichtigung finden darin auch die innere Gemeindestruktur und -verfassung sowie die Betätigung einzelner Mitglieder in der eigenen Gemeinschaft wie auch in Kultur und Wissenschaft und im politischen Umfeld. Die Beschreibung von Gemeindeeigentum (insbesondere Synagogen und Friedhöfe) sowie von privaten Gebäuden in jüdischem Besitz erfolgt unter Gliederungspunkt 3. Dabei wird nur Grundsätzliches referiert und gegebenenfalls auf

8 Fehlende Angaben in den Referenzjahren bedeuten, dass keine statistischen Angaben vorliegen, d. h. es wohnten in dem Ort zu dem Zeitpunkt keine Juden. In der gedruckten Preußischen Statistik für 1925 stimmt die aufgeführte Summe nicht immer mit der Addition der zuvor genannten einzelnen Zahlen überein, dies ist mit einem Ausrufezeichen in Klammern [!] kenntlich gemacht. Listen aus der Vormoderne, auch wenn sie zeitgleich erstellt wurden, enthalten manchmal unterschiedliche Angaben, hierauf wurde nicht gesondert verwiesen.

das einschlägige Werk von Elfi Pracht-Jörns verwiesen.⁹ Abschließend finden sich unter Gliederungspunkt 4 Quellen und Literatur.

4 Benutzungshinweise

Weitere Hinweise zu einzelnen Gliederungspunkten:

- Da die Gesetzgebung und deren praktische Umsetzung bei Änderungen der territorialen Zugehörigkeit¹⁰ (Gliederungspunkt 1.2) zeitlich nicht immer übereinstimmen oder durch militärische Besetzungen vorweggenommen wurden, werden teilweise zwei Jahreszahlen angegeben, z. B. 1806/07.

- Für Stadt und Land galten bis in das 19. Jahrhundert hinein u. a. unterschiedliche Gesetze, aus diesem Grund werden Stadt- bzw. Wigboldrecht genannt.

- Bei der Auflistung der Archivalien (4.1) sind nicht nur die benutzten Bestände der einzelnen Archive erwähnt, sondern – anders als im Münster-Band – nach Möglichkeit auch die Aktennummern.

- In 4.2 werden nicht alle vorhandenen Abbildungen aufgeführt.

- In Gliederungspunkt 4.3 (gedruckte Quellen) werden die für die Beiträge ausgewerteten Einzelartikel der Zeitungen – z. B. ‚Israelitisches Familienblatt‘ – mit konkretem Datum nachgewiesen. Wurden mehr als drei Artikel für einen Beitrag ausgewertet, erfolgt nur die Angabe der Jahrgänge, um die Quellenangaben nicht zu überfrachten.

- Gliederungspunkte entfielen, wenn keine Informationen dazu vorlagen.

- Auf einen Anmerkungsapparat wurde bei den Ortsartikeln verzichtet und stattdessen die benutzte Literatur summarisch zusammengefasst.

- Auf die grundlegende und einschlägige ortsübergreifende Literatur erfolgt in den Ortsartikeln des Bandes Arnsberg – wie schon im Band Detmold, aber anders als im Band Münster – kein gesonderter Hinweis, dieses Vorgehen war aufgrund des erheblichen Umfangs des Bandes notwendig. Der Gliederungspunkt 4.4 führt deshalb nur ortsbezogene Literatur speziell zur jüdischen Geschichte auf. Die in den Ortsartikeln nur abgekürzt zitierten Werke sowie die einschlägige Überblicks-Literatur finden sich im zusammenfassenden Literaturverzeichnis am Ende des Bandes.

- In den Texten entfällt der Zusatz ‚jüdisch‘, wenn der Bezug sich aus dem Kontext ergibt. Ebenso wird nicht bei jeder Erwähnung des Haindorfschen Vereins, seit 1866 Marks-Haindorf-Stiftung, auf dessen Standort Münster verwiesen.

- Bei den Daten in Klammern hinter den Herrschernamen handelt es sich um Regierungs-, nicht um Lebensdaten.

- Alle Ortsnamen erscheinen grundsätzlich in der heute üblichen Form. Im Ortsregister, das alle vier Bände erschließen wird, werden gegebenenfalls auch die landessprachlichen Namen aufgeführt.

- Die in den Quellen unterschiedliche Schreibweise von Personennamen wird in den einzelnen Ortsartikeln weitgehend übernommen.

- Quellenzitate sind mit „doppelten Anführungszeichen“ gekennzeichnet, NS-Begriffe und Eigennamen von Firmen, Vereinen usw. mit ‚einfachen Anführungszeichen‘.

- In das Glossar wurden ausgewählte Begriffe mit jüdischen Betreffen – sowohl Religion und Kultus als auch jüdische Institutionen und rechtliche Sachverhalte, u. a.

9 PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg <Köln 2005>. Abweichungen von den Angaben bei Pracht-Jörns wurden nicht gekennzeichnet.

10 Die genauen Daten der Zugehörigkeit zum Großherzogtum Berg und zum Großherzogtum Hessen (-Darmstadt) werden ebenso wenig angeführt wie die der Übergangszeit 1813–1815 (preußisches Zivil-/Militärgouvernement zwischen Weser und Rhein).

aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft – aufgenommen. Die Schreibweise hebräischer Begriffe orientiert sich dabei am ‚Philo-Lexikon‘¹¹.

- Am Ende des Bandes erleichtert ein alphabetisch geordnetes Verzeichnis aller in den Teilbänden für die drei Regierungsbezirke behandelten jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften deren Auffinden, da sie sowohl die frühere Bezeichnung als auch die heutige politische Zugehörigkeit des Ortes aufführt.

Herausgeber und Redaktion

11 Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens <ND der 3. Auflage von 1936, Frankfurt 1992>.

Liste der Ortsartikel

Alme → BRILON-Alme
ALTENA
Annen → WITTEN-Annen
ANRÖCHTE
Aplerbeck → DORTMUND-Aplerbeck
ARNSBERG
ARNSBERG-Hüsten
ARNSBERG-Neheim
ATTENDORN
BAD BERLEBURG
BAD BERLEBURG-Elsoff
BAD BERLEBURG-Schwarzenau
BAD LAASPHE
BAD SASSENDORF-Ostinghausen
Bad Westernkotten → ERWITTE-Bad Westernkotten
BALVE
Belecke → WARSTEIN-Belecke
Beringhausen → MARSBERG-Beringhausen
Berleburg → BAD BERLEBURG
Bigge → OLSBERG-Bigge
Blankenstein → HATTINGEN-Blankenstein
BOCHUM
BOCHUM-Wattenscheid
Bödefeld → SCHMALLENBERG-Bödefeld
Bork → SELM-Bork
Brambauer → LÜNEN-Brambauer
BRILON
BRILON-Alme
BRILON-Madfeld
Büderich → WERL-Büderich
Burgholdinghausen → KREUZTAL-Burgholdinghausen
Dorstfeld → DORTMUND-Dorstfeld
DORTMUND
DORTMUND-Aplerbeck
DORTMUND-Dorstfeld
DORTMUND-Hörde
DORTMUND-Mengede
DORTMUND-Wickede
Eickelborn → LIPPSTADT-Eickelborn
Elsoff → BAD BERLEBURG-Elsoff
Ergste → SCHWERTE-Ergste
ERWITTE
ERWITTE-Bad Westernkotten
ERWITTE-Horn
ESLOHE
ESLOHE-Wenholthausen
Essentho → MARSBERG-Essentho

FINNENTROP-Lenhausen
 FRÖNDENBERG
 GESEKE
 GEVELSBERG
 Giershagen → MARSBERG-Giershagen
 HAGEN
 HAGEN-Hohenlimburg
 HALLENBERG
 HAMM
 HATTINGEN
 HATTINGEN-Blankenstein
 Heddinghausen → MARSBERG-Heddinghausen
 HEMER
 Hennen → ISERLOHN-Hennen
 Herbede → WITTEN-Herbede
 HERDECKE
 HERNE
 HERNE-Wanne-Eickel
 Herzfeld → LIPPETAL-Herzfeld
 HILCHENBACH
 Hohenlimburg → HAGEN-Hohenlimburg
 Hörde → DORTMUND-Hörde
 Horn → ERWITTE-Horn
 Hovestadt → LIPPETAL-Hovestadt
 Hüsten → ARNSBERG-Hüsten
 ISERLOHN
 ISERLOHN-Hennen
 ISERLOHN-Oestrich
 KAMEN
 Körbecke → MÖHNESEE-Körbecke
 KREUZTAL-Burgholdinghausen
 KREUZTAL-Littfeld
 Laasphe → BAD LAASPHE
 Langenei → LENNESTADT-Langenei
 Lenhausen → FINNENTROP-Lenhausen
 LENNESTADT-Langenei
 LENNESTADT-Oedingen
 Lipperode → LIPPSTADT-Lipperode
 LIPPETAL-Herzfeld
 LIPPETAL-Hovestadt
 LIPPETAL-Oestinghausen
 LIPPSTADT
 LIPPSTADT-Eickelborn
 LIPPSTADT-Lipperode
 Littfeld → KREUZTAL-Littfeld
 LÜDENSCHIED
 LÜNEN
 LÜNEN-Brambauer
 Madfeld → BRILON-Madfeld
 MARSBERG-Beringhausen
 MARSBERG-Essentho

MARSBERG-Giershagen
MARSBERG-Heddinghausen
MARSBERG-Niedermarsberg
MARSBERG-Obermarsberg
MARSBERG-Padberg
MARSBERG-Udorf
MEDEBACH
MEINERZHAGEN
MENDEN
Mengede → DORTMUND-Mengede
MESCHEDE
MÖHNESEE-Körbecke
Neheim → ARNSBERG-Neheim
Neuenkleusheim → OLPE-Neuenkleusheim
NEUENRADE
Niedermarsberg → MARSBERG-Niedermarsberg
Obermarsberg → MARSBERG-Obermarsberg
Oedingen → LENNESTADT-Oedingen
Oestereiden → RÜTHEN-Oestereiden
Oestinghausen → LIPPETAL-Oestinghausen
Oestrich → ISERLOHN-Oestrich
OLPE
OLPE-Neuenkleusheim
OLPE-Rhode
OLSBERG-Bigge
Ostinghausen → BAD SASSENDORF-Ostinghausen
Padberg → MARSBERG-Padberg
PLETTENBERG
Rhode → OLPE-Rhode
RÜTHEN
RÜTHEN-Oestereiden
Scheidingen → WELVER-Scheidingen
SCHMALLENBERG
SCHMALLENBERG-Bödefeld
Schwarzenau → BAD BERLEBURG-Schwarzenau
SCHWELM
SCHWERTE
SCHWERTE-Ergste
SELM-Bork
SIEGEN
SOEST
Stockum → SUNDERN-Stockum
SUNDERN-Stockum
Udorf → MARSBERG-Udorf
UNNA
Wanne-Eickel → HERNE-Wanne-Eickel
WARSTEIN
WARSTEIN-Belecke
Wattenscheid → BOCHUM-Wattenscheid
WELVER-Scheidingen
Wenholthausen → ESLOHE-Wenholthausen

WERL

WERL-Büderich

WERNE

Wickede → DORTMUND-Wickede

WINTERBERG

WITTEN

WITTEN-Annen

WITTEN-Herbede

Gliederungsschema der Ortsartikel

- 1 KURZINFORMATION
 - 1.1 Ort, Kreiszugehörigkeit
 - 1.2 Staatliche und kultische Zugehörigkeit
- 2 GESCHICHTE, ORGANISATION UND TÄTIGKEITSFELDER DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFT
 - 2.1 Geschichte der Gemeinschaft
 - 2.1.1 Jüdisches Leben bis zum Ende des Alten Reiches
 - 2.1.2 Jüdisches Leben im 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik
 - 2.1.3 Jüdisches Leben in der Zeit des Nationalsozialismus
 - 2.1.4 Neuanfänge in der Nachkriegszeit und Erinnerungskultur
 - 2.2 Verfassung, Organisation und Tätigkeitsfelder der Gemeinschaft
 - 2.2.1 Innere und äußere Organisation
 - 2.2.2 Kultus und Kultusort
 - 2.2.3 Schul- und Religionsunterricht
 - 2.2.4 Soziale Betätigung
 - 2.3 Tätigkeitsfelder einzelner Gemeindemitglieder
 - 2.3.1 Amts- und Funktionsträger
 - 2.3.2 Herausragende Persönlichkeiten
 - 2.3.3 Beteiligung an politischen und sonstigen Vereinigungen
- 3 BAU- UND KUNSTDENKMÄLER
 - 3.1 Gemeindeimmobilien
 - 3.2 Wohnhäuser, gewerbliche und industrielle Anlagen
 - 3.3 Friedhöfe
- 4 QUELLEN UND LITERATUR
 - 4.1 Archivalien
 - 4.2 Fotos, Gemälde, Ansichten, Grundrisse und Lagepläne
 - 4.3 Gedruckte Quellen, Quellensammlungen, Findbücher, Regesten- und Nachschlagewerke
 - 4.4 Ortsbezogene Literatur

entstanden ist. Plan und Fotos des jüd. Friedhofs in: BRÜSCHKE/FÖCKELER, Jüdisches Leben im Hochsauerland 300, 362, 364. Fotos des Hauses Bondy in: STÖRING Heinz (Red.), Kunst- und Geschichtsdenkmäler im Märkischen Kreis mit amtlichen Denkmallisten. Beschreibungen und Bilder (= Veröffentlichungen des Heimatbundes Märkischer Kreis 3) 3. Aufl. <Balve 1993> 118, 800.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 5–39 <1831–1899>. – BETTGE Götz/KIRSTE Reinhard, Quellen zur Geschichte der Juden im Raum Iserlohn <Iserlohn 1989> 25f.

4.4 BRÜSCHKE/FÖCKELER (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 52f., 290–300, 309f., 362–364. – KOHL Rolf Dieter, Das Testament des Balver Juden Samuel Abraham aus dem Jahre 1786. In: Der Märker 50 <2001> 195–197. – PÜTTER Josef, Sauerländisches Grenzland im Wandel der Zeit. Beiträge zur Geschichte der Kreise Arnsberg, Iserlohn und Altena, unter besonderer Berücksichtigung der Gerichts- und Verwaltungsverhältnisse im Amtsbezirk Balve und seiner Nachbargebiete, 2. überarb. Aufl. <Balve 2005> 174–177.

Rolf Dieter Kohl

BOCHUM

1.1 Stadt Bochum, kreisfrei

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 14./15. Jh. Stadtwerdung, 1876 kreisfreie Stadt, 1904, 1926 und 1929 Eingemeindungen, 1975 Vereinigung mit Wattenscheid.

Auf dem Gebiet des Kreises Bochum (ab 1876 Landkreis Bochum) wurden 1854/55 die drei Synagogenbezirke Bochum, Witten und Hattingen eingerichtet. Zum Synagogenbezirk Bochum gehörten laut Statut von 1858 die Juden aus der Stadt Bochum, aus dem Amt Bochum (u. a. mit den Gemeinden Hamme, Gerthe, Harpen, Laer, Weitmar und Wiemelhausen) und dem Amt Herne (u. a. mit den Gemeinden Herne, Bickern bzw. Wanne, Eickel und Röhlinghausen). Die heute zu Bochum gehörenden Stadtteile Langendreer, Stiepel und Werne gehörten zum Synagogenbezirk Witten (dessen Hauptort bis 1869 Osthertede war), die heute ebenfalls zu Bochum zählenden Stadtteile Linden, Dahlhausen und Wattenscheid zum Synagogenbezirk Hattingen.

2.1.1 Aus der Zeit um 1175 findet sich eine Darstellung des Joseph mit Judenhut in der Bochumer Propsteikirche St. Peter und Paul in einem Relief am romanischen Taufstein. 1349 wies ein im Zuge des Territorialstreites zwischen dem Grafen von der Mark und dem Erzbischof von Köln entstandener Schiedsspruch dem beiden Kontrahenten die Einnahmen aus dem Hochgericht und der Freigrafschaft Bochum für die nächsten zehn Jahre je zur Hälfte zu, gleich, ob sie von Christen oder von Juden stammten; eine Ansiedlung von Juden in Bochum ist damit jedoch nicht hinreichend belegt. In der ältesten Stadtrechnung von 1616 werden zwei in Bochum ansässige Juden genannt: Isaac und Jacob, beide mit dem Zusatz ‚Judde‘. Mitte des 17. Jh. war die Zahl der in Bochum lebenden Schutzjuden auf sechs beschränkt. Um 1634 wurde in Bochum Leffmann Behrens geboren, der sich 1669 in Hannover niederließ und einer der bedeutendsten Hofjuden in Deutschland wurde. Bis zu seinem Tod 1714 hielt er Kontakt mit seiner

Familie in Bochum. Aus dem Jahr 1650 stammt der erste Beleg für jüd. Gottesdienste in Bochum. 1661 verlängerte der Kurfürst von Brandenburg die Schutzbriefe der sechs jüd. Familien in Bochum um 15 Jahre, sie galten für Berndt Isaak, Jacob Simon, Arndt Berndt, Levi Raphael, Salomon Harm und die Witwe Jacob. Die Familienoberhäupter erscheinen regelmäßig als Steuerzahler in den Stadtrechnungen. Zusätzlich zu dem an den Kurfürsten zu entrichtenden Tribut mussten sie zu Martini ein ‚Jahrgeld‘ an die Stadtkasse zahlen, das sich je nach Vermögen zwischen 1 und 5 Rtlr. bewegte. Zu Gunsten des Marcus Joseph stellte 1703 der Erbherr zu Overdyk, Vinzenz von Loe, einen Wechsel aus. 1731 wird Marcus Joseph (späterer Schwiegervater des Arztes Dr. Copilius Pictor) als wohlhabender Kaufmann erwähnt, der für seine Kinder den Lehrer Meyer Nathan engagiert hatte. Zwischen 1737 und 1748 sind jüd. Glasmacher, die bis 1777 in der Grafschaft Mark nicht zünftig gebunden waren, u. a. in Bochum nachgewiesen. 1750 ist Jacob Moses aus Bochum belegt, der inländische Wollwaren vertrieb. 1766 etablierte sich Heimann Aaron als Ordinarius in Bochum, 1779 starb seine Ehefrau. Nachgewiesen sind im Zusammenhang mit einer Ansetzung als Extraordinarius bzw. Ordinarius oder mit der Beantragung einer Konzession zum Hausbesitz für das 18. Jh. ferner Emanuel Marcus (1770, wird bereits 1766 als Pfandleiher mit einem Vermögen von 1500 Rtlr. erwähnt), Salomon Isaac (1770, 1781, 1783 und 1784), Hertz Seeligmann (1777, 1778, 1781 und 1783) sowie Salomon Moses (1783). 1741 ließ sich Copilius Pictor in Bochum nieder, der erste wissenschaftlich ausgebildete Arzt in der Stadt. Er hatte in Duisburg studiert und war dort zum Dr. med. promoviert worden. 1742 wird er als öffentlicher Bedienter der Bochumer Judenschaft genannt, vor dem Siebenjährigen Krieg zählte er zu den wohlhabendsten Mitgliedern der märkischen Judenschaft. In den 1730er Jahren wohnte er als Mieter im Haus der nichtjüd. „Juffer Bodden“ in der Nähe des Marktplatzes (Haus Nr. 179), Mitte der 1740er Jahre zog er in ein nahe gelegenes Haus an der Schützenbahn (Nr. 174). 1756 bezog er zusammen mit Frau und Tochter, einem Knecht und drei Mägden das Haus Nr. 208 in der damaligen Hertzstr., um nur ein Jahr später in das Haus an der Schützenbahn zurückzukehren. Für das letzte Drittel des Jh. ist belegt, dass er sich mehrere Jahre „kümmerlich“ habe ernähren müssen. Mit zehn bis zwölf ansässigen jüd. Familien zählt Bochum im 18. Jh. zu den fünf bedeutendsten jüd. Gemeinden der Grafschaft Mark. Gegen Ende des Jh. waren neben dem Schlachten und Handeln auch Wechselgeschäfte eine wichtige Erwerbsquelle der Juden; einige verdienten ihren Lebensunterhalt als Knechte und Mägde. Als Bochums Wirtschaftskraft im letzten Viertel des 18. Jh. nachließ, führte dies zur Abwanderung jüd. Familien. Wohnten 1774 noch 62 Juden in Bochum, so waren es 1789/90 noch 49 jüd. Personen in elf Familien, 1796 dann nur noch 36 Juden.

2.1.2 Das bis zur Mitte des 19. Jh. ländlich strukturierte Bochum wurde ab der Mitte des 19. Jh. zu einem Hauptort der Industrialisierung. Diese rasante Entwicklung hatte auch eine verstärkte jüd. Zuwanderung zur Folge. Stammväter von später einflussreichen Familien in Bochum waren Michel Moses (später Würzburger), der seit 1805 in der Stadt ansässig war, sein jüngerer Bruder Wolf Moses (Stammvater der Familie Wolff), ferner die Brüder Joseph Meyer (seit 1823 in Bochum), Levi Meyer (seit 1825) und Aaron Meyer (seit 1840) sowie Meyer Isaak (seit Anfang des 19. Jh.) und Herz Simon (seit 1819/22, er nannte sich später Heilbronn). 1832 ist Aaron Herz als Metzger und Ellenwarenhändler verzeichnet, Meier Joseph als Metzger. 1834 werden zusätzlich Isaac Meyer mit einem Viehhandel und Moses Würzburger mit einem Ellenwarenhandel aufgeführt. 1843 waren die Bochumer Juden nach wie vor überwiegend im kaufmännischen Bereich tätig; erwähnt werden Händler und Krämer mit Geschäften, die „im Umherziehen“ betrieben wurden (14), Kaufleute mit Ladengeschäften (4), Kramhändler und Trödler (5), Viktualienhändler oder Höker (1), Handeltreibende, deren Betrieb mit einem Handwerk verbunden war (2), Akademiker (3), Pferdehänd-

ler (3) und gewerbliche Gehilfen (17). 18 Bochumer Juden verdienten ihren Lebensunterhalt im Gesindedienst, zwei werden als Bettler bezeichnet. Insgesamt 265 Personen (knapp sieben Prozent der Bevölkerung) wurden 1843 in Bochum zur Gewerbesteuer herangezogen – darunter befanden sich 35 Juden, was mehr als 13 Prozent der jüd. Einwohner entsprach. Bei den angemeldeten Gewerben beschränkten sich die jüd. Steuerzahler auf die Steuerklassen A (Kaufleute mit kaufmännischen Rechten, vier Personen), B (Kaufleute ohne kaufmännische Rechte, acht Personen), E (Metzger, 13 Personen), H (steuerpflichtige Handwerker, eine Person) und L (Gewerbe, die im Umherziehen betrieben wurden, neun Personen). 1871 hatte sich die absolute Zahl der gewerbesteuerpflichtigen Juden auf 52 Personen erhöht. Die Zahl der nichtjüd. Metzger in Bochum war von einem (1843) auf zehn (1871) angewachsen, die der jüd. Metzger von 13 auf 16 Personen. Jüd. Handwerker sind seit Mitte des 19. Jh. nachweisbar, vereinzelt sind Nagelschmiede und Lichterzieher, Anstreicher und Tapezierer, Gerber und Färber, Mützen-, Kamm- und Zigarrenmacher, Schreiner, Schneider und Klempner in den Statistiken genannt. Seit Mitte des 19. Jh. finden sich in Bochum zudem mehrere Juden in akademischen Berufen. Dr. Abraham Würzburger, der 1829 promoviert worden war und seitdem als Arzt in Bochum praktizierte, wurde später zum Sanitätsrat ernannt und erwarb große Verdienste um die Stadt; bei seinem 50-jährigen Doktorjubiläum empfing er Gratulanten aus allen Bevölkerungsschichten. Den Antrag des Magistrats, ihm die Ehrenbürgerwürde der Stadt Bochum zu verleihen, lehnte die Stadtverordnetenversammlung 1879 in geheimer Abstimmung jedoch ab.

In den 1880er Jahren wird mit Feodor Meyer ein jüd. Ingenieur und mit Semajo Sutro (1831–1923) ein jüd. Justizrat erwähnt; Letzterer war der Sohn des Landrabbiners Abraham Sutro in Münster. Nach seiner Zulassung als Rechtsanwalt für das Kreisgericht 1870 zog er mit seiner Familie nach Bochum; er war der erste jüd. Rechtsanwalt und Notar in der Stadt. Später war Sutro viele Jahre Vorsitzender der jüd. Gemeinde Bochum. Die Zahl der jüd. Akademiker nahm im Laufe der folgenden Jahrzehnte zu.

Die 1842 gegründete Gusstahlfabrik Mayer und Kühne wurde als ‚Bochumer Verein für Gusstahlfabrikation‘ der wichtigste und die Stadt prägende Industriebetrieb. Verschiedene Bochumer Juden beteiligten sich an Unternehmensgründungen. Philipp Würzburger erwarb – gemeinsam mit Eduard Kühne, dem Mitgründer der Gusstahlfabrik – die ‚Zeche Vollmond‘ und betrieb Ende der 1850er Jahre, wiederum zusammen mit Kühne, deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Dabei scheinen ihnen Fehler unterlaufen zu sein, die zu heftiger Kritik der Aktionäre führten; im Verwaltungsrat der späteren Steinkohlen-Bergbau-AG ‚Vollmond‘ waren Würzburger und Kühne 1859 nicht mehr vertreten. Erfolgreicher war Würzburgers Bruder Levi, der 1873 zusammen mit dem nichtjüd. Apotheker Joseph Hartmann die ‚Fahrendeller Hütte‘ aufbaute, ebenso Aron Meyer, der Gründer der Bochumer Schürzenfabrik. Unter Arons Sohn, Bernhard Meyer, und dessen Teilhaber Otto Weinberg entwickelte sich der Betrieb zum Branchenführer; 1931 beschäftigte er 2000 Arbeiter und Angestellte und unterhielt neben dem Bochumer Hauptbetrieb weitere Filialen in Bochum und Essen. Jakob Goldstaub, ein Sozialdemokrat, übernahm um 1910 die ‚Tonhalle‘ an der Bongardstr., eine Gaststätte mit Theatersaal, und richtete dort ein Kino ein. Goldstaubs ‚Tonhallen-Theater Bochum‘ warb damit, das größte ‚Kinomatographentheater‘ Westdeutschlands zu sein. Hermann Schüler (gest. 1926) gründete und leitete ab 1872 eine erfolgreiche, im In- und Ausland bekannte und auch auf dem Aktienmarkt agierende Privatbank, die etwa 30 Bankbeamte beschäftigte; sein Sohn Paul wurde 1912 Mitinhaber. Ferdinand Koppel übernahm das Manufaktur- und Konfektionsgeschäft von Aron Herz und erweiterte es zu einem großen Kaufhaus. Der 1911 eröffnete Neubau des Geschäftshauses an der Hellwegstr. 2 setzte auch städtebauliche Akzente und wurde von der Bochumer Lokalpresse als ‚Prachtbau‘ gefeiert, der Bochum ‚zur Zierde‘ gereiche. Ein weiteres modernes Kaufhaus war das der Gebrüder

Alsberg, die seit 1885 an der Kortum-/Ecke Bongardstr. ein Geschäft als Filialgeschäft ihres Kölner Betriebes führten. Das neue Warenhaus konnte im Rohbau 1915 fertiggestellt, kriegsbedingt aber erst 1921 eröffnet werden. Moritz Liebenfeld produzierte Näh-, Wasch- und Strickmaschinen. Bendix Block eröffnete eine erste Werbeagentur.

Ende des 19. Jh. sind vereinzelt Juden als Tagelöhner nachgewiesen, auch ein jüd. Bahnarbeiter und ein jüd. Bergmann. Unter den Arbeitern aus Osteuropa, die im Zuge der Industrialisierung in großer Zahl nach Bochum kamen, befanden sich nur wenige Juden. Erst im Ersten Weltkrieg gelangten zahlreiche ostjüd. Arbeitskräfte als Zwangsarbeiter für den Bergbau ins Ruhrgebiet. Zwischen Aug. und Nov. 1920 waren in Bochum 300 Ostjuden gemeldet, darunter 200 Arbeiter. Letztere kehrten zum Teil in ihre Herkunftsländer zurück, andere wandten sich kaufmännischen Berufen zu. 1925 stammte etwa ein Viertel der Bochumer Juden aus dem Ausland. Aufgrund der unterschiedlichen Lebensweisen kam es zu innerjüd. Kontroversen und zur Gründung zionistischer Vereine.

Bis zum Auftreten des modernen Antisemitismus (und auch noch danach) scheinen die jüd. und die nichtjüd. Bochumer gut miteinander harmoniert zu haben. Dies wurde evident, als sich die jüd. Gemeinde Mitte des 19. Jh. zum Neubau einer Synagoge entschloss. Bei ihrem Vorhaben konnte sie auf die Unterstützung der Behörden und der nichtjüd. Bevölkerung zählen. Als Mitglieder des ‚Krieger- und Landwehrvereins‘ und als begeisterte Teilnehmer an den jährlichen Sedanfeiern ließen die Bochumer Juden zudem keinen Zweifel an ihrer patriotischen Haltung aufkommen.

Seit Mitte des 19. Jh. waren durchgehend jüd. Abgeordnete in den Stadtverordnetenversammlungen vertreten. Der Kaufmann Aron Herz gehörte 1842 als Stellvertreter bereits der ersten gewählten Stadtverordnetenversammlung nach Einführung der revidierten preuß. Städteordnung in Bochum an, fünf Jahre bevor das ‚Gesetz betreffend die Verhältnisse der Juden in den Königlich Preußischen Staaten‘ die Wahl jüd. Bürger zu Stadtverordneten oder Stellvertretern für zulässig erklärte. 1845 schied er wieder aus dem Gremium aus. Der nächste jüd. Parlamentarier war Philipp Würzburger. Seit den 1860er Jahren war auch Hermann Herz Stadtverordneter in Bochum und blieb es über mehrere Jahrzehnte hinweg. Nach damaligem preuß. Wahlrecht waren die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung eine exklusive Angelegenheit und abhängig von den Eigentums- (Grundbesitz) und Einkommensverhältnissen. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung durfte wählen und noch weniger waren wählbar. So hatten 1847 in Bochum nur 194 der etwa 4500 Einwohner (etwas mehr als vier Prozent) das passive Wahlrecht, darunter zwölf Juden. Das ‚Gesetz über die Verhältnisse der Juden‘ von 1847 wies den jüd. Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung eine Sonderrolle zu. An den Beratungen über die „ihrer Mitwirkung entzogenen Gegenstände“ durften sie nicht teilnehmen. Die Bochumer Stadtverordnetenversammlung nahm diesen Passus auf Anweisung der preuß. Behörden ausdrücklich zur Kenntnis und bestätigte ihn. Die jüd. Parlamentarier wurden in Bochum aber nicht in Funktionen ohne Einfluss und Verantwortung abgedrängt. Ganz im Gegenteil wurden sie in Kommissionen gewählt, die für die Stadtentwicklung wichtig waren, nahmen Vertrauensstellungen ein und bestimmten die Geschicke der Stadt Bochum entscheidend mit.

Seit den 1880er Jahren machten sich auch in Bochum jüdenfeindliche Tendenzen breit. Die Versammlungen eines ‚patriotischen Vereins‘, die vorwiegend mit dem bekannten Antisemiten Max Liebermann von Sonnenberg als Hauptredner warben, füllten die Bochumer Gasthaussäle. Schmähartikel in der in Dortmund erscheinenden Antisemitenzeitung ‚Westfälische Reform‘ griffen 1883 die jüd. Mitglieder der Bochumer Feuerwehr und des Turnvereins von 1848 an. 1889 organisierten Antisemiten in Bochum den ‚Ersten deutschen Antisemitentag‘, der gleichzeitig der Gründungsparitätstag der antisemitischen ‚Deutschsozialen Partei‘ war. Gegen diese Bestrebungen protestierten bekannte Bochumer Bürger 1884 in einer öffentlichen Erklärung, in der

sie „Patriotismus, Opferfreudigkeit und Bürgersinn“ der „israelitischen Mitbürger“ hervorhoben und die Bevölkerung dazu aufriefen, antisemitischen Veranstaltungen fern zu bleiben. Zu den 62 Unterzeichnern gehörten Industrielle, leitende kaufmännische Angestellte, Angehörige des Mittelstandes und hohe städtische Beamte. An ihrer Spitze stand Louis Baare, Generaldirektor des ‚Bochumer Vereins‘, der 1891 auch zu den Gründern eines ‚Vereins zur Abwehr des Antisemitismus‘ zählte. Auch Oberbürgermeister Carl Bollmann verwahrte sich gegen Anfeindungen gegenüber Juden, als er die 1886 in Bochum stattfindende Jahreshauptversammlung jüd. Lehrer aus Westfalen dazu nutzte, sich im Namen der Stadt von allen antisemitischen Bestrebungen zu distanzieren. Nicht nur die Honoratioren der Stadt, auch sozialdemokratische Funktionäre agierten gegen die Antisemiten. Die Bochumer Juden selbst setzten – u. a. mit ihrem Literaturverein – in erster Linie auf Information und Aufklärung. Jakob Goldstaub übernahm die ‚Tonhalle‘, in der die Antisemiten getagt hatten, und ließ sie zum ‚Kinomatographentheater‘ umbauen; für antisemitische Versammlungen stand sie fortan nicht mehr zur Verfügung. Als jüd. Freiwilliger hatte am Befreiungskrieg 1813/14 der Bochumer Handelsmann Wolf Moses teilgenommen. Neun Bochumer Juden waren Soldaten im Krieg 1866, 21 im Krieg 1870/71. Während des Ersten Weltkriegs zogen zahlreiche Bochumer Juden ins Feld, viele von ihnen wurden mit dem EK ausgezeichnet. Sowohl der Israelitische Frauen- als auch der Israelitische Männerverein überwiesen zu Kriegsbeginn Spenden an das Rote Kreuz; jüd. Frauen betätigten sich karitativ. Martha Herz wurde als Kriegskrankenschwester mehrfach ausgezeichnet.

Natürlich betätigten sich die Bochumer Juden nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb ihrer Gemeinde. Sie gründeten jüd. Vereine und Organisationen oder richteten Ortsgruppen überregionaler jüd. Vereinigungen ein. Dazu gehörten der CV und der RjF, dessen Bochumer Ortsgruppe 1924 entstand. Der Synagogenchor war der älteste jüd. Verein in Bochum. Seine Gründung geht auf das Jahr 1863 zurück, das Einweihungsjahr der an der Wilhelmstr. neu erbauten Synagoge. Seit 1873 bestand in Bochum eine Chewra, der Israelitische Männer-Wohltätigkeitsverein, und seit 1875 der Israelitische Frauenverein. In Bochum gab es einen Armen-Unterstützungsverein, einen ‚Verein für jüdische Krankenpflegerinnen‘, seit 1926 eine Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘, eine jüd. Loge, die ‚Ruhrlandloge Zur Gerechtigkeit‘ (Kreuzstr. 10), deren Vizepräsident der 1928 verstorbene Arthur Kronheim war. 1932 gab die Gemeinde ein überregional bedeutendes jüd. Gemeindeblatt heraus, das E. Mendel betreute. Eine jüd. Jugendgruppe existierte in Bochum zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie nannte sich ‚Verein jüdischer junger Leute‘ oder ‚Laubheim-Verein‘, nach dem 1900 gestorbenen jüd. Lehrer und Seelsorger Hirsch Laubheim. In den 1920er Jahren war in Bochum auch eine Ortsgruppe des jüd. Jugend-Wanderbundes ‚Kameraden‘ aktiv, und in der Endphase der Weimarer Republik entstand eine Jugend- und Sportgruppe des RjF. Neben den nationaldeutsch ausgerichteten gab es auch zionistische Gruppierungen. So existierte vor 1914 in Bochum eine Ortsgruppe der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘. Daneben bestand eine zionistische Jugendgruppe. 1925 wurde der ‚Jüdische Turn- und Sportverein‘ Bochum (JTUS, später TuS Hakoah) gegründet. Wichtigste Sportart war Fußball, aber es gab auch Turn-, Leichtathletik-, Tischtennis- und Fechtabteilungen. Von besonderer Bedeutung unter den jüd. Vereinen in Bochum war der 1884 auf eine Anregung Hirsch Laubheims gegründete Literaturverein. Als dieser 1909 sein 25-jähriges Bestehen feierte, konnte stolz verkündet werden, abgesehen von akademischen Vereinen, sei er der älteste jüd. Verein für Literatur in Deutschland. Zunächst unter dem Namen ‚Talmud Thora‘ noch nicht öffentlich in Erscheinung getreten, benannte sich der Verein im zweiten Jahr seines Bestehens um in ‚Verein für jüdische Literatur‘. Das Vereinsziel bestand darin, durch öffentliche Vorträge über jüd. Geschichte und Literatur zu belehren und „die Liebe

zum Judentum“ zu stärken. In den Statuten hieß es etwas nüchterner, der Zweck des Vereins sei es, „die Mitglieder mit den Resultaten der jüdischen Geschichtsforschung und Litteratur vertraut zu machen“. Wie Rabbiner Dr. Moritz David in der Festschrift zum Vereinsjubiläum ausführte, wollten die Vereinsgründer mit ihrer Initiative auch der Mitte der 1880er Jahre in Bochum sehr umtriebigen antisemitischen Bewegung einen „wirksamen Damm“ entgegen setzen. Langjähriger Vorsitzender des Bochumer ‚Vereins für jüdische Literatur‘ war der Kaufmann Moritz Hähnlein. Dank seiner Initiative bildeten die mittlerweile auch in Dortmund, Hörde, Witten und Elberfeld entstandenen jüd. Literaturvereine Ende 1894 zusammen mit dem Bochumer Verein einen Provinzialverband und schlossen sich dem Zentralverband der Literaturvereine Deutschlands an. Erster Vorsitzender des Provinzialverbandes wurde Moritz Hähnlein. Der amtierende Verbandsvorsitzende, Rabbiner Dr. Samuel aus Essen, gehörte zu den Gratulanten, als der Bochumer jüd. Literaturverein im Okt. 1909 im ‚Stadttheater‘ an der Rottstr. sein Jubiläum feierte. Zwischen 1884 und 1909 bot der Literaturverein etwa 140 Vorträge an und veranstaltete zahlreiche Diskussionsabende. Er bildete einen geselligen Mittelpunkt der Gemeinde und richtete auch die jährlichen Chanukkafeiern aus. Zur 25-Jahr-Feier stiftete die Synagogengemeinde ein Lesezimmer, das außer den Mitgliedern des Literaturvereins auch dem Jugend-Verein zur Verfügung stehen sollte. Die Veranstaltungen des ‚Vereins für jüdische Literatur‘ wandten sich an ein überkonfessionelles Publikum. Die Berichte in der Bochumer Lokalpresse belegen, dass seine Angebote von zahlreichen Nichtjuden angenommen wurden. Das Interesse des Publikums bezog sich aber auch auf andere in der jüd. Gemeinde entwickelte Programme und Veranstaltungen. So kamen Bochumer Musikliebhaber offenbar gern in die Synagoge und lauschten den dort veranstalteten weltlichen Konzerten. Ein Teil der Synagogenkonzerte stand unter der Leitung des städtischen Musikdirektors Heinrich Krüger. Auch das Programm der Synagogenchöre Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen, die sich zur gemeinsamen Pflege klassischer und moderner Kirchenmusik zusammengeschlossen hatten, stieß auf Interesse. Im Nov. 1878 berichtete der ‚Märkische Sprecher‘ über ein Konzert der vier Chöre, bei dem kein Platz in der Synagoge unbesetzt geblieben sei und man sich „eines in seiner Art seltenen musicalischen Genusses“ habe erfreuen können.

Am Ende des Ersten Weltkriegs hatte die jüd. Gemeinde 30 Gefallene zu beklagen. Als der Bochumer ev. Pfarrer Johannes Zauleck 1919 gegen die jüd. Bevölkerung polemisierte, wehrte sich Rabbiner Dr. Moritz David mit einem offenen Brief. Ihren Gefallenen des Ersten Weltkriegs setzte die jüd. Gemeinde im März 1921 ein Denkmal. Im Vorraum der Synagoge ließ sie eine aus drei Bronzeplatten bestehende Tafel mit den Namen der gefallenen jüd. Soldaten aus Bochum anbringen. Rabbiner David hielt die Gedenkrede.

In mehreren heutigen Bochumer Ortsteilen haben sich im 19. Jh. Juden angesiedelt. In Langendreer wohnte seit 1803 der Metzger Abraham Abraham (späterer Familienname: Hirsch), der in Grenzhausen bei Koblenz geboren war. Bei ihm lebten seine Frau Hitzel Marcus und sechs Kinder, 1829 wurde er als Lumpensammler mit dem Zusatz ‚arm‘ geführt; bald darauf zog die Familie nach Witten. 1819 suchte der zuvor in Castrop ansässige Händler Hei(ne)mann Klein um eine Niederlassungserlaubnis für Langendreer nach, 1829 wurde er mit Frau und zwei Kindern als ‚ganz arm‘ eingeschätzt. 1839 wohnten bei ihm seine Frau und fünf Kinder; Anfang der 1840er Jahre zog auch diese Familie nach Witten. 1855 und 1861 ist eine jüd. Familie für Langendreer aufgeführt, die mit Trödel handelte. 1860 kam der jüd. Metzger Joseph Weidenbaum dorthin. In den 1870er und 1880er Jahren wohnten Josef Weidenbaum (1889 nach Lütgendortmund verzogen) und Moritz Block mit ihren Familien in Langendreer, sie gehörten zur Wittener Synagogengemeinde. Im Zuge der Entwicklung des Bauerndorfes zur Industriegemeinde erhöhte sich die Zahl der ansässigen Juden.

Sie betrieben vor allem Textilhandel, Putzmachereien und Warenhäuser. Ihre Geschäfte lagen im Ortsteil ‚Alter Bahnhof‘ oder im Dorf in der Kaiserstr., wo ein Fünftel der Geschäfte von Juden geführt wurde. Folgende Kaufleute lassen sich nachweisen: David Harff (Manufakturwarengeschäft, Hauptstr. 55), Hermann Lewinnek (Kaiserstr. 4, Geschäftsnachfolger Isidor Todtenkopf) und Alfred Harff (Lebensmittelvertretung, Kaiserstr. 6). 1911 betrieb Mathilde Adler (später ihr Ehemann Sally Cussel) im Haus Hauptstr. 45 ein Putzgeschäft. Um 1900 gründeten Arthur Kronheim und Siegmund Samson in der Kaiserstr. 206 das Manufaktur- und Konfektionsgeschäft ‚Kronheim & Samson‘, Joseph Markus ein Herrengarderobe- und Schuhgeschäft (Kaiserstr. 187, Inhaber seit 1911 Philipp Harf). Hermann Cohen führte im Haus Kaiserstr. 193 einen Schuhhandel, Louis Löwenthal in Nr. 186 ein Geschäft für Küchengeräte und Spielwaren. Im Haus Kaiserstr. 186 befand sich das Herrenkonfektions- und Manufakturwarengeschäft ‚Keil & Comp.‘ (von den Gebr. Alsberg weitergeführt, Inh. Siegfried Eichengrün). Hermann Klein eröffnete in der Kaiserstr. 200 ein Bekleidungs- und Schuhgeschäft, später nutzte Berthold Rothschild einen Teil der Ladenfläche für den Verkauf von Herren- und Knabenbekleidung. Das Geschäft ‚Damenputz‘ führten die Geschwister Rosenstein in der Kaiserstr. 204, wo der Kaufmann Adolf, die Putzmacherin Hedwig, der Buchhalter Joseph und die Modistin Adele Rosenstein wohnten. Bertha Stern, Kaiserstr. 176a, betrieb ein Damen- und Kinderhutgeschäft; Julius Hess, ihr Ehemann, firmierte 1924 als Inhaber. Baruch Tewel, Kaiserstr. 181, und Isaak Rotenstroch (später Jetty und Heinrich Rotenstroch) sind als Händler aufgeführt. 1916 wird Leo Bachrich mit einem Möbelgeschäft (1930 aufgegeben) erwähnt. In der Kaiserstr. 6 wohnten die Handelsvertreter Siegmund Elkan und Ernst Heimann, die für Albert Simmenauer aus Horst an der Emscher arbeiteten, später auch Max Heimann. Während des Ersten Weltkriegs zogen die Ostjuden Simon Herschberg und Juda Kleinfeld nach Langendreer, die als Arbeiter u. a. im Bergbau tätig waren. Der Händler und Kaufmann Alfred Harff war Mitglied der SPD und des 1918 gebildeten Arbeiter- und Soldatenrates von Langendreer. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden am ‚Alten Bahnhof‘ Geschäfte von Juden gegründet, verkauft, übernommen und verlegt. Auch die Kaufhauskette Alsberg war seither in Langendreer vertreten. Die Zahl der Juden in der Gemeinde stieg auf 91 und erreichte damit ihren höchsten Stand. Der Name des im Krieg gefallenen Gemeindeglieds Berthold Harff aus Langendreer ist 1920 auf der Gedenktafel aufgeführt, die für die „auf dem Felde der Ehre gefallenen Gemeindeglieder“ in der Wittener Synagoge angebracht wurde. 1932/33 waren Josef Lindenbaum und Siegmund Samson aus Langendreer Repräsentanten der Synagogengemeinde Witten.

Für den heutigen Bochumer Ortsteil Stiepel sind seit etwa 1825 Juden nachgewiesen. In diesem Jahr bat Israel Abraham aus dem Nassauischen den Bürgermeister von Blankenstein um eine Niederlassungserlaubnis für Stiepel. Er habe erfahren, dass dort ein Metzger benötigt werde, da die Bewohner ihr Fleisch „von entfernten Orten“ bezögen. Noch bevor die Genehmigung vorlag, zog er von Lütgendortmund nach Stiepel, 1826 folgte sein Bruder Joseph Abraham. Nach dem Tod von Israels Ehefrau 1840 wurde sie auf dem „Gemeinheitsplatz oberhalb Nettelbeck“ (identisch mit dem Grundstück ‚Am Brunnen‘) beigesetzt. 1846 nahm Israel Abraham den Familiennamen ‚Friedenberg‘ an, der Metzger war zu dieser Zeit der einzige für Stiepel verzeichnete selbständig tätige Jude. In den Jahren 1848, 1853 und 1861 sind für den Ort keine Juden nachgewiesen. 1865 wird der Kaufmann Gustav Kaiser genannt, dessen Witwe noch 1885 dort wohnte. Stiepel war der Synagogengemeinde Witten zugeordnet.

Im heutigen Stadtteil Linden war 1846 der Metzger Salomon Düsenberg als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt. Zu Beginn des 20. Jh. lebten in Linden zwischen 29 und 38 Juden. Für 1929 sind die alteingesessenen jüd. Familien Adler, Lipper und Röttgen nachgewiesen. Der

Kaufmann Louis Lipper vertrat die Interessen der Lindener Juden im Vorstand der Synagogengemeinde Hattingen. In Dahlhausen (1921 mit Linden vereint, heute eigenständiger Ortsteil von Bochum) wohnten 1911 fünf Juden, die ebenfalls zur Synagogengemeinde Hattingen gehörten.

Im 1929 nach Bochum eingemeindeten Werne führte der Schneidermeister Alfred Rosenberg seit 1923 einen Manufaktur- und Kurzwarenhandel, 1927 zog er mit seiner Familie dorthin. Mitte der 1920er Jahre lebten in Werne die Kaufleute Felix Adler (geboren 1871 in Witten), Levy Passmann, Leon Salomons, Sally Feiner und Siegfried Kahn, ferner der Metzgermeister Max Bender, der Fruchthändler Adolf Rosenberg und die kaufmännischen Angestellten Leopold Reis, Siegfried Mayer und Max Abraham. Die Juden in Werne besuchten die Synagoge in Witten.

2.1.3 Zu Beginn der 1930er Jahre waren Juden in Bochum Groß- und Kleinhändler, Ladenbesitzer und unselbständige Kaufleute, Prokuristen und Büroangestellte, Makler und ‚Agenten‘, Metzger und Wirte, Selbständige und Handlungsreisende, Schauspieler und Musiker, Ärzte und Juristen, Lehrer und Drogisten, Arbeiter und Handwerker. Auch ein Gewerkschaftssekretär wird genannt. Als der Kaufmann Moritz Hähnlein im Febr. 1933 starb, erschien im ‚Bochumer Anzeiger‘ noch ein Nachruf, der sein Lebenswerk würdigte. Eines der ersten Opfer des NS-Regimes in Bochum war der seit 1924 amtierende jüd. Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer. Am 6. März 1933 startete die NSDAP-Zeitung für den Gau Westfalen-Süd, ‚Rote Erde‘, eine Pressekampagne gegen ihn. Täglich erschienen Artikel, die Ruer beleidigten, ihm persönliche Bereicherung, verschwenderischen Umgang mit städtischen Haushaltsmitteln usw. unterstellten. Am 11. März stürmten SA-Leute sein Dienstzimmer, zwangen ihn zur Niederlegung seiner Amtsgeschäfte und hissten die Hakenkreuzfahne auf dem Rathausdach. Vorstandsmitglieder des Bochumer Offiziersvereins distanzieren sich in einem Brief an Göring von diesem Vorgehen. Ruer zog sich nach Berlin zurück und verteidigte sich gegenüber dem Regierungspräsidenten in Arnsberg gegen die Vorwürfe der NSDAP. Am 13. April 1933 wurde er in Berlin verhaftet, unter demütigenden Umständen nach Bochum zurückgebracht und in Untersuchungshaft genommen. Weil die Anschuldigungen sich als haltlos erwiesen, wurde er am 11. Mai aus der Haft entlassen; am 29. Juli 1933 nahm er sich in Berlin das Leben.

Der Boykott gegen jüd. Geschäfte, Arztpraxen und Kanzleien wurde akribisch vorbereitet und durch ‚Gaubefehl‘ vom 31. März 1933 für den Gau Westfalen-Süd, dessen Hauptstadt Bochum war, in Gang gesetzt. In den Tagen vor dem Boykott erschienen in den Bochumer Tageszeitungen zahlreiche Anzeigen, in denen sich ihre Urheber von den jüd. Geschäftsleuten distanzieren: Um „Irrtümern“ vorzubeugen und „unliebsame Verwechslungen zu vermeiden“, machten sie bekannt, sie seien „weder Jude noch jüdischer Abstammung“. Am 1. April 1933 postierten sich auch vor den Bochumer jüd. Geschäften SA-Leute mit den bekannten Schildern „Kauft nicht bei Juden!“. Die Zeitung ‚Rote Erde‘ vermeldete am 3. April den Erfolg der ‚Aktion‘ in Bochum, die zudem dazu geführt habe, dass nun auch diejenigen Geschäfte bekannt geworden seien, „die sich immer noch unter einem deutsch-christlichen Namen verborgen“ hätten. Zu den frühen Maßnahmen der NS-Regierung zählte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, das neben Kommunisten vor allem die jüd. Beamten treffen sollte. Oberbürgermeister Piclum wies am 7. Juli 1933 alle städtischen Behörden an, das Gesetz nicht nur auf die Beamten, sondern auch auf die städtischen Angestellten und Arbeiter anzuwenden. Die Stadtverwaltung versandte Fragebögen an ihre Beschäftigten, um den betroffenen Personenkreis zu ermitteln und zu entlassen. Schonung erfuhren vorerst noch ehemalige Frontsoldaten und deren Kinder. Dieses Gesetz betraf auch jüd. Juristen. In Bochum waren dies zunächst die vier am Bochumer Land- und Amtsgericht tätigen jüd. Richter, unter ihnen Landgerichtsdirektor Dr. Leo Nachmann. Noch im April 1933 wurden alle vier ‚beurlaubt‘.

Von 22 am Bochumer Land- und Amtsgericht zugelassenen jüd. Anwälten verloren zehn sofort ihre Zulassungen. Einer der ins Visier der neuen Machthaber geratenen Anwälte war Dr. Siegmund Schoenewald, der amtierende Vorsitzende der Synagogengemeinde und Ehemann der Otilie Schoenewald. Da er sein Amt schon vor 1914 angetreten hatte, galt er als ‚Altanwalt‘ und erhielt seine Zulassung bis auf weiteres zurück; das Notariat wurde ihm aberkannt. Die Herausdrängung aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben traf nach und nach die gesamte jüd. Bevölkerung. Drastische Propagandamaßnahmen begleiteten die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz auch der Bochumer Juden. Nichtjüd. Konkurrenten verdrängten die jüd. Handel- und Gewerbetreibenden vom Markt. Neben den Berufsverboten waren es besonders die Zwangsverkäufe jüd. Eigentums, die zu einer gewaltigen Umschichtung von Vermögen und Grundbesitz führten. Bis Ende 1936 gingen von 111 jüd. Einzelhandelsgeschäften, die noch Mitte 1933 in Bochum existiert hatten, etwa die Hälfte in ‚arisches‘ Eigentum über. Die ‚Arisierungen‘ fanden unter Beteiligung des Gauwirtschaftsberaters statt. Zwischen Nov. 1936 und Aug. 1939 wurden im Gau Westfalen-Süd 327 ‚Arisierungen‘ jüd. Geschäfte und Betriebe dokumentiert. Einige waren schon vorher in den wirtschaftlichen Ruin getrieben worden und wurden ‚liquidiert‘. In Bochum waren es 21 Firmen und Geschäfte jüd. Besitzer, die in dieser Phase ‚arisiert‘ und zwei, die ‚liquidiert‘ wurden: das Modehaus Gabali, das Bettenhaus Friede, das Geschäft von Leo Seidemann (Knabenbekleidung), Hermanns & Froitzheim (Geschäft für Damen- und Herrenmode), die Bochumer Schürzenfabrik A. Meyer, der Lederwarenhandel J. Michels, die Metzgerei Jakob Meyer, die Kurzwarenhandlung Gebr. Flachmann, die Gastwirtschaft Zimmermann, die Kurz- und Bürstenwaren-Großhandlung Capell & Davids, die Hosenfabrik M. Fromm, das Hutgeschäft J. Willstaedt, die Firma Alligator-Lederwaren, die Schneiderei Fritz Schünke, die Drogerie Stallberg, das Kaufhaus Lipper (in Bochum-Linden), das Stoffgeschäft von Salomon Segal, die Hosenfabrikation Jakob, das Herrenmaßgeschäft Kaminsky, das Werbeunternehmen A. Blumenthal & Co., der Großmarktstand Nemrow, die Schuhmacherei Weissglas und das Reklameartikelgeschäft Gottschalk & Co. Besonders spektakulär war der Fall des Kaufhauses der Gebrüder Alsberg AG, das auf Druck der NSDAP-Gauleitung in die Kortum-AG umgewandelt wurde. Der ‚Arisierungsvorgang‘ erstreckte sich über mehrere Jahre und erst am 22. Nov. 1938 wurde festgehalten, das Kaufhaus sei „frei von jüdischem Einfluss“.

Die ‚Arisierungen‘ waren damit nicht abgeschlossen, sie gingen nun von der Phase der ‚freiwilligen‘ Verkäufe in die durch Gesetz erzwungene Übertragung über. Viele jüd. Bochumer verloren durch die ‚Arisierung‘ auch privaten Haus- und Grundbesitz. Davon profitierte nicht zuletzt auch die Stadt Bochum, die zwischen 1933 und 1943 – weit unter Wert – mindestens 30 Grundstücke von jüd. Vorbesitzern erwarb. Die Stadt sah darin eine Gelegenheit zur Realisierung schon länger geplanter städtebaulicher Maßnahmen. Sie bedachte aber auch die Städtische Sparkasse, der sie ein bebautes Grundstück an der Luisenstr. 2 überließ. Es hatte zuvor der Synagogengemeinde gehört und den Betsaal der ostjüd. Gemeinde beherbergt. Der Verkauf kam auf Drängen der Stadt zustande und wurde Ende 1937 vertraglich besiegelt. Im Gegenzug und als Ausgleich für die verlorenen Räumlichkeiten erwarb die jüd. Gemeinde – durch Vermittlung der Stadt – von der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft ein Gebäude an der Düppelstr. 1a (Ecke Wittener Straße). Dort entstand neben den für die kulturellen Zwecke der Gemeinde benötigten Räumlichkeiten auch eine Schankwirtschaft, das ‚Jüdische Casino‘. In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 zerstörten SA-Männer die Synagoge an der Wilhelmstr. und brannten sie nieder. Die Feuerwehr war ausgerückt, löschte aber nicht. Eine große Menge Schaulustiger wohnte dem Ereignis bei, darunter der amtierende Bochumer Oberbürgermeister. Die prachtvolle Synagoge war den Nationalsozialisten schon lange ein Dorn im Auge gewesen, nicht

zuletzt auch deshalb, weil sich die Gauleitung der NSDAP in einem Gebäude direkt gegenüber niedergelassen und die Synagoge damit quasi immer im Blick hatte. In derselben Nacht wurden die jüd. Volksschule, das Gebäude an der Düppelstr. 1a, das Kaufhaus Fröhlich in Bochum-Gerthe, weitere jüd. Geschäfte sowie zahlreiche Privatwohnungen demoliert und ausgeplündert. Juden wurden schikaniert und misshandelt, jüd. Männer verhaftet. Sie gelangten auf offenen Lastwagen zunächst ins Bochumer Polizeigefängnis und danach mit einem Sammeltransport von Dortmund aus ins KZ Sachsenhausen. Nach einigen Wochen kamen die meisten von ihnen wieder frei. Im KZ waren sie massiv unter Druck gesetzt worden, damit sie Deutschland verließen und die ‚Arisierung‘ sich beschleunigte. Die zerstörte Synagoge wurde nach dem Novemberpogrom abgebrochen. Die Stadt übernahm das Grundstück einschließlich des angrenzenden Schulgrundstücks. Im Juli 1939 ging es in das Eigentum der Städtischen Sparkasse über, wurde „reguliert, eingeebnet und eingefriedet“.

Im Juli 1937 berichtete die CV-Zeitung, die Bochumer Gemeinde sei von etwa 1200 Mitgliedern auf die Hälfte zurückgegangen. Nur noch ein jüd. Arzt sei in Bochum sowie drei von 13 Anwälten, die jüd. Winterhilfe unterstütze 170 Personen. Das umfangreiche jüd. Vereinswesen wurde nach 1933 zunächst weitergeführt, einige neue Vereine kamen hinzu. Ein Kinderchor der jüd. Volksschule, den Hauptlehrer Mendel leitete, wird 1936 erwähnt. Bochumer Juden gehörten dem ‚Kulturbund Westfalen-Ost‘ an, der noch im Sept. 1938 aktiv war. Für die 1930er Jahre ist eine aktive CV-Ortsgruppe Bochum belegt. Die seit 1926 bestehende Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ konnte 1936 ihr zehnjähriges Bestehen feiern, Anfang 1937 wird sie letztmalig erwähnt. Die zionistische Ortsgruppe (ZOG) veranstaltete nach 1933 Zusammenkünfte und Vorträge, Vorsitzender war bis zu seiner Auswanderung nach Palästina Isaak Klausner. Mitglieder der Jugendgruppe Habonim trafen sich regelmäßig, gründeten einen Chor, der bei Veranstaltungen der ZOG auftrat, eine Makkabifeier der ZOG wird 1937 erwähnt. 1934 gab es eine Ortsgruppe Bochum des Hechaluz. Der 1925 gegründete, zionistisch orientierte TuS Hakoah Bochum schloss sich – anders als viele Nachbarvereine – nach 1933 nicht dem zionistischen Makkabi, sondern der kurz zuvor entstandenen Sportgruppe des RjF, ‚Schild‘ (Landesverband Westdeutschland) an und firmierte fortan als ‚Schild Bochum‘, finanziell gefördert vom Zahnarzt Dr. Julius Goldschmidt. Im Mai 1934 wurde ein Sport- und Jugendheim eingeweiht, 1936 und noch 1938 befand sich das RjF-Heim in der Castroper Straße. Der Fußballverein Schild Bochum wurde bei den Schild-Verbandsmeisterschaften mehrmals westdeutscher Fußballmeister und 1938 deutscher Meister.

Im Okt. 1938 lebten in Bochum etwa 640 Juden, ihre Zahl hatte sich seit 1930 fast halbiert. Die Pogromnacht am 9./10. Nov. 1938 und die Schikanen der folgenden Tage zerstörten die letzten Hoffnungen, und bis Febr. 1941 sank die Zahl der jüd. Einwohner Bochums auf 253 ab. Ihre letzte Adresse waren die ‚Judenhäuser‘ in der Innenstadt: an der Franzstr. 11 (wo 1940 u.a. Paul Schüler wohnte), Horst-Wessel-Str. 56 (heute Nordring), Rottstr. 9 und 11, Goethestr. 9 (das Haus der Familie Schoenewald), Vidumestr. 11, Wilhelmstr. 16 (das Gebäude der jüd. Schule) und Rheinische Str. 28.

Im Jan. 1942 begann die Deportation der Bochumer Juden. Sammelpunkt für den Gau Westfalen-Süd war Dortmund. Von dort aus fuhren die Züge vor allem nach Riga, Theresienstadt, Auschwitz und Zamość. Ein 2000 erschienenes Gedenkbuch ‚Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid‘ enthält die Namen von etwa 500 Bochumer Juden, die in den Vernichtungslagern starben. Das Gedenkbuch benennt auch die jüd. NS-Opfer, die in Bochum geboren wurden, zum Zeitpunkt ihrer Deportation aber nicht mehr hier lebten.

Im Ortsteil Langendreer lebten 1933 mehr als 30 Juden. Der letzte Amtsbürgermeister des aufgelösten Amtes Langendreer, Wilhelm Jacobi, der mit einer Jüdin verheiratet war und mit einem jüd. Rechtsanwalt zusammenarbeitete, wurde 1933 in der

Polizeiwache verhört, von einem SA-Mann verletzt und im SA-Heim an der Ziegelei Niederwestermann verprügelt; er flüchtete aus Langendreer. Auch Alfred Harff, der mit einer Christin verheiratet war, wurde im SA-Heim misshandelt, zuvor war er öffentlich schikaniert worden. In der Nacht zum 29. März 1933 wurden Schau-fensterscheiben jüd. Geschäfte zertrümmert. Vom Boykott betroffen waren das Kaufhaus Alsberg, Kaiserstr. 103 (Inh. Siegfried Eichengrün) sowie Geschäfte von Louis Löwenthal (Haushaltwaren, Tonnenbergstr. 1), Ernst & Max Heimann (Textilwaren, Kaiserstr. 67), Alfred Harff (Lebensmittel, Wittewie 16), Hermann Klein (Schuhwaren, Kaiserstr. 200), der Sackhändler Simon Herschberg (Kaiserstr. 143) und der jüd. Arzt Ludwig Feldmann. Im Ortsteil ‚Alter Bahnhof‘ standen SA-Patrouillen vor Geschäften, warnten Kunden vor dem Betreten und fotografierten sie. Diese Fotos erschienen dann in NS-Zeitungen, für die Identifizierung der Abgebildeten wurden Belohnungen ausgesetzt. In der Folgezeit wurden fast alle jüd. Kaufhäuser und Geschäfte in Langendreer geschlossen oder ‚arisiert‘. Während der zweiten Boykottwelle im Aug. 1935 bestand nur noch ein Drittel der 1933 betriebenen Geschäfte. Anfang 1938 waren nur noch Max Heimann und Siegfried Eichengrün (mit seinen beiden Alsberg-Geschäften in der Kaiserstr. 186 und 203/205) verblieben; ihre Geschäfte wurden im Aug. 1938 ‚arisiert‘. Max und Meta Heimann verloren ihre Gewerbescheine Ende 1938. Von der ‚Polenaktion‘ waren in Langendreer Simon Herschberg und seine Frau Frieda betroffen. Obwohl das Kaufhaus Simmenauer bereits geschlossen war, wurden die Scheiben während des Pogroms eingeworfen. Max Heimann und sein Sohn Otto wurden für einige Wochen ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Siegfried Eichengrün konnte nach Palästina flüchten, sein Mitgesellschafter beim Kaufhaus Alsberg, Dr. Arthur Eichengrün, nahm sich im Aug. 1939 das Leben. 1939 wurde eine Sicherungsanordnung gegen Max Heimann erlassen. Um die ‚Judenvermögensabgabe‘ zu zahlen, musste die Familie ihr Haus Kaiserstr. 6 verkaufen. Im Okt. 1940 ordnete der Bochumer Oberbürgermeister die Zwangsversteigerung an, Erwerber war ein Nachbar. Das Ehepaar Heimann zog nach Bochum und wurde vom ‚Judenhaus‘ Wilhelmstr. 16 aus 1942 nach Theresienstadt deportiert. Andere Langendreerer Juden emigrierten nach Palästina, England, Brasilien und in die Niederlande.

Im Ortsteil Linden lebten im Aug. 1937 noch 13 Juden. In Werne lebte bis 1938/39 der Schneidermeister Alfred Rosenberg mit seiner Familie, er betrieb ein Kurzwarengeschäft (Am Hellweg 158). Leon Salomons und Sally Feiner wurden im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom bis Ende 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Leon Salomons wurde im Jan. 1942 über Gelsenkirchen ins Ghetto Riga gebracht, Sally Feiner emigrierte nach Luxemburg und wurde von dort deportiert, Levy Passmann wurde aus den Niederlanden nach Auschwitz gebracht. Felix Adler wurde im Juli 1942 über Düsseldorf nach Theresienstadt verschleppt

2.1.4 Nach Bochum zurückgekehrte Juden gründeten im Dez. 1945 die ‚Jüdische Religionsgemeinschaft Bochum‘, den Vorsitz übernahm Siegbert Vollmann (1882–1954), der verschiedene Lager überlebt hatte. Vollmann kümmerte sich um Wiedergutmachungsangelegenheiten, hielt den Kontakt zu überlebenden Bochumer Juden in aller Welt, übernahm Behördengänge in ihrem Auftrag und verhandelte über Nachlasspflegschaften. Im Febr. 1946 lebten 33 Juden in der Stadt, Ende 1946 waren es 55. Aus Linden kehrte lediglich Else Adler zurück, sie lebte später in England. (Ihre Urne wurde 1981 auf dem jüd. Friedhof Hattingen beigesetzt.) Im Jan. 1946 gehörte die Gemeinde Bochum zu den 15 Gründern des ‚Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Westfalen‘. 1947 fand erstmals wieder ein jüd. Gottesdienst statt, für den die Stadt Bochum in der Brückstr. 33b einen Betsaal zur Verfügung gestellt hatte, die offizielle Einweihung erfolgte 1948. In den folgenden Jahren führten weitere Auswanderungen und Todesfälle zum Rückgang der Mitgliederzahl. 1953 wurde deshalb die ‚Jüdische Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen‘ gegründet, in der die Bochumer

Gemeinde aufging. Da in Bochum keine Aussicht auf eine neue Synagoge bestand, verlagerte sich das Gemeindeleben nach Recklinghausen, wo 1955 eine kleine Synagoge eingerichtet wurde. Die Mitgliederzahl verringerte sich weiter, 1962 hatte die ‚Jüdische Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen‘ noch 76 Mitglieder. Erst mit dem Zuzug jüd. Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren wuchs die Gemeinde wieder an, 1995 hatte sie 587 Mitglieder. Als Folge des Mitgliederzuwachses trennte sich 1999 Recklinghausen vom Gemeindeverbund, die ‚Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen‘ entstand. Nach einem jahrelangen Provisorium konnte 2007 eine neue Synagoge eingeweiht werden. 2011 war die Mitgliederzahl auf 1122 angewachsen. Die Jüd. Wohlfahrtsorganisation Bochum-Herne-Hattingen richtete 2007 die Begegnungsstätte RAMBAM in Bochum ein, die sich an alle russischsprachigen Zuwanderer richtet.

1949 wurden im Rahmen eines Prozesses 17 Beschuldigte, die sich am Pogrom beteiligt hatten, vernommen. Mehrere Verfahren wurden vor dem Bochumer Landgericht verhandelt. 1959 wurde ein durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs neu geschaffener Platz in der Innenstadt nach Dr. Otto Ruer benannt, dem 1933 von den Nationalsozialisten in den Tod getriebenen Oberbürgermeister, auf dem Platz befindet sich auch eine Gedenktafel. Zum Gedenken an die zerstörte Synagoge wurde 1968 eine Bronzetafel an einem Gebäude angebracht, das in der Nachkriegszeit am Rande des Synagogengrundstücks errichtet worden war. Gedenkveranstaltungen organisieren seit 1978 der Stadtjugendring, seit 1999 der ‚Arbeitskreis 9. November‘, dem neben dem Stadtjugendring die jüd. Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, der Verein ‚Erinnern für die Zukunft‘, die ev. Stadtakademie, die VVN, das Stadtarchiv, die VHS und andere Einrichtungen angehören. 2004 wurde eine zweite Tafel zur Erinnerung an die Synagoge an der Harmoniestr./Ecke Dr.-Ruer-Platz installiert. 1998 wurden drei Straßen nach jüd. Persönlichkeiten aus Bochum benannt: nach der Lehrerin Else Hirsch, dem Rabbiner Dr. Moritz David und dem Lehrer und Kantor Erich Mendel. Nach Otilie Schoenewald ist ein 2005 eingeweihtes Weiterbildungskolleg benannt, ebenso eine Straße im Stadtteil Wiemelhausen. Seit 2004 beteiligt sich die Stadt Bochum am Projekt ‚Stolpersteine‘, 2006 wurde auf dem Rathausvorplatz ein Stolperstein zum Gedenken an Ruer verlegt, 2007 auch im Ortsteil Langendreer.

2.2.1 Für 1812 sind in der Stadt Bochum 71 Juden verzeichnet, 1839 lebten 115 Juden in der Stadt, 1843 bereits 131 und 1858 dann 220. Im Jahr 1871 waren von 21 192 Einwohnern 13 013 kath., 7784 ev., 370 jüd. Glaubens, 25 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 53 842 Einwohnern 29 270 kath., 23 549 ev., 803 jüd. Glaubens und 214 andere Christen. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren im Stadtkreis Bochum (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 211 249 [!] Einwohnern 98 117 kath., 104 951 ev., 1122 Juden und 321 sonstige Christen. Im Landkreis Bochum waren zur gleichen Zeit von 83 206 [!] Einwohnern 22 904 kath., 56 681 ev., 156 Juden und 190 sonstige Christen. Nach dem Gebietsstand des Jahres 1931 lebten im Landkreis (nach der Volkszählung von 1925) 313 554 Einwohner, von denen 128 429 kath., 168 061 ev., 1297 jüd. Glaubens waren, hinzu kamen 5226 sonstige Christen und 10 541 ohne oder mit anderem Bekenntnis. 1930 erreichte die Zahl der in Bochum ansässigen Juden mit 1244 ihren Höchststand; Bochum war damit – nach Dortmund und Gelsenkirchen – die drittgrößte jüd. Gemeinde in Westfalen. 1932 lebten 1134 Juden in der Stadt, 1938 waren es 644 und 1941 noch 253.

Im heutigen Stadtteil Langendreer lebten 1839 neun und 1858 vier Juden; 1871 waren von 4850 Einwohnern 691 kath., 4151 ev. und acht jüd. Glaubens, 1895 von 15 056 [!] Einwohnern 3008 kath., 12 001 ev., 27 jüd. Glaubens, 18 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1905 lebten 27 Juden im Ort, 1911 waren es 65 und 1913 dann 40 jüd. Personen. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in Langendreer (Gebiets-

stand des Jahres 1926) von 27 566 [!] Einwohnern 7593 kath., 18 517 ev. Glaubens, 82 Juden und 88 sonstige Christen. 1929 wurde der Ort teilweise in die Stadt Bochum eingemeindet. In Linden lebten 1843 sechs und 1858 dann 14 Juden; 1871 waren von 2624 Einwohnern 924 kath., 1668 ev., 14 jüd. Glaubens, 17 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 5484 Einwohnern 2084 kath., 3353 ev., 29 jüd. Glaubens und 18 andere Christen. Im benachbarten Dahlhausen wohnten 1911 fünf Juden. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in der (1921 zusammengeschlossenen) Gemeinde Linden-Dahlhausen (Gebietsstand 1926) von 21 695 [!] Einwohnern 9203 kath., 11 721 ev., 31 Juden und vier sonstige Christen. 1929 wurden Linden und Dahlhausen Teile der Stadt Bochum.

In Hamme lebte 1858 ein Jude, 1895 waren von 8048 Einwohnern 4086 kath., 3920 ev., sechs jüd. Glaubens und 36 andere Christen. 1904 wurde Hamme nach Bochum eingemeindet. In Gerthe waren nach der Volkszählung 1925 (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 20 956 [!] Einwohnern 5910 kath., 14 184 ev., 28 Juden und 46 sonstige Christen. 1929 wurde Gerthe zum größten Teil nach Bochum eingemeindet. Im benachbarten Harpen lebten 1858 drei Juden; 1895 waren von 3245 Einwohnern 213 kath., 3025 ev., fünf jüd. Glaubens und zwei andere Christen. 1926 erfolgte die Eingemeindung nach Gerthe. In Riemke waren 1895 von 2677 Einwohnern 1729 kath., 946 ev. und zwei jüd. Glaubens, 1926 kam der Ort zu Bochum.

In Mittelstiepel lebten 1839 sechs Juden. In Stiepel waren 1843 sieben Juden verzeichnet; 1871 waren von 3182 Einwohnern 215 kath., 2963 ev. und vier Juden. 1929 wurde Stiepel nach Bochum eingemeindet. In Wiemelhausen waren 1871 von 2273 Einwohnern 1044 kath., 1225 ev. und vier jüd. Glaubens, 1895 von 8731 Einwohnern 4558 kath., 4084 ev., 14 jüd. Glaubens und 75 andere Christen; 1904 wurde Wiemelhausen in die Stadt Bochum eingemeindet. Im benachbarten Weitmar waren 1871 von 3473 Einwohnern 1604 kath., 1857 ev., drei jüd. Glaubens und neun andere Christen, 1895 von 10 284 [!] Einwohnern 4706 kath., 5484 ev., sieben jüd. Glaubens, 85 gehörten anderen christl. Gemeinden an und zwei waren ohne Bekenntnis. 1905 lebten in Weitmar ebenfalls sieben Juden, 1926 kam die Gemeinde zu Bochum. In Laer waren 1895 von 5144 Einwohnern 1165 kath., 3972 ev., vier jüd. Glaubens und drei andere Christen. 1929 wurde Laer nach Bochum eingemeindet. In Werne waren 1871 von 2605 Einwohnern 546 kath., 1045 ev. und 14 jüd. Glaubens, 1895 von 8430 Einwohnern 2069 kath., 6346 ev., 14 jüd. Glaubens und ein anderer Christ. 1905 lebten in Werne 36 Juden, 1911 waren es 23. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in Werne (Gebietsstand 1926) von 18 883 [!] Einwohnern 5567 kath., 12 530 ev., 38 Juden und 49 sonstige Christen. 1929 wurde der Ort in die Stadt Bochum eingemeindet.

Grundlage für die Mitgliedschaft in der jüd. Gemeinde in Bochum war in der ersten Hälfte des 19. Jh. ein ‚Einkaufsgeld‘ in Höhe von 50 Tlr. pro Familie. Für einheimische Juden, die eine Familie gründeten oder Auswärtige, die eine Bochumer Jüdin heirateten, reduzierte sich dieser Betrag auf 10 Taler; hinzu kamen regelmäßige Jahresbeiträge. Aus finanziellen Gründen hatten fünf in Bochum lebende jüd. Familien sich nicht ‚eingekauft‘. Sie gehörten der jüd. Gemeinde damit nicht an, waren aber dennoch zu den Gottesdiensten zugelassen. 1851 legte die Bochumer jüd. Gemeinde ihr Gemeindestatut vor. Als Gemeindezweck nannte sie die Erhaltung und Pflege der israelitischen Religion und die ‚zeitgemäße‘ Ausübung ihrer Rituale. Ein ‚Einkaufsgeld‘ sollte nicht mehr erhoben werden.

Organe der Gemeinde waren nach dem Statut von 1851 ein dreiköpfiger Vorstand (Vorsteher oder Präses, stellvertretender Vorsteher und Rendant) und ein fünfköpfiger Gemeinderat sowie die aus allen stimmberechtigten Mitgliedern bestehende Generalversammlung. Stimmberechtigt war, wer zu den Gemeindelasten beitrug. Die Gemeinde sollte vom Vorstand geführt und nach außen vertreten werden. Den Vorstand wiederum – sowie den Gemeinderat – wählte und kontrollierte die Generalversamm-

lung. Dieses laut Gesetz nicht vorgesehene Gremium hatte noch weitere Kompetenzen: die Genehmigung von Grundstücksgeschäften, die Entscheidung bei Konflikten zwischen Vorstand und Gemeinderat, die Wertung der Entschuldigungsgründe bei der Ablehnung von Ehrenämtern und die Entlastung bzw. Entlassung von unbesoldeten Gemeindebeamten im Falle statutenwidriger Handlungen. Besoldete Gemeinde-Beamte waren der Lehrer, der zugleich Kantor sein musste, und ein Gemeindediener. Letzterer sollte dafür qualifiziert sein, das rituelle Schlachten zu übernehmen. Die Stelle war zum Zeitpunkt der Erstellung des Statuts vakant und sollte besetzt werden, sobald die Finanzverhältnisse der Gemeinde es gestatteten.

Das Statut war 1851 von 22 führenden Gemeindemitgliedern unterschrieben und von Gemeindevorsteher Moritz Würzburger an Oberbürgermeister Greve mit der Bitte um Weiterleitung an die königliche Regierung gesandt worden. Die erbetene Genehmigung blieb aber aus. Erst zwei Jahre später, im April 1853, meldete sich ein landrätlicher Kommissar beim Magistrat der Stadt Bochum und teilte mit, „höheren Orts“ sei die Wiederaufnahme der seit 1848 ruhenden Maßnahmen zur Ausführung des Gesetzes von 1847 angeordnet worden. 1854/55 wurden im Kreis Bochum drei Synagogenbezirke eingerichtet. Zum Synagogenbezirk Bochum gehörten die Juden aus der Stadt Bochum, aus dem Amt Bochum (u. a. mit den Gemeinden Hamme, Gerthe, Harpen, Weitmar und Wiemelhausen) und aus dem Amt Herne (u. a. mit den Gemeinden Herne, Bickern bzw. Wanne, Eickel und Röhlinghausen). Dem Synagogenbezirk Hattingen wurden die Stadt Hattingen sowie die Ämter Hattingen und Wattenscheid zugeordnet, dem Synagogenbezirk Witten neben der Stadt Witten die Ämter Blankenstein und Langendreer. Teile des heutigen Bochumer Stadtgebietes gehörten damit zu den Synagogenbezirken Hattingen und Witten. Das neue Statut von 1858 entsprach stärker als der Entwurf von 1851 der Intention des Gesetzes. Die in der Version von 1851 noch enthaltenen ‚basisdemokratischen‘ Elemente, die vor allem in der starken Stellung der Generalversammlung aller stimmberechtigten Gemeindemitglieder ihren Ausdruck fanden, traten nun zurück. Organe der Gemeinde waren der Vorstand (drei Mitglieder und entsprechend viele Stellvertreter) und die aus neun Personen bestehende Repräsentantenversammlung. Die Gesamtheit der Gemeindemitglieder kam nur noch zusammen, um die Repräsentanten zu wählen. Die Generalversammlung mit ihren weitreichenden Funktionen war nicht mehr vorgesehen. Das 1858 genehmigte Statut wurde 1871 durch einen Nachtrag zum Wahlverfahren ergänzt und 1886 durch eine gedruckte Version ersetzt.

Die wachsende jüd. Bevölkerung und die Ausdehnung des Gemeindegebietes führten zur Abtrennung zweier Gemeindeteile. 1889 schieden die Juden in Herne aus der Gemeinde aus und bildeten eine eigene Gemeinde. Die ebenfalls zum Amt Herne gehörenden Juden aus Eickel schlossen sich mit denen aus Wanne zusammen und bildeten 1907 die rechtlich eigenständige Synagogengemeinde Wanne-Eickel, zu der auch die Juden aus Röhlinghausen gehörten. Die heutigen Bochumer Stadtteile Langendreer, Stockum und Werne gehörten zur Synagogengemeinde Witten, Linden und Dahlhausen zur Gemeinde Hattingen. Gelsenkirchen und Wattenscheid gehörten zunächst zum Synagogenbezirk Hattingen, 1874/75 trennten sie sich und bildeten eigene Gemeinden. 1913 gehörten Juden aus Gerthe, Riemke und Harpen zur Synagogengemeinde Bochum. 1912 wurde ein Zusatzparagraph im Statut verankert, der die deutsche Staatsangehörigkeit zur Bedingung des Wahlrechts in der Gemeinde machte.

Nach dem Ersten Weltkrieg trat die Bochumer Synagogengemeinde dem ‚Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden‘ bei, dort vertrat Otilie Schoenewald die Bochumer Interessen. Die Gemeinde gehörte weiterhin dem liberalen ‚Verband der Synagogengemeinden Westfalens‘ an, in dem Moritz Liebenfeld stellvertretender Vorsitzender und später erster Vorsitzender wurde, außerdem war die Gemeinde Mitglied des DIGB. Das 1936 eingerichtete Bezirksrabbinat Bochum-Herne unter Leitung des

liberalen Rabbiners Dr. Joseph Kliersfeld umfasste neben Bochum auch Wattenscheid, Witten, Herne und Wanne-Eickel.

Im Dez. 1945 wurde die ‚Jüdische Religionsgemeinschaft Bochum‘ neu gegründet, 1953 schloss sie sich mit den Nachbargemeinden zur ‚Jüdischen Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen‘ zusammen. Ab 1999 bildete Recklinghausen eine eigene Gemeinde. Zur neu gebildeten jüd. Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen gehören auch die Bochumer Stadtteile Linden-Dahlhausen, Langendreer und Wattenscheid.

Bochum war eine Reformgemeinde. Bereits in der Mitte des 19. Jh. heißt es, einige Gemeindemitglieder huldigten einer „modernerer Auffassungsweise“ ihrer Religion, in der Synagoge würden ‚Religionsvorträge‘ oder Predigten gehalten. Die ‚Bestimmungen für die Ordnung beim Gottesdienst in der Synagoge zu Bochum‘ lagen gedruckt vor. In der 1861 bis 1863 neu erbauten Synagoge stand eine Orgel, zudem sang dort ein gemischter Chor. An den 1917 von Rabbiner Moritz David eingeführten Mädchenkonfirmationen nahmen zwischen 1917 und 1932 in Bochum mehr als 100 jüd. Mädchen teil.

Der Haushalt speiste sich laut Statut von 1851 aus der Vermietung der Synagogenplätze, den freiwilligen Spenden beim Gottesdienst, dem Schulgeld (ein Taler, zehn Sgr. pro Kind und Jahr) und den gleichmäßigen Beiträgen aller Gemeindemitglieder zur Besoldung des mit dem Lehramt verbundenen Kantorats (ein Taler jährlich). Das nach Abzug dieser Einnahmen noch bestehende Defizit zu dem für den Lehrer und die Schule benötigten Betrag sollte durch eine nach der Klassensteuer zu regulierende Umlage gedeckt werden. 1930 betrug der Gemeindeetat 52 052 RM, 1931 waren es 45 094 RM.

2.2.2 Jüd. Gottesdienste soll es in Bochum bereits im ausgehenden 16. Jh. gegeben haben. Im Bericht des Schultheißen heißt es 1650, die in Bochum lebenden Juden hielten ihren Gottesdienst „mit Judischem geschrey oder gesängen undt anderen ihren Ceremonien“, was zu Beschwerden benachbarter Christen geführt habe. Die Gottesdienste fanden zunächst in wechselnden, als Betraum hergerichteten Zimmern in Privathäusern statt. Etwa seit Mitte des 18. Jh. diente ein kleines Gebäude an der Schützenbahn den Bochumer Juden über hundert Jahre als Gotteshaus. 1843 befand sich die Synagoge im Eigentum der jüd. Gemeinde. Im selben Jahr wird von einer 1790 ins Hypothekenbuch der Stadt Bochum eingetragenen Geldschuld berichtet; als Sicherheiten seien die Synagoge, der Friedhof und diverse Kultusgeräte aufgeführt, darunter 14 Thorarollen.

Der Anstieg der jüd. Bevölkerung Bochums im 19. Jh. und der mehrfach zum Streit führende unbequeme Zugang weiblicher Gemeindemitglieder zu ihren Plätzen auf der Empore förderten Neubaupläne. 1853 initiierte der Bochumer Bürgermeister Maximilian Greve das Bauprojekt. 1860 konnte der Bauplatz an der Wilhelmstr. 18 gekauft werden, 1861 war Baubeginn. Spendengelder kamen aus Bochum und aus ganz Westfalen, die Aktionäre des ‚Bochumer Vereins‘ spendeten einen Teil ihrer Jahresdividende. Zur Einweihung 1863 kamen auch viele nichtjüd. Bochumer. Die Predigt hielt Rabbiner Dr. Ludwig Philippson aus Bonn, Redakteur der AZJ, Vertreter des liberalen Judentums und Vorkämpfer der Judenemanzipation. Der Bürgermeister hatte die ganze Stadt dazu aufgefordert, an „einem solchen seltenen Feste eine allgemeine Teilnahme zu zeigen“ und diese „durch Bekränzung und Beflagung“ kenntlich zu machen, viele Bochumer folgten seinem Aufruf und schmückten Häuser und Straßen. Der Autor eines Berichtes in der AZJ lobte die „außerordentliche Teilnahme der christlichen Bevölkerung“ und deren große Spendenbereitschaft. Dies sei überaus wohlthuend und mache „der christlichen wie der jüdischen Bevölkerung höchste Ehre“. Die Synagoge zählte der Bürgermeister ihrer Architektur und Ausstattung wegen zu den „Zierden der Stadt“. 1895 wurde beschlossen, den Bau zu vergrößern und bessere Zugänge zu den Treppen und Emporen zu schaffen. Während der Bauarbeiten

entschied die Gemeinde, „die Synagoge sowohl nach innen wie nach außen reicher auszustatten“. Nach dem Umbau im maurischen Stil wurde sie 1896 in neuer Form eingeweiht. 1925/26 entschloss man sich zu einem erneuten Umbau, ein Teil der aufwendigen Verzierungen wurde wieder zurückgebaut. In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 wurde das Gebäude zerstört und niedergebrannt. Die Gemeindegemeinschaft Erna Philipp hatte die Thorarollen und Kultusgegenstände aus der Synagoge entfernen können, bevor diese in Flammen aufging; die geretteten Thorarollen dienten dann anderen Gemeinden, die ihre verloren hatten, als Ersatz.

Die in Bochum wohnenden Ostjuden bauten eigene Strukturen auf und feierten ihre Gottesdienste separat. Seit den 1920er Jahren nutzten sie einen Betsaal im ersten Obergeschoss des jüd. Schulhauses (Wilhelmstr. 16), später einen im Gebäude Luisenstr. 2, das der Synagogengemeinde gehörte und in dem sich auch der jüd. Kinderhort befand. Nachdem die Stadt das Gebäude 1937 der Sparkasse übertragen hatte, erhielt die Gemeinde ersatzweise ein Gebäude an der Düppelstr. 1a (Ecke Wittener Straße). Während des Pogroms erlitt es schwere Schäden, 1940 war die jüd. Gemeinde gezwungen, es wieder zu verkaufen.

1947 stellte die Stadt Bochum der jüd. Gemeinde einen Betsaal im ersten Stock des ehemaligen Amtshauses Bochum-Nord (Brückstr. 33b) zur Verfügung, der bis 1957 genutzt wurde. Im Zuge des Wiedergutmachungsverfahrens bemühte sich der Gemeindevorsitzende Vollmann um ein Ersatzgrundstück für das 1938/39 in das Eigentum der Stadt bzw. der Stadtparkasse übergegangene Synagogengrundstück; zur Diskussion stand ein Grundstück an der Kortumstraße. 1955 erhielt die JTC von der Stadt Bochum eine finanzielle Entschädigung in Höhe von 210 000 DM, auf einen Neubau wurde verzichtet. Die Bochumer Juden hatten sich 1953 mit den Gemeinden Recklinghausen und Herne zusammengeschlossen und feierten ab 1955 ihren Gottesdienst in Recklinghausen.

Mit dem Zuzug von Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren stieg der Raumbedarf der Gemeinde. Ein in städtischem Besitz befindliches Haus (Alte Wittener Str. 13) konnte als Gemeindezentrum genutzt werden. Für die notwendig gewordene Sozialarbeit und für Zusammenkünfte stellten die ev. Kirche und die Stadt Räume im Bodelschwingh-Haus (Düppelstr. 25) und im Alten Amtshaus (Harpener Weg 77) zur Verfügung. Seit 2003 gab es Pläne für einen Synagogenneubau. Die Stadt Bochum schenkte der jüd. Gemeinde ein 4300 m² großes Grundstück an der Castroper Straße, 2005 wurde dort der Grundstein für eine neue Synagoge mit Gemeindezentrum gelegt. Die Finanzierung trugen je zu einem Drittel das Land NRW, die Stadt Bochum und die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen. Ein ‚Freundeskreis Bochumer Synagoge‘ unterstützte die jüd. Gemeinde. Das Gebäudeensemble am Erich-Mendel-Platz wurde 2007 eingeweiht.

2.2.3 Meyer Nathan ist für 1731 als Lehrer genannt, er wohnte im Haus des wohlhabenden Kaufmanns Marcus Joseph und unterrichtete dessen Kinder. 1737/38 wird ein ‚Juden-Schulmeister‘ erwähnt, 1756 eine jüd. Schule in Bochum. 1812 besuchten zehn jüd. Kinder die ev.-reformierte Schule in Bochum, nur der Religionsunterricht wurde durch einen Lehrer der jüd. Gemeinde erteilt. 1822 erließ die Regierung in Arnberg verbindliche Regelungen über die „Beaufsichtigung des Jugend-Unterrichts unter den Juden“, verpflichtete die jüd. Kinder zum Besuch einer Elementarschule und verlangte von den Lehrenden einen Befähigungsnachweis. Die Obrigkeit forderte die Einrichtung einer eigenen jüd. Elementarschule und die Vermittlung von Kenntnissen in den Elementarfächern. Seit 1828 unterhielt die jüd. Gemeinde eine Privatschule, die 1843 von 22 Kindern besucht wurde; der Unterricht fand zunächst in der Wohnung des Lehrers statt, auch ein Kind aus Stiepel nahm teil.

Die Stadt Bochum trug zum Unterhalt der Schule nicht bei, umgekehrt bestand aber auch keine Beitragspflicht der Juden zu den christl. Schulen. Ab 1853 war das

Klassenzimmer in einem Fachwerkgebäude zwischen Oberer Marktstr. (später Massenbergerstr.) und Schützenbahn untergebracht; 1936 wurde das Gebäude abgerissen. Mit den Angelegenheiten der Schule befasste sich innerhalb der jüd. Gemeinde ein Schulvorstand; der Oberbürgermeister bzw. sein Stellvertreter übernahm darin den Vorsitz. Zusammen mit der neuen Synagoge wurde an der Wilhelmstr. 16 ein neues Schulgebäude errichtet und 1863 eingeweiht. Das Klassenzimmer befand sich im Erdgeschoss, die Lehrerwohnung im oberen Stockwerk. Das wegen der wachsenden Mitgliederzahl notwendig werdende zweite Klassenzimmer entstand in einem rückwärtigen Anbau der Schule. 1883 beschloss die Bochumer Stadtverordnetenversammlung, das Defizit der jüd. Volksschule auf den Kommunaletat zu übernehmen, die jüd. Schule galt fortan als öffentliche Schule. Um Platz für einen dritten Klassenraum – die Schülerzahl war auf über 100 angestiegen – zu schaffen, wurde 1887 das Schulgebäude umgebaut. Die Gemeinde nutzte die Gelegenheit und ließ im ersten Stockwerk des Vordergebäudes Büroräume für die Gemeindeverwaltung herrichten. Im Rahmen der Ruhrbesetzung erhob der Bochumer Magistrat im März 1923 beim franz. Zivilkommandeur Einspruch gegen die geplante Beschlagnahme eines der beiden Klassenzimmer und des Vorhofs der Synagoge, Schulbetrieb und Gottesdienste würden dadurch beeinträchtigt.

Als Lehrer bis 1822 ist Nathan Löbensohn nachgewiesen, 1822/23 folgte Herz Bamberger, von 1823 bis 1825 Levi Michel aus Lippstadt, 1825–1828 Lehrer Wachsmann. 1828 wurde mit Marcus Moses aus Neviges erstmals ein examinierter Lehrer eingestellt; er blieb bis 1832, dann folgte für zehn Jahre Abraham Emanuel aus Hamburg. 1833 vereinbarte die Gemeinde Bochum mit ihm, dass er ohne Einwilligung des Vorstands nicht mehr als zwei Kinder in Pension nehmen dürfe. 1845 kam ein Lehrer nach Bochum, der seine Ausbildung am Haindorfschen Seminar erhalten hatte: Moses Steinweg aus Unna, der zuvor in Telgte unterrichtet hatte, er blieb bis 1847. Als weitere jüd. Lehrer waren in Bochum tätig: Philipp Ansel aus Bünde (1847–1854, Grabmal auf dem jüd. Friedhof Wasserstr. erhalten), Philipp Freudenberg aus Steinfurt (1854–1857), Abraham Laser (1857/58), Isaak Edelstein aus Limburg (1858–1866) und Moritz Lewinger aus Steinau in Schlesien (1866–1872). Für 1861, lange bevor Frauen an der jüd. Schule in Bochum als Lehrende tätig wurden, ist eine Privatlehrerin nachgewiesen: Helene Lisser unterrichtete die Töchter des Philipp Würzburger. Mit Hirsch Laubheim aus Singhofen im Unterlahnkreis blieb erstmals ein Lehrer über mehrere Jahrzehnte (1872 bis 1900) in Bochum. Mit der Zunahme der jüd. Bevölkerung stieg auch die Zahl der schulpflichtigen Kinder, so dass 1882 ein zweiter Lehrer eingestellt wurde: Moritz Ostermann aus Meddersheim in der Pfalz, der bis 1926 in Bochum unterrichtete (gest. 1929). Als Ende der 1880er Jahre die Schülerzahl auf über 100 Kinder angestiegen war, wurde für die dritte Klasse eine weitere Lehrerstelle geschaffen. Die Position wurde 1887 mit Jenny Meyer besetzt, der Tochter des Bochumer Kaufmanns Isaak Meyer. Sie war die erste Lehrerin an einer jüd. Volksschule in Westfalen und blieb bis 1890, ihre Nachfolgerin wurde (bis 1925) Bertha Sachs aus Bielefeld. 1892 wurde Lehrer Laubheim zum Hauptlehrer ernannt. Nach seinem Tod im Jahr 1900 wurde die Schule wieder zweiklassig, in der Lehrerwohnung wohnte von nun an der jeweilige Synagogendiener. Die Zahl der Schüler betrug 41 im Jahr 1863, 94 (1905), 72 (1909), 109 (1929) und 125 (1932). Religionsunterricht erhielten 65 Kinder (1909), 70 (1911), 125 (1932) und 67 (1937). Die Hebräische Sprachschule leitete 1924/25 (und auch 1932) der Rabbiner Dr. David. Deren Vorstand gehörten zu diesem Zeitpunkt ferner Dr. Siegmund Schoenewald, Moritz Liebenfeld und Moritz Hähnlein an; 1932 wurde diese Schule von 100 Kindern besucht. Den von Lehrer Scherf geleiteten Cheder besuchten im selben Jahr 20 Kinder.

Erich Mendel (1902–1988) aus Gronau/Westf. wurde 1932 Hauptlehrer in Bochum. Nachdem er mehrfach Vertretungen an der jüd. Schule übernommen und 1927 seine

zweite Lehrprüfung abgelegt hatte, erhielt er 1928 eine Anstellung in Bochum. In den 1920er Jahren gehörten ferner Else Hirsch aus Bützow in Mecklenburg-Schwerin (tätig von 1927 bis 1941), die nebenamtlich Mädchen Hebräischunterricht erteilte, und Margarete Timmermann (1928–1930) zum Lehrpersonal der jüd. Volksschule, in den 1930er Jahren Manfred Höxter (1930/31), Simon Grünwald (1931/32), Arnold Schulz (1932) und Hugo Hermann (1932). Ende 1934 wurde die Anzahl der Klassen erneut von drei auf zwei reduziert, die dritte Lehrerstelle entfiel. Im Juni 1936 musste Erich Mendel auf die Position des Hauptlehrers verzichten. Zuschüsse für bedürftige Schüler wurden nicht mehr gezahlt. 1938 endete die Verpflichtung des Schulträgers, jüd. Kindern freie Lehrmittel zu gewähren. Nach der Pogromnacht wurde Erich Mendel verhaftet, nach der Entlassung aus der ‚Schutzhaft‘ war er nicht mehr dienstfähig, er emigrierte 1939 über England in die USA. Er nannte sich fortan Eric Mandell, wurde 1941 Dozent für synagogale Musik am Gratz-College in Philadelphia und begründete dort eine der weltgrößten Sammlungen jüd. Musik.

Wegen der Verwüstung der Klassenräume im Nov. 1938 konnte die zweite Lehrkraft, Else Hirsch, zunächst nicht weiter unterrichten, sie richtete die Räume jedoch zusammen mit den Schülern wieder her. Die von den weiterführenden Schulen vertriebenen jüd. Schüler mussten an die jüd. Volksschule zurückkehren. Im Juli 1939 wurde der Unterricht mit 24 Schülern wieder aufgenommen. Zeitgleich erfolgte die Aufhebung der jüd. Schule als öffentliche Schule und die Versetzung der beiden Lehrer in den Ruhestand, die Schule ging in die Trägerschaft der RV über und wurde bis zur endgültigen Auflösung im Sept. 1941 als private Volksschule weitergeführt. 21 Schüler besuchten die Einrichtung, als das Schulgebäude im Juni 1941 in ein ‚Judenhaus‘ umgewandelt und mit 13 jüd. Familien belegt wurde. Die Lehrerin Else Hirsch organisierte gemeinsam mit der Gemeindegemeinschaft Erna Philipp zwischen Dez. 1938 und Aug. 1939 zehn Kindertransporte über die Niederlande nach England. Während Erna Philipp den elften Transport zur Flucht nutzte, blieb Else Hirsch in Bochum. Ende Jan. 1942 wurde sie zusammen mit einigen ihrer Schülerinnen und Schüler ins Ghetto Riga deportiert – einer ihrer Schüler erinnerte sich, dass sie auch dort noch unterrichtete.

Seit der Mitte des 19. Jh. besuchten jüd. Kinder in Bochum höhere Schulen. Spätestens ab den 1870er Jahren erteilte ein Lehrer der jüd. Schule den Religionsunterricht in der jeweiligen Schule. Zunächst übernahm Lehrer Hirsch Laubheim die Aufgabe, er unterrichtete am Gymnasium Bochum seit 1878, an der Städtischen Höheren Töcherschule seit 1882 und an der Oberrealschule seit 1887. Mitte der 1920er Jahre unterrichtete Rabbiner Dr. David 70 Kinder an höheren Schulen. 1922 besuchten sieben jüd. Schüler das Gymnasium, 33 die beiden Oberrealschulen, vier das Hildegardis-Lyzeum, 43 das Lyzeum I und zwei das Lyzeum II. Im Jahr 1932 erhielten 175 Kinder Religionsunterricht.

In Langendreer gab es 1832 ein schulpflichtiges jüd. Kind, 1835 waren es zwei. Die Kinder der Familie Klein besuchten die Langendreerer Kirchschule, Religionsunterricht erteilten die Eltern. Ab 1906 wurde der jüd. Religionsunterricht in einem Klassenzimmer der Blücherschule am Alten Bahnhof erteilt, für den Unterhalt kam David Harff auf. 1911 erhielten Kinder aus Langendreer und Werne von Lehrer Mayer aus Witten ‚Wanderunterricht‘.

2.2.4 Juden aus Bochum (anfangs auch Christen) spendeten seit den 1830er Jahren acht Jahrzehnte lang für die Haindorfsche Stiftung. Mit Unterstützung der Stiftung wurden Jugendliche zu Handwerkern (z. B. in den 1820er/1830er Jahren Mayer Löwenstein und Gumpel Leuser) bzw. zum Lehrer (Ende des 19. Jh. Max Levisohn) ausgebildet. Dem Kuratorium der Stiftung gehörte vor dem Ersten Weltkrieg der Bochumer Kaufmann M. Liebenfeld an. Die wohlhabenden Mitglieder der jüd. Gemeinde bedachten neben den eigenen Glaubensangehörigen auch Arme anderer Konfessio-

nen. Die älteste jüd. Stiftung in Bochum geht auf Aron Herz und seine Frau Bertha zurück. Anlässlich ihrer Goldenen Hochzeit 1864 schenkten sie der Stadt 500 Tlr. zur Gründung einer Armenstiftung, deren Erträge Bedürftigen aus Bochum zugute kommen sollten. Der Bankier Hermann Schüler unterstützte gemeinsam mit seiner Frau Emma geb. Würzburger arme Wöchnerinnen, gründete eine Stiftung für bedürftige Schüler der kaufmännischen Schule und richtete eine Pensionskasse für seine Bankbeamten ein. Dem Wunsch seiner 1907 verstorbenen Frau folgend, schenkte Hermann Schüler der Stadt Bochum 20 000 M für eine ‚Säuglingsbewahranstalt‘, die erste Bochumer Kinderkrippe. Es dauerte drei Jahre, bis die – inzwischen auf 50 000 M aufgestockte – Stiftung dem beabsichtigten Zweck zugeführt werden konnte; 1910 wurde die Einrichtung in der Roonstr. 22 als ‚Säuglingsheim‘ in Betrieb genommen, im selben Gebäude war auch die städtische Säuglingsmilchküche untergebracht. Da die Räume bald zu klein waren, wurde das Heim in ein städtisches Gebäude an der Amtsstr. 10 verlegt. Seine Verwaltung übernahm zunächst das Fürsorgeamt (später Wohlfahrtsamt), dann das Jugendamt. Eine weitere Stiftung gründete Ferdinand Koppel 1909 anlässlich des Todes seiner Frau. Die Zinsen sollten – im Wechsel – den dienstältesten Geistlichen der kath., ev. und jüd. Gemeinde sowie erholungsbedürftigen Kindern zufließen. 1913 gab es die B.-Ising-Stiftung. Anlässlich des 70. Geburtstages ihres langjährigen Vorstehers richtete die Synagogengemeinde 1915 eine ‚Moses und Regine Liebenfeld-Stiftung‘ ein. Die Erträge aus der ‚Rabbiner Dr. David-Stiftung‘ (1924 gegründet) sollten der Ausstattung armer Bräute dienen. Jüd. Bürger übernahmen auch soziale Ehrenämter in der Stadt, wie z. B. Moritz Nathan Felsenthal, der bis zu seinem Tod 1885 als stellvertretender Armenbezirksvorsteher tätig war; Julius Würzburger versah diese Funktion bis 1924 ebenfalls über 40 Jahre.

Seit 1873 bestand in Bochum der Israelitische Männer-Wohltätigkeitsverein ‚Chewra gemilus chassodim‘. 1875 wurde der Israelitische Frauenverein in Bochum gegründet, dessen langjährige Vorsitzende Regine Liebenfeld war; 1932 war Lotte David Vorsitzende, zu dieser Zeit hatte der Verein 200 Mitglieder. Seit dem ausgehenden 19. Jh. richteten Bochumer Frauenvereine aller Konfessionen viele Jahre lang gemeinsam den Weihnachtsbasar aus, dessen Einnahmen den Armen der Stadt zugute kamen. Die Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘, 1932 unter der Leitung von Otilie Schoenewald, widmete sich ebenfalls der „allgemeinen Wohlfahrtspflege“. Der 1905 gegründete Verein ‚Ferienkolonie für jüdische Kinder‘ hatte 1932 unter der Leitung von Erich Lewkonja 120 Mitglieder und wird noch im Sept. 1938 erwähnt. Ferner gab es den 1920 gegründeten ‚Verein für jüdische Krankenpflegerinnen Bikur Chaulim‘, 1932 unter dem Vorsitz von Simon Cohn, gleichzeitig Vorsitzender des ‚Israelitischen Männervereins‘. Auch die Zinsen des seit Beginn der 1880er Jahre bestehenden und mit 10 000 M ausgestatteten Wohltätigkeitsfonds ‚Israelitische Friedhofsstiftung‘ – das Kapital stammte aus dem Verkaufserlös des alten jüd. Friedhofs 1879 – flossen gemeinnützigen Projekten und wohltätigen Zwecken zu. Damit unterstützte die Synagogengemeinde u. a. die Haindorfsche Stiftung in Münster, die Unterstützungskasse des ‚Vereins Israelitischer Lehrer in Rheinland-Westfalen‘, den DIGB, die Alliance Israelite Universelle, die jüd. Waisenhäuser in Paderborn und Dinslaken sowie den ‚Verein zur Verbreitung und Förderung der Handwerke unter den Juden‘ in Düsseldorf.

Der Vorstand der Synagogengemeinde Bochum initiierte die Gründung eines ‚Armen-Unterstützungsvereins‘, der 1868 seine Tätigkeit aufnahm; den Vorsitz übernahm mit Hermann Herz ein Vorstandsmitglied. Ein Armenpfleger verwaltete die Vereinskasse, als Erster der Kaufmann – und ehemalige Lehrer – Philipp Ansel. Der Verein versorgte ‚wandernde‘ und auf der Durchreise befindliche Juden und leistete sachbezogene Hilfe im Einzelfall. 1879 erhielten 661 Personen (294 deutsche Staatsbürger und 367 Ausländer) insgesamt 908 M an Unterstützungsgeldern.

Das ‚Bochumer Modell‘ der Armen- und Wanderfürsorge war auch für die Nachbarstädte interessant. So folgten im Okt. 1880 Vertreter der Synagogengemeinden Essen, Dortmund, Hagen, Witten, Hörde, Gelsenkirchen und Steele der Einladung des Vorstandes der Bochumer Gemeinde und bildeten gemeinsam mit dieser einen Zentralarmenverband (ZAV). Der Zusammenschluss wurde mit der Zunahme durchreisender Bettler begründet und dem Wunsch der Gemeinden, „das tief eingewurzelte Übel des handwerksmäßigen Bettelns“ zu steuern. Gemeinsam strebten sie eine einfachere und bequemere Unterstützung durchreisender Armer an. So waren sie relativ gut gerüstet, als die ostjüdische Ein- und Durchwanderungswelle zu Beginn der 1880er Jahre einen ersten Höhepunkt erreichte. Sie war bekanntlich durch die Pogrome nach der Ermordung Zar Alexanders II. (1881) ausgelöst worden und blieb bis zum Ersten Weltkrieg auf hohem Niveau. Als ‚Vorort‘ des Zentralarmenverbandes wählten die Mitgliedsgemeinden Bochum und betrauten den Vorstand der Synagogengemeinde Bochum mit der Leitung des Verbandes. Dies sollte bis zum Schluss so bleiben. Die Auszahlung der Unterstützungsgelder oblag einem Armenpfleger, der auch ein Gehalt bezog. Die anderen Funktionsträger arbeiteten ehrenamtlich. Die Strukturen des Verbandes ähnelten denen des 1868 gegründeten Bochumer Armen-Unterstützungsvereins, der nun überflüssig geworden war. Im ersten Jahr seines Bestehens unterstützte der ZAV 825 Personen (698 männliche und 127 weibliche) mit insgesamt 1754 Mark. Die Männer hatten als Beruf angegeben: Händler/Hausierer (312), Handwerker (270), Kaufleute und Commis (66), Lehrer (41) und sonstige Berufe (9). Die regionale Herkunft der Unterstützungsempfänger war wie folgt: Westfalen (63), Rheinprovinz (90), Hannover (46), Ost- und Westpreußen (86), sonstige norddeutsche Provinzen (116), süddeutsche Provinzen (80), Holland (39), Österreich, Polen, Russland, Ungarn (300), außereuropäische Staaten (5). Im Laufe der Jahre traten weitere Synagogengemeinden dem Zentralarmenverband bei. 1902 gehörten ihm neben den Gründungsgemeinden auch Duisburg, Iserlohn, Mülheim an der Ruhr, Ruhrort und Wattenscheid an. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug in diesem Jahr 1810, die ausgezahlte Summe 4288 Mark. Als 1910 auf Reichsebene die Zentralstelle für jüd. Wanderarmenfürsorge entstand, schloss der Zentralarmenverband für Westfalen und „angrenzende Bezirke“ sich ihr an. Er setzte die eigene Arbeit aber fort und war zunächst nicht in der Lage, das laut Statut der Zentralstelle geforderte Fünftel aller Verbandseinnahmen an die Berliner Zentralkasse abzuführen. Die verfügbaren Mittel flossen jetzt vor allem in die von der Rückwandererzentrale in Köln organisierte ‚Rückbeförderung‘ jüd. Auswanderer in ihre Herkunftsländer. Deren Hoffnungen auf eine neue Existenz im Ausland hatten sich nicht erfüllt. 1911 zum Beispiel trug der von Bochum aus geführte Zentralarmenverband mehr als die Hälfte der Reise- und Unterstützungskosten, die die Kölner Rückwandererzentrale an insgesamt 1103 Personen auszahlte. 1912 passierten 1172 rückkehrwillige Auswanderer die Strecke Köln-Bochum-Hannover, „darunter 1029 Russen“. Dem Zentralarmenverband gehörten damals 40 Gemeinden an.

Nach dem Ersten Weltkrieg verschoben sich die Gewichte. Die Unterstützung ostjüd. Einwanderer trat neben die Wanderfürsorge. In Bochum entstand die jüd. Arbeiterfürsorgestelle, zunächst mit Sitz in der Luisenstr. 12, die sich um die in Bochum ansässigen jüd. Arbeiter ebenso kümmerte wie um Durchreisende. Ihre Geschäftsführerin Erna Philipp leitete gleichzeitig die Geschäftsstelle der ‚Jüdischen Wanderfürsorge Rheinland-Westfalen‘. Die wachsende Arbeitslosigkeit gegen Ende der Weimarer Republik führte erneut zu verstärkter West-Ost- und zur Binnenwanderung und bestimmte die Arbeitsschwerpunkte. 1931 wurden von der Bochumer Wanderfürsorgestelle 1441 Fälle bearbeitet und 10 896 RM ausgezahlt. An der Hauptversammlung des Verbandes 1932 nahm noch einmal „eine stattliche Anzahl“ von Vertretern der angeschlossenen Gemeinden teil. Der Beitrag sollte für das Jahr 1932 – wie im Vorjahr – 80 Pf. pro Kopf der angeschlossenen Gemeinde betragen und bei Bedarf erhöht werden.

Die Bedeutung der jüd. Gemeinde Bochum und ihre Vorreiterrolle im Bereich der sozialen Betätigung wurde noch einmal offenkundig, als 1937 in der CV-Zeitung der Artikel von Eva Reichmann-Jungmann über die jüd. Gemeinden an Ruhr und Rhein erschien, der auch einen Bericht über Bochum enthielt. Der Vorsitzende der Synagogengemeinde, Rechtsanwalt Dr. Schoenewald, habe die Entwicklung ruhig und ohne Sentimentalität geschildert. „Nur wenn davon die Rede ist, dass Bochum einmal Vorort des westfälischen Judentums war“, schrieb Reichmann-Jungmann, „wenn man sich daran erinnert, dass hier der erste jüdische Literaturverein gegründet wurde und dass die jüdische Durchwanderer-Betreuung von hier ihren Ausgang nahm, dann dämmt auch die strengste Sachlichkeit der Erzählung nicht mehr die Trauer darüber zurück, dass ehemals blühendes Leben so schnell geschwunden ist.“

Die Geschäftsstelle der jüd. Wanderfürsorge Rheinland-Westfalen in Bochum bestand während der NS-Zeit zunächst weiter fort. Die Geschäftsführerin Erna Philipp verfasste nach ihrer Emigration einen Kurzbericht über die Wohlfahrtsarbeit in Bochum „unter Überwachung der Gestapo“. Sie, Erna Philipp, habe auf Anweisung der Gestapo vorerst nicht auswandern dürfen, weil ihre Hilfe für die Gefängnisfürsorge („meist Fälle von Rassenschande“) und für die Durchführung der ‚Kinderauswanderung‘ benötigt worden sei.

Die Bochumer Synagogengemeinde war Mitträgerin des 1901 gegründeten ‚Hilfsvereins der deutschen Juden‘, dem Lokalkomitee mit 47 Mitgliedern standen 1909 B. Archenhold, Rabbiner David und Moritz Liebenfeld vor. Ebenfalls Mitträger war die Gemeinde beim 1905 eröffneten Israelitischen Altersheim in Unna und beim Israelitischen Kinderheim in Bad Sassendorf. Träger des 1926 gegründeten Kinderhorts waren die Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ und das städtische Jugendamt; 1933 war Martha Sabel, Tochter von Moritz Hähnlein, Leiterin des jüd. Kinderhorts. Für Langendreer berichteten Zeitzeugen, dass Siegfried Eichengrün, Inhaber der Alsborg-Kaufhäuser, „jährlich eine Reihe Kinder aus bedürftigen Familien der beiden christlichen Gemeinden am Alten Bahnhof zur Erstkommunion bzw. Konfirmation auf Geschäftskosten eingekleidet“ habe.

2.3.1 Juden aus Bochum übernahmen frühzeitig Funktionen in der märkischen Judenschaft. 1655 bekleidete Berndt Isaaks, Vater des Leffmann Behrens, das Amt eines Judenschaftsvorstehers in der Grafschaft Mark. Lehmann Abraham, seit 1730 in Bochum, wurde 1751, 1754 und 1763 zum Vorsteher gewählt, sein Schwager Aaron Marcus 1751 zum Rezeptor und 1754 zum ‚Gemeinsmann‘. 1766 heißt es, er sei der „wohlhabendste Jude in denen Städten südwärts der Ruhr“. 1741 wird der ein Jahr zuvor nach Bochum gezogene Arzt Copilius Pictor als öffentlicher Bedienter der Bochumer Judenschaft genannt. Nach dem Tod des Lehrers Hirsch Laubheim im Jahr 1900, der auch Seelsorger und Prediger der Synagogengemeinde gewesen war, schrieb der Vorstand erstmals die Stelle eines Rabbiners aus. Dr. Moritz David (1875–1956) aus dem pfälzischen Gimsheim trat das Amt 1901 an. Er schuf das erste liberale Rabbinat im Ruhrgebiet – der erste 1906 nach Dortmund berufene Rabbiner war traditionell orientiert, erst der 1929 berufene Nachfolger galt als liberal. David hatte Philosophie und orientalische Philologie an den Universitäten Breslau, Erlangen und Berlin studiert, zudem Theologie am jüd.-theol. Seminar in Breslau und an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin. Er initiierte 1920 den ‚Schwesternverein‘ für jüd. Krankenpflegerinnen, war im Vorstand des ‚Israelitischen Altenheims in Westfalen‘ (und dort 1905 bis 1939 als Anstaltsgeistlicher), im Rheinischen Rabbinerverband, im CV sowie im ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘; ferner gehörte er der ‚Ruhrland-Loge‘ in Bochum an. Am 1. April 1934 trat er auf eigenen Wunsch in den Ruhestand, versah das Amt bis zur Wahl eines Nachfolgers aber weiter. Im Juli 1938 übernahm er das Rabbineramt in Dortmund, wurde nach der Pogromnacht verhaftet

und kam ins KZ Sachsenhausen; 1939 emigrierte er zusammen mit seiner Frau nach England. Sein Nachfolger in Bochum wurde 1936 Dr. Josef Kliersfeld aus Duisburg. Auch er war nach der Pogromnacht im KZ Sachsenhausen inhaftiert, im Frühjahr 1939 gelang ihm die Ausreise nach Palästina.

Das Amt des Vorstandsvorsitzenden der Synagogengemeinde Bochum hatten in der Regel wirtschaftlich besonders erfolgreiche Mitglieder für lange Jahre inne. Die erste Repräsentantenversammlung 1854 wählte den Kaufmann Philipp Würzburger zum Vorsitzenden des Synagogenvorstandes, zu weiteren Vorstandsmitgliedern die Kaufleute Levy Würzburger und Hermann Herz; hinzu kamen drei Stellvertreter. Das Trio Würzburger-Herz-Würzburger wurde nach Ablauf der einzelnen Wahlperioden jeweils wiedergewählt und amtierte über zwei Jahrzehnte. Erst der Tod der Brüder Würzburger 1876 und 1877 führte zu personellen Veränderungen. Durch Neuwahl kam 1877 Hermann Schüler als Nachfolger des verstorbenen Philipp Würzburger in den Synagogenvorstand, während A. S. Herz für Levy Würzburger nachrückte. Vorstandsvorsitzenden war 1877 bis 1882 der Hermann Herz, 1882 bis 1894 der Justizrat, Rechtsanwalt und Notar Semajo Sutro, anschließend der Bankier und Kommerzienrat Hermann Schüler. Zu dessen 80. Geburtstag 1920, als er dem Vorstand bereits 42 Jahre lang angehörte, verlieh Rabbiner David ihm den Chower-Titel. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Siegmund Schoenewald war 1926 bis 1938 Vorsteher. Er wurde 1938 ins KZ Sachsenhausen verschleppt. 1939 emigrierte er mit seiner Frau Ottilie über die Niederlande nach England, wo er 1943 starb.

Der ersten Repräsentantenversammlung 1854 gehörten aus Bochumer an die Kaufleute Moritz Würzburger, Eduard Herz und Salomon Wolf, der Lehrer Philipp Anschel sowie die Metzger Isaac Joseph Meier, Salomon Goldschmidt und Aron Buschhof. Aus Eickel kam als weiterer Repräsentant Herz Leser hinzu. 1932 war Moritz Hähnlein erster Vorsitzender der Repräsentantenversammlung und Victor Capell zweiter Vorsitzender. Die Lehrer der Synagogengemeinde versahen in der Regel gleichzeitig den Kantorendienst, so u. a. Isaak Edelstein (1858–1866), Hirsch Laubheim (1872–1882), Moritz Ostermann (1882–1910), Samuel Rosenthal (1910–1923) und Erich Mendel. 1742 wird Copilius Pictor als öffentlicher Bedienter der Bochumer Juden erwähnt. E. Hermann war 1913, Jacob Wolf 1924/25 Schochet und Synagogendiener.

1914 wehrten sich die Bochumer Juden Gustav Langstadt, M. Liebenfeld, Rechtsanwalt Dr. Schoenewald und Kommerzienrat Hermann Schüler gegen „zionistische Agitationen“ und unterzeichneten eine im ‚Israelitischen Familienblatt‘ veröffentlichte Erklärung. Dort heißt es, die Zionisten würden versuchen, innerhalb des Judentums „einen national-jüdischen Chauvinismus zu entfachen“, der „uns in schroffen Gegensatz zu unseren christlichen deutschen Mitbürgern bringen müßte“. Die in den 1920er Jahren gegründete ‚Ostjüdische Vereinigung Agudas Achim‘ (1932 mit Sitz in der Wiemelhauser Str. 17) reichte 1928 bei der Gemeindevertretung eine Resolution ein, das Verhältnis- und Frauenwahlrecht in der Bochumer Gemeinde einzuführen. Die Repräsentantenversammlung lehnte 1929 die auch vom Frauenbund geforderte Einführung des Frauenwahlrechts in Bochum ab, daraufhin wurde der Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts zurückgezogen. 1932 empfahl die ‚Agudas achim‘ ihren Mitgliedern, der Repräsentantenwahl fernzubleiben, weil die Repräsentantenversammlung bis dahin alle Anträge auf Einführung des Verhältniswahlrechts abgelehnt habe.

Juden aus Langendreer waren in den Gremien der Wittener Synagogengemeinde vertreten. So war Joseph Markus 1902 Mitglied der Repräsentantenversammlung, David Harff seit 1904; Letzterer gehörte von 1925 bis zu seinem Tod 1934 dem dortigen Vorstand an, ebenso wie Siegmund Samson seit 1910 bis zu seinem Tod 1934. 1928 wurde Louis Löwenthal stellv. Vorsteher und 1934 im Amt bestätigt. Siegfried Eichengrün gehörte seit 1931 zu den Repräsentanten, 1935 wurde er wiedergewählt.

2.3.2 Der herausragende Vertreter der Bochumer Juden während der zweiten Hälfte des 19. Jh. war der 1812 geborene Gerber und Kaufmann Philipp Würzburger. Er entstammte einer alteingesessenen Bochumer Familie und gehörte zu den Gewerbesteuerpflichtigen in der Stadt. Er wurde erstmals 1847 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Philipp Würzburger war Vorsitzender der Synagogengemeinde und bekleidete zahlreiche Ämter und Funktionen in Bochum. Auch an der Gründung der Handelskammer des Kreises Bochum war er maßgeblich beteiligt. Seit 1870 fungierte er als unbesoldeter Beigeordneter und war damit nach Bürgermeister Greve der zweite Mann im Magistrat. Als Maximilian Greve 1873 plötzlich starb, führte Würzburger etwa ein halbes Jahr lang die Geschäfte der Stadtverwaltung. Für seine Verdienste erhielt er den Kronenorden (4. Klasse) des preuß. Staates. 1874 stellte die Stadt Bochum einen besoldeten Beigeordneten ein. Würzburger trat vom Amt des Beigeordneten zurück, um den Weg dafür freizumachen. Da man in der Stadtverwaltung aber nicht auf seine Dienste und seine „bewährte Kraft“ verzichten wollte, wurde eigens für ihn ein weiteres unbesoldetes Amt im Magistrat geschaffen. Während seiner langen Amtszeit gehörte Würzburger vielen städtischen Kommissionen an und nahm so auf die Geschicke der Stadt und ihrer Einrichtungen Einfluss. 1871 übernahm er den Vorsitz der ebenfalls neu gegründeten Kommission für den städtischen Park. In dieser Funktion war Philipp Würzburger entscheidend an der Entstehung des – im Jahr seines Todes – 1877 fertiggestellten Bochumer Stadtparks beteiligt. Auch Semajo Sutro, der Sohn des Landrabbiners, der seit 1870 als Jurist in Bochum lebte und arbeitete, und der Bankier Hermann Schüler gehörten dem Stadtverordnetenkollegium an. Semajo Sutro war von 1875 bis zu seinem Tod 1901 Stadtverordneter und wirkte in verschiedenen Kommissionen der kommunalen Verwaltung mit; von 1887 bis 1894 war er Magistratsmitglied. Hermann Schüler war seit 1902 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

Otilie Schoenewald, 1883 als siebtes Kind der Kaufmannsfamilie Mendel in Bochum geboren, besuchte die höhere Mädchenschule und anschließend ein Pensionat. Zunächst war sie Mitglied der Bochumer Ortsgruppe des ‚Bundes deutscher Frauenvereine‘, seit 1926 Vorsitzende der Bochumer Ortsgruppe des von Bertha Pappenheim gegründeten ‚Jüdischen Frauenbundes‘, dessen Hauptvorstand in Berlin sie seit 1929 angehörte. Sie war zudem in leitender Funktion in der Bochumer Frauenrechtsschutzstelle tätig, die gemeinsam vom ‚Bund deutscher Frauenvereine‘ und dem kath. Frauenbund getragen wurde. Während des Ersten Weltkriegs war sie Schriftführerin des Hausfrauenausschusses der vereinigten Bochumer Frauenvereine, gehörte dem Nationalen Frauendienst in Bochum an und wurde zur Vorsitzenden gewählt. 1919, nach der Einführung des Frauenwahlrechts, zog sie als eine von acht Frauen in die Bochumer Stadtverordnetenversammlung ein, der sie bis 1926 angehörte; zeitweise gehörte sie 14 Ausschüssen an. Sie war Mitglied im örtlichen Parteivorstand der DDP und wurde in den Reichsparteiausschuss in Berlin kooptiert. Als die Stadtverordnetenversammlung 1926 nach den Eingemeindungen neu gewählt werden musste, wurde sie von ihrer Partei nicht wieder aufgestellt; sie konzentrierte sich fortan auf die Arbeit in der jüd. Frauenbewegung. 1934 wurde sie zur letzten Vorsitzenden des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ auf Reichsebene gewählt. 1939 ging sie in die Niederlande und setzte zunächst die Arbeit für den inzwischen aufgelösten jüd. Frauenbund fort. Im selben Jahr zog sie zusammen mit ihrem Ehemann nach England und 1946 – drei Jahre nach dem Tod ihres Mannes – in die USA, wo sie 1961 starb.

Dr. Otto Ruer wurde 1879 als Sohn eines Arztes aus Meschede in Münster geboren. Nach Jurastudium, Promotion und Referendariat, Arbeit als Rechtsanwalt und Stadtrat in Kiel, Kriegsteilnahme und – seit 1921 – Tätigkeit als Ministerialrat im Reichsinnenministerium in Berlin wählten die Bochumer Stadtverordneten ihn 1924 in das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Bochum. Er hatte drei Mitbewerber und setzte sich im letzten Wahlgang gegen den Kandidaten des Zentrums durch. Der parteilose

neue Oberbürgermeister stand der DDP nahe. Anfang 1925 trat er sein Amt an, in der jüd. Gemeinde betätigte er sich nicht. In seine Zeit als Bochumer Oberbürgermeister fielen die Gebietsreformen der Jahre 1926 und 1929, die zur Eingemeindung zahlreicher benachbarter Landgemeinden nach Bochum führten. Ruer wurde zum Motor der Entwicklung. Er vertrat die Bochumer Interessen mit Vehemenz und nutzte dabei seine guten Kontakte zu den Ministerialbehörden in Berlin. Sein Ziel, ein ‚Groß-Bochum‘ unter Einbeziehung der umliegenden Mittelstädte zu schaffen, konnte er nicht ganz erreichen. Doch gewann die Großstadt Bochum während seiner Amtszeit deutlich an Kontur. Die Einwohnerzahl stieg von 157 330 (1925) auf 322 514 (1929). Die Vergrößerung des Stadtgebietes von nur 27 km² (1925) auf 121 km² (1929) verschaffte der Stadt Entwicklungschancen und Zukunftsperspektiven. Ruer genoss Respekt und Anerkennung weit über Bochum hinaus. Mehrere deutsche Städte, die nach dem ersten Weltkrieg Anleihen in der Schweiz aufgenommen hatten und nun drastisch überschuldet waren, machten ihn zu ihrem Bevollmächtigten, als über eine Verlängerung der Laufzeiten und eine finanzielle Beteiligung des Reichs zu verhandeln war. Otto Ruer konnte eine für die Städte günstige Gesamtregelung erreichen. Neben Bochum profitierten davon Dortmund, Nürnberg, Krefeld, Flensburg, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg. Eng mit seinem Namen verbunden ist auch die Gründung der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bochum und besonders der Bau eines neuen, repräsentativen Rathauses (1927–1931). Die Verdienste, die Otto Ruer sich um die Stadt erwarb, schützten ihn nicht vor Angriffen. Die rechtsextreme Zeitschrift ‚Die neue Front‘ machte ihn zur Zielscheibe ihrer Diffamierungen und nahm den Rathausbau – die angeblich übertriebene Ausstattung, die hohen Kosten und die Auftragsvergabe an einen jüd. Unternehmer – zum Anlass. 1930 verklagte Otto Ruer den Redakteur des Blattes wegen übler Nachrede und Verleumdung. Er konnte dessen Verurteilung erreichen, hatte auf Dauer aber keine Chance gegen seine Gegner. Im März 1933 wurde Ruer als Oberbürgermeister abgesetzt und für mehrere Wochen inhaftiert. Im Juli 1933 nahm er sich in Berlin das Leben, der Bochumer Stadtrat rehabilitierte Ruer noch im selben Monat.

Der 1936 bis 1938 in Bochum tätige Bezirksrabbiner Dr. Joseph Kliersfeld (geboren 1908 in Stettin, gest. 1998 in den USA) hatte Wirtschaftsgeschichte, Neuere Geschichte, Philosophie und Semitistik in Berlin und Würzburg studiert. 1935 legte er sein Rabbinerexamen an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin ab. Nach seiner Emigration nach Palästina 1939 war er als Lehrer und Schriftsteller tätig und nannte sich seit 1949 Kalir. 1955 wurde er Rabbiner in Göteborg, 1958 Dozent am Hebräischen Lehrerseminar in Boston, 1965 Rabbiner und Religionslehrer in Kalifornien, 1970 Professor für Religionswissenschaften an einer dortigen Universität. Er war Mitglied der ‚Central Conference of American Rabbis‘ und veröffentlichte zahlreiche Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften.

Die Politikerin und Juristin Nora (Eleonore) Platiel (Pseudonym Nora Kolb) wurde 1896 als Tochter des Kaufmanns Bendix Block (Bekleidungsgeschäft für Bergarbeiter) in Bochum geboren, verließ ihre Geburtsstadt während des Ersten Weltkriegs, um sich im Rahmen des internationalen Kriegshilfsdienstes in Rumänien zu engagieren. Nach einem Jura- und Rechtsphilosophie-Studium geriet sie Ende der 1920er Jahre in politischen Prozessen – sie stand dem ‚Internationalen Sozialistischen Kampfbund‘ nahe – mit Roland Freisler aneinander. 1931 eröffnete sie in Bochum eine Kanzlei, musste aber 1933 fliehen. Sie ging zunächst nach Frankreich, wurde im Camp de Gurs inhaftiert, 1943 gelangte sie in die Schweiz. Nach 1945 war sie Landgerichtsrätin in Kassel (ihr Hauptaugenmerk galt der ‚Wiedergutmachung‘ von NS-Verbrechen), Landgerichtsdirektorin am Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. und Mitglied des hessischen Staatsgerichtshofs. Als SPD-Mitglied saß sie im hessischen Landtag, 1979 starb sie.

2.3.3 Jüd. Bochumer schlossen sich nichtkonfessionellen Vereinen und Verbänden an, wie dem Schützenverein, der bereits 1829 zehn jüd. Mitglieder zählte. Sein späterer

langjähriger Hauptmann war Moses Nathan Felsenthal. Als er 1889 starb, wurden seine Verdienste um den Verein und besonders das traditionsreiche Bochumer Maiabendfest ausgiebig gewürdigt. Auch der Turnverein von 1848, der spätere VfL Bochum, hatte von Beginn an jüd. Mitglieder. So gehörte Philipp Ansel, der Lehrer der jüd. Schule, 1850 zum ersten namentlich bekannten Vorstand des Turnvereins und war vermutlich Gründungsmitglied. 1883 waren ca. 25 Bochumer Juden Vereinsmitglieder. Einige von ihnen übernahmen Funktionen im Verein. Hirsch Laubheim, ebenfalls Lehrer an der jüd. Schule, gehörte zum Festausschuss, als der Turnverein 1883 sein Stiftungsfest feierte und aus diesem Anlass im Stadtpark ein Jahn-Denkmal enthüllt wurde. Alex Würzburger war Mitglied des Turnrates. Er war ein in Bochum beliebter Radsportler und erregte großes öffentliches Interesse, als er 1897 mit dem Fahrrad die Bestzeit auf der Strecke von Bochum nach Wesel unterbieten wollte, dabei aber am starken Gegenwind scheiterte. Die Bochumer Lokalzeitung feierte den „unermüdlischen zähen Sportsmann“. Siegfried Cletsoway war vor 1933 etwa sieben Jahre lang Vorsitzender des Bochumer ‚Box-Sport-Clubs Astoria‘. Bochumer Juden traten dem Kraftsportverein ‚Deutsche Eiche‘ oder der Freiwilligen Feuerwehr bei und engagierten sich – wie Moritz Hähnlein – im ‚Kaufmännischen Verein‘. Auf Hähnleins Anregung entstand auch die ‚Vereinigte Kaufmannschaft‘, deren Vorsitz er viele Jahre lang übernahm. Der Kaufmann Hermann Baruch, mehr als fünf Jahrzehnte Mitglied der interkonfessionellen Wohltätigkeitsgesellschaft ‚Huckevoll‘, wurde anlässlich seines 70. Geburtstages 1930 zum Ehrenmitglied des ‚Kaufmännischen Vereins‘ und zum Ehrenvorsitzenden der ‚Textilgruppe der Vereinigten Kaufmannschaft‘ ernannt. Jüd. Bochumer waren Mitglieder im ‚Verein der Bochumer Immobilien- und Hypothekemakler‘, dem ‚Haus- und Grundbesitzerverein‘, dem ‚Handwerker-Hilfsverein‘, dem ‚Bochumer Anwaltsverein‘ und dem ‚Verein der Ärzte von Bochum und Umgebung‘. Sie betätigten sich im ‚Instrumental-Verein‘ und dem ‚Kegelclub Geselligkeit‘. Dr. Felix Mosbacher, Arzt und Sanitätsrat, gründete 1902 mit anderen den Bochumer Schachclub (heute: Bochumer Schachverein 02) und war viele Jahre lang Vorsitzender. Der Bankier Hermann Schüler, königlicher Kommerzienrat, Ritter des Roten Adlerordens und Inhaber des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe, war Schriftführer des Bochumer Flottenvereins, Vorstandsmitglied des deutschen Flottenvereins und im Vorstand der Essener Börse.

3.1 Das seit Mitte des 18. Jh. mehr als 100 Jahre als Gotteshaus genutzte kleine Gebäude an der Schützenbahn verzeichnete der Bochumer Arzt und Universalgelehrte Karl Arnold Kortum 1790 in seinem Grundriss der Stadt Bochum als ein separat gelegenes Hinterhaus mit hohen schmalen Fenstern. Etwa 1744 verkaufte der nichtjüd. Besitzer das hinter dem Haus Nr. 135 (heute Schützenbahn 1) gelegene Gebäude an die Witwe von Aaron Jacob, von ihr erbt es ihr Sohn Heimann Aaron. Nach Fertigstellung der neuen Synagoge 1863 wurde das alte Synagogengebäude verpachtet und 1907 abgerissen.

1862 wurde die neue Synagoge in der Wilhelmstr. 18 eingeweiht. Es handelte sich um einen Zentralbau mit niedriger Kuppel, einem Achteckturm und kleinen Ecktürmchen. Sie verfügte im Erdgeschoß über 220 Sitzplätze sowie weitere 100 Sitzplätze auf der Empore. Architekt und Baumeister war der Königliche Kreisbaumeister zu Bochum, Theodor Haarmann. Seine Pläne hatte er nach dem Vorbild der 1840 eingeweihten Dresdener Synagoge erstellt, deren Architekt Gottfried Semper war. Die Bochumer Synagoge gehörte (wie die danach errichteten Gotteshäuser in Minden, Gelsenkirchen und Hörde) zu den Bauwerken mit einer ausgesprochen orientalischen Note; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 47–52. 1895/96 wurde die Synagoge vergrößert und umgestaltet. Der Bau erhielt Ausdehnungen nach Osten und Westen, die ursprünglich quadratische Form wurde aufgegeben. Im mittleren Teil

führten zwei breite Steintreppen zur Empore sowie zur Sänger- bzw. Orgelbühne. Im Innenraum ließ der Architekt die Empore anheben, die Holzdecken beseitigen, Kuppelgewölbe anbringen und das Innere vom Kölner Maler S. Cohn nach dem Vorbild der Kölner Synagoge in der Glockengasse „im maurischen Stile“ ausmalen. Die Fenster wurden mit einer Bleiverglasung versehen. Über dem neuen, aus Marmor gearbeiteten, Thorarollenschrank erhob sich eine von vier Marmorsäulen getragene, baldachinartige, vergoldete Kuppel. Die Synagoge hatte nun 300 Sitzplätze im unteren Teil und 200 auf der Empore. Die Gemeinde ließ eine Zentralheizung und eine elektrische Beleuchtungsanlage einbauen. Die Leitung der Umbaumaßnahmen lag beim Kölner Architekten Joseph Seché. Bei einem weiteren Umbau 1925 wurde ein Teil der aufwendigen Verzierungen wieder entfernt. Nach dem Brand der Synagoge im Nov. 1938 wurde die Ruine bis 1939 abgetragen, das Grundstück erhielt 1939 die Stadtparke Bochim.

In dem 1863 erbauten Schulhaus (Wilhelmstr. 16) mit Anbau befand sich der Schulraum im Erdgeschoss und die Lehrerwohnung im Obergeschoss. 1882 wurde der Anbau als zweites Klassenzimmer hergerichtet, 1887 im Rahmen einer Umbau- und Erweiterungsmaßnahme ein dritter Klassenraum eingerichtet. Im Gebäude befanden sich fortan neben den Büroräumen der Gemeindeverwaltung auch eine Wohnung für den Synagogendiener, die Gemeindebibliothek, der Kinderhort sowie die 1920 gegrr. Wanderfürsorgestelle für aus Osteuropa zugewanderte Juden, die im Obergeschoss über eine Betstube verfügte. Während des Pogroms 1938 wurden auch dort die Räumlichkeiten verwüstet. 1941 wurde das Gebäude zum ‚Judenhaus‘ erklärt.

Die nach Entwürfen des Stadtbaumeisters Sohm errichtete und 1928 eingeweihte Trauerhalle auf dem jüd. Friedhof blieb erhalten; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 57. Die Einweihung der unter Leitung des Kölner Architekturbüros Peter Schmitz errichteten Synagoge am Erich-Mendel-Platz fand 2007 statt.

3.2 Ungeachtet eines königlichen Edikts von 1718, nach dem es Juden nicht gestattet war, „in unsern Städten Häuser kaufflich zu erhandeln, wen sie gleich mehr als andere zu geben sich offeriren“, waren sie in Bochum frühzeitig auch Hauseigentümer. Andere wohnten zur Miete, und zwar sowohl in Häusern jüd. als auch christl. Eigentümer.

Anfang der 1920er Jahre ließ der Fabrikant Otto Weinberg die Villa Bergstr. 105 als repräsentatives Wohnhaus mit deutlichen Stiltendenzen der Bauzeit errichten, 1995 wurde sie unter Denkmalschutz gestellt. Heinrich Köhler, Generaldirektor der Westfälischen Stahlwerke, ließ Ende des 19. Jh. für seine jüd. Ehefrau Amelie (Nora) Würzburger ein pompöses Wohnhaus in der Kortumstr. erbauen. Von 1926 bis zum Zweiten Weltkrieg war in der ‚Villa Nora‘ die Städtische Gemäldegalerie untergebracht. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie beschädigt, aber wieder hergerichtet; die Aufnahme in die Denkmalliste erfolgte 1989. Das Kaufhaus der Gebr. Alsberg (später Kaufhaus Kortum, Kortumstr. 72), entstand ab 1913/14 nach Plänen der Architekten Walter Klose und Georg Schäfer. Kriegsbedingt konnte es erst 1921 fertig gestellt und eröffnet werden; 1926 wurde es erweitert. Nach der teilweisen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, Wiederaufbau und Rekonstruktion der Fassade wurden in den 1950er Jahren Umbaumaßnahmen durchgeführt, 1996 wurde es in die Denkmalliste aufgenommen. 1997/98 wurde das Gebäude durch Umbauten so sehr verändert, dass der Denkmalumfang reduziert werden musste. Details und weitere Beschreibungen von Häusern jüd. Besitzer bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 59f.

3.3 Der älteste jüd. Friedhof in Bochum befand sich an der Buddenbergstr. (heute Massenbergestr.), unmittelbar vor dem Buddenbergtor. Er ist seit dem 17. Jh. nachweisbar und auch in einem Stadtplan von 1790 eingezeichnet. Das Gelände war Teil

der alten Bochumer Befestigungsanlage. Als die Stadt 1750/51 den alten Stadtgraben stückweise verkaufte, erwarb der Krämer und Schlächter Lehmann Abraham den ‚Judenkirchhof‘ und schenkte ihn der jüd. Gemeinde. Eine Erweiterung scheiterte 1820/21 an gesetzlichen Bestimmungen, danach wurde der Friedhof nicht mehr belegt. Die jüd. Gemeinde veräußerte ihn 1879 an den Verleger Wilhelm Stumpf und stiftete mit dem Verkaufserlös einen Wohltätigkeitsfonds. Die Grabsteine wurden auf den neuen Begräbnisplatz versetzt, der alte Friedhof überbaut.

Anfang der 1820er Jahre kaufte die Gemeinde einen neuen Begräbnisplatz am Fuße des ‚Lohbergs‘ an der späteren Friedhofstraße. 1884 war auch der Platz auf diesem Friedhof erschöpft, lediglich für Erbbegräbnisse konnte er bis 1926 noch genutzt werden. Da die Synagogengemeinde mittlerweile zum Unterhalt des ganz in der Nähe gelegenen kommunalen Begräbnisplatzes an der Wittener Str. beitragen musste, entschloss sie sich, diesen auch zu nutzen. Sie verkaufte deshalb das zur Erweiterung ihres eigenen Friedhofs bereits erworbene Grundstück an die Stadt, die es dem kommunalen Friedhof hinzufügte und einen Teil davon – das dem bisherigen jüd. Friedhof gegenüberliegende Gelände, im nördlichen Bereich des heutigen Kortum-Parks – der Synagogengemeinde als Begräbnisplatz zuwies. Die erste Bestattung auf diesem neuen, dritten Friedhof (der zweite an der Friedhofstr.) fand 1884 statt, für Erbbegräbnisse wurde das Areal bis 1934 genutzt. 1913 beschädigten Arbeiter mehrere Grabsteine, der Friedhofswärter erlappte sie dabei und überstellte sie der Polizei. Während der Pogromnacht 1938 wurden die beiden Grabfelder an der Friedhofstr. verwüstet, später im Bombenkrieg weiter geschädigt. Im Zuge der Neuordnung der Bochumer Innenstadt nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden beide Friedhöfe. Die Überreste der Toten wurden 1954 umgebettet, die noch vorhandenen Grabsteine auf den neuen, vierten Friedhof umgesetzt. Darunter befanden sich auch zwei Grabsteine, die noch vom ersten Friedhof an der Buddenbergstr. stammten.

1916 hatte die Bochumer Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die künftige zentrale Begräbnisstätte der Synagogengemeinde auf dem Kommunalfriedhof an der Wasserstr. im (1904 eingemeindeten) Stadtteil Wiemelhausen unterzubringen. 1917 wurde die Anlage hergerichtet, seit 1918 genutzt. Die Synagogengemeinde sorgte für den Bau einer Brunnenanlage und einer Trauerhalle, die nach Entwürfen des Stadtbaumeisters Sohn erbaut und 1928 von Rabbiner Dr. Moritz David eingeweiht wurde (Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 57). Dieser Friedhof wurde in der NS-Zeit nicht verwüstet, was vermutlich der Friedhofsverwalter Bernhard Haltner verhinderte. 1944/45 wurden dort 52 jüd. Häftlinge eines Bochumer Außenlagers des KZ Buchenwald beigesetzt, 1965 wurden für diese Grabsteine gesetzt. 2001 wurden die Gräberfelder U, V, X und Y einschließlich der Trauerhalle und ein 1989 nach historischem Vorbild errichteter Brunnen in die Denkmalliste der Stadt Bochum eingetragen. Über der Eingangstür der Trauerhalle befindet sich eine Gedenktafel für Rabbiner Dr. David; überlebende Mitglieder seiner Gemeinde haben sie 1959 gestiftet. 1987 und 1994 wurden Teile des Friedhofs geschändet. 1991 waren auf dem Friedhof 503 Grabsteine sichtbar.

In Stiepel bestand in der Straße ‚Am Brunnen‘ ein jüd. Friedhof, der stets im Besitz der politischen Gemeinde blieb. 1840 erfolgte die erste Beerdigung, in den 1880er Jahre weitere vier. Um die Wende zum 20. Jh. waren die Gräber noch sichtbar, in einer Karte von 1925 ist das Areal noch als ‚Israelitischer Begräbnisplatz‘ gekennzeichnet. Suchgrabungen brachten 1959 kein Ergebnis, deshalb erfolgte eine symbolische Umbettung zum jüd. Friedhof an der Wasserstr. in Bochum. Die Parzelle in Stiepel ist teilweise bebaut worden.

4.1 CAHJP, Jerusalem, GA Bochum 3; T D/1. – CJA Berlin, 1, 75A (Jüdische Gemeinden), Bo 2. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Bestand Kleve-Mark, Akten 616.

– LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Märkische Regierung, Landessachen 489; Gauleitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater 424, 545, 702, 705; Amtsgericht Bochum (Handelsregisterakten jüd. Firmen); Landratsamt Bochum; Reg. Arnsberg Präsidialregistratur; Reg. Arnsberg Schulregistratur; Provinzialschulkollegium 2513. – LBI New York, Memories of Otilie Schoenewald, ME 574. – StadtA Bochum, Bericht des Magistrats der Stadt Bochum 1873/74; Verwaltungsberichte 1910–1932; B 62; 113; 139; 210/1; 210/2; 211; 212; 284; 500/278; 989; 1799; 1807; 1810; 1811; 1813; 1857; 1892; 1968; 2060; 2093; 2135; 2207; B LA 1524; Bo 11/772; 23/26; 23/50; 60/36; D St 58; KrA 712; MUSA 1 XVII b 2a,b; OB R 1; Sammlung 01 Nr. 448/1–2. – Wiener Library, London, P. III. No. 338 (Bericht Otilie Schoenewald); F.II.d. Nr. 98 (Bericht Erna Philipp).

4.2 Porträts im ‚Israelitischen Familienblatt‘ von Otilie Schoenewald <1.4.1925>, Hermann Schüler <1.1.1903>, M. Hähnlein <11.11.1909 u. 5.1.1928>, M. Liebenfeld <23.4.1925>, Rabbiner Dr. David <28.1.1926>, Hermann Schüler <8.7.1926> und Lehrer Moritz Ostermann <21.2.1929>. Abb. der Friedhofshalle und Skizze der Synagoge in: Israelitisches Familienblatt <1.12.1928 u. 1.1.1903>. Entwurfszeichnungen der Trauerhalle in: Knufinke Ulrich, Bauwerke jüd. Friedhöfe in Deutschland (= Schriften der Bet-Tfila-Forschungsstelle für jüd. Architektur in Europa 3) <Petersberg 2007> 267–269. Ein Borseidel mit Inschrift, den Louis Löwenthal aus Langendreer 1914 dem Fuhrmannsverein stiftete, befindet sich im StadtA Witten. Zeichnungen, Faksimiles und Fotos der Synagoge, Fotos der Friedhöfe Friedhofstr. und Wasserstr., von jüd. Wohn- und Geschäftshäusern in Pracht-Jörns, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 65–78.

4.3 Adressbücher der Stadt Bochum 1912; 1930–1941. – ASCHOFF Diethard, Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in der Stadt Hamm 1297–1664 <Münster 2005> 354f. – AZJ <1863, 1880, 1895–1897, 1900, 1903, 1924, 1937>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – Bochumer Anzeiger <27.1.1926, 20.1.1929, 27.2.1933>. – Bochumer Kreisblatt <1.2.1868>. – Bochumer Zeitung <6.1.1886>. – BRILLING/RICHTER, Westfalia Judaica, I. Band 175. – CV-Zeitung <8.7.1937>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1909> 70, <1911> 79, <1913> 89, <1924/25> 60. – Israelitisches Familienblatt <1902–1903, 1909, 1911–1918, 1920, 1922–1925, 1928–1934, 1936–1938>. – Jüdische Allgemeine <20.12.2007>. – Kölnische Zeitung <2.8.1933>. – KORTUM Carl Arnold, Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum <Bochum 1790, ND 1990>. – Märkischer Sprecher <1852, 1864–65, 1868–1871, 1874, 1877–1879, 1883–1885, 1887, 1889, 1891–1894, 1896–1897, 1899–1901, 1903, 1905–1908, 1910, 1921, 1924. – Rote Erde, Zeitung der NSDAP für den Gau Westfalen-Süd <13.3.1933, 31.3.1933, 3.4.1944>. – Der Schild <26.11.1933>. – Stadt Bochum, Denkmalliste A 018, 352, 379, 529. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 Bochumer Anwalt- und Notarverein e. V. (Hg.), „Zeit ohne Recht“. Justiz in Bochum nach 1933. Dokumentation einer Ausstellung <Recklinghausen 2002>. – DAVID Moritz, Festschrift anlässlich des 25jährigen Bestehens des Vereins für jüdische Literatur in Bochum <Bochum 1909>. – Freundeskreis der Bochumer Synagoge e. V. (Hg.), Literatur zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, hg. aus Anlass der Grundsteinlegung der neuen Synagoge <Bochum 2005>. – GLEISING Günter, Langendreer und Werne unterm Hakenkreuz. Naziterror, Widerstand, Verfolgung und Krieg 1933–1945 (= Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums 11) <Bochum 2012>. – HEID Ludger, Jüdische Arbeiterfürsorgeämter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1919–1927. In: Duisburger Forschungen 43 <1997> 287–310. – HINZ Alfred, Die „Arisierung“ jüdischen Haus- und Grundbesitzes durch die Stadtgemeinde Bochum unter der NS-Herrschaft und die Restitution nach Kriegsende <Hausarbeit Bochum 2002> [StA Bochum vorhanden]. – KAPLAN

Marion, Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des jüdischen Frauenbundes 1904–1938 (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 7) <Hamburg 1981> bes. 145–148. – KELLER Manfred/SCHNEIDER Hubert/WAGNER Johannes Volker (Hg.), Gedenkbuch. Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid <Bochum 2000>. – KELLER Manfred/WILBERTZ Gisela (Hg.), Spuren im Stein. Ein Bochumer Friedhof als Spiegel jüdischer Geschichte <Essen 1997>. – KELLER Manfred, Die Bochumer Rabbiner Moritz David und Josef Kliersfeld. In: KELLER/WILBERTZ (Hg.), Spuren im Stein 316–322. – DERS., Orte der Erinnerung. Stationenweg zur jüdischen Geschichte Bochums. In: Forum. Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur <2004> 59–60. – DERS. (Hg.) mit einer Studie von HONIGMAN Ronna, Erich Mendel – Eric Mandell. Zwei Leben für die Musik der Synagoge <Essen 2006>. – KREUZER Clemens, Davidstern in Langendreer – Anfang und Untergang. Jüdische Menschen in der Langendreer, Geschichte von 1815 bis 1943 <Bochum-Langendreer 2011>. – LINNEMEIER Bernd-Wilhelm, Eines Rätsels Lösung. Zur westfälischen Herkunft des hannoverschen Hof- und Kammeragenten Leffmann Behrens. In: Westfalen 90 <2012> 75–92. – Löw Andrea, „Dem Juden der jüdische Konsulent“. Die vollständige Ausgrenzung jüdischer Rechtsanwälte – „Konsulenten“ in Bochum. In: Bochumer Anwalts- u. Notarverein (Hg.), „Zeit ohne Recht“ 35–42. – PLIEG Ernst Albrecht, Dr. Otto Ruer. Oberbürgermeister von Bochum 1925–1933 <Berlin 2013>. – REICHMANN Hans/WILDT Michael (Bearb.), Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen. 1937 bis 1939 (= Biographische Quellen zur Zeitgeschichte 21) <München 1998> 154. – RICHARZ Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. 3. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945 <Stuttgart 1983> 212–216. – SCHNEIDER Hubert, Siegbert Vollmann. Die Anfänge der jüdischen Gemeinde Bochum nach 1945. In: KELLER/WILBERTZ (Hg.), Spuren im Stein 357–367. – DERS., Anfänge jüdischen Lebens in Bochum nach 1945. In: KWIATKOWSKI Iris/OBERWEIS Michael (Hg.), Recht, Religion, Gesellschaft und Kultur im Wandel der Geschichte. Ferculum de cibis spiritualibus. Festschrift für Dieter Scheler <Hamburg 2008> 465–482. – DERS., Otilie Schoenewald. Kämpferin für Frauenrechte, soziale Rechte, Menschenrechte. In: Erinnern für die Zukunft. Mitteilungsblatt des Bochumer Bürgervereins 9 <2005>, online: <http://www.erinnern-fuer-die-zukunft.de/Mitteilungen/Titelseite9/Inhalt9/Schoenewald/schoenewald.html> [letzter Zugriff 20.05.2016]. – DERS., Die Entjüdung des Wohnraums – Judenhäuser in Bochum. Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner (= Schriften des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte 4) <Münster 2010>. – DERS., Schicksale der Richter jüdischer Herkunft am Amts- und Landgericht Bochum. In: Bochumer Anwalts- u. Notarverein (Hg.), „Zeit ohne Recht“ 43–68. – DERS., Schicksale jüdischer Rechtsanwälte in Bochum. Ebd. 23–34. – DERS. (Hg.), „Es lebe das Leben ...“. Die Freimarks aus Bochum – Eine deutsch-jüdische Familie – Briefe 1938–1946 (= Veröffentlichungen des Institutes für soziale Bewegungen. Schriftenreihe B 6) <Essen 2005>. – DERS., Ungarische Juden als KZ-Zwangsarbeiter in Bochum. Das Schicksal von John Chillag. In: SCHULTE Jan Erik (Hg.), Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. Zentrale Steuerung und regionale Initiative <Paderborn 2005> 227–244. – DERS., Leben nach dem Überleben. Juden in Bochum nach 1945 <Berlin 2014>. – Stadtarchiv Bochum (Hg.), Vom Boykott bis zur Vernichtung. Leben, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden in Bochum und Wattenscheid 1933–1945 <Essen 2002>. – Stadtarchiv Bochum, Leidens-Wege in Bochum. Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Eine Internet-Präsentation <Bochum 2003>, <http://www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByKey/W272ZH7Y181BOLDDE> [letzter Zugriff 20.5.2016]. – Stadtarchiv Bochum, Stolpersteine in Bochum. Eine Internet-Präsentation, <http://www.bochum.de/Stolpersteine>. – Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum (Hg.), Die Verfolgung der

Juden in Bochum und Wattenscheid. Die Jahre 1933–1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten <Bochum 1993>. – WAGNER Johannes Volker, Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt <Bochum 1983>. – WAHLIG Henry, Einwurf. Hakoah Bochum, die vergessenen Meister von der Castroper Straße. In: DERS. u. a., „Anne Castroper“. Ein Jahrhundert Fussball mitten in Bochum. 100 Jahre Fussball an der Castroper Straße <Göttingen 2011> 41–43. – DERS., Die vergessenen Meister, Die jüdische Sportgruppe Bochum 1925–1938. In: Centrum Judaicum Berlin (Hg.), Kicker. Kämpfer. Legenden. Juden im deutschen Fußball. Stadionmagazin zur Ausstellung der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum <Berlin 2006> 30–39. Zugleich in: SportZeiten 8,2 <2008> 61–80. – DERS., „Wunden aller Art“. Die jüdische Gemeinde Bochum 1945/46 im Spiegel weiterer Gemeindegründungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. In: Bochumer Zeitpunkte 1 <2007> 23–40. – WEBER Britta, Das Schicksal jüdischer Bürger in und aus Bochum – eine exemplarische Regionalstudie <Magisterarbeit Bochum 1996> [im StA Bochum]. – WILBERTZ Gisela, Synagogen und jüdische Volksschulen in Bochum und Wattenscheid. Ein Quellen- und Lesebuch <Bochum 1988>. – DIES., Synagoge und jüdische Volksschule in Bochum. In: Der Märker 38 <1989> 16–28 u. 58–70. – DIES., Geschichte der jüdischen Friedhöfe in Bochum. In: KELLER/WILBERTZ (Hg.), Spuren im Stein 43–50. – DIES., Jüdische Friedhöfe im heutigen Bochumer Stadtgebiet (Bochum, Wattenscheid, Stiepel) <Bochum 1988, ND aus: Der Märker 36 <1987> 3–20. – WÖLK Ingrid, Antisemitismus, Rassismus und Propaganda. In: Stadtarchiv Bochum (Hg.), Vom Boykott bis zur Vernichtung 37–61. – DIES., Jüdisches Selbstverständnis und Gegenwehr. Ebd. 61–86. – DIES., Jüdische Jugend in Bochum. Ebd. 159–198. – DIES., Alfred Salomon, ein Bochumer Auschwitz-Überlebender berichtet. Ebd. 229–254. – DIES., Philipp Würzburger und die Gründung des Stadtparks in Bochum. In: WAGNER Johannes Volker (Hg.), Das Stadtarchiv – Schatzkammer, Forschungsstätte, Erlebnisort <Essen 2004> 157–163. – DIES., Erinnern tut Not. Zum Gedenken an Else Hirsch und andere Opfer der Shoa. Ebd. 210–214. – DIES., „Die Synagoge brannte schon lichterloh ...“. Ebd. 203–209. – DIES., Das Außenkommando „Bochumer Verein“ des Konzentrationslagers Buchenwald. In: SCHULTE (Hg.), Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 245–258. – DIES., Leo Baer. 100 Jahre deutsch-jüdische Geschichte. Mit den „Erinnerungssplittern eines deutschen Juden an zwei Weltkriege“ von Leo Baer und einem Vorwort von Gerd Krumeich <Essen 2016>.

Ingrid Wölk

BOCHUM-Wattenscheid

1.1 Stadt Bochum, Ortsteil Wattenscheid

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHzmt. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Vor 1417 stadttähnliche Rechte einer Freiheit, 1876 Stadtrechtsverleihung, 1926 kreisfreie Stadt, infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Bochum.

Laut Statut von 1856 bildeten die Juden aus Wattenscheid und aus den zum Amt Wattenscheid gehörenden Gemeinden (u. a. Königssteele, Freisenbruch, Gelsenkirchen, Schalke, Braubauerschaft, Bulmke und Ückendorf) eine Untergemeinde der Synagogengemeinde Hattingen.

Glossar

Aufgenommen wurden nur Begriffe mit jüdischen Belangen, sowohl aus dem kultisch-religiösen als auch dem politisch-rechtlichen Bereich. Die Schreibweise orientiert sich an BIN GORION Emanuel (Hg. u. Red.), Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens, ND der 3. Aufl. 1936 <Frankfurt 1992>, dem zumeist auch die Erläuterungen entnommen sind. Daneben wurde auch herangezogen: ‚Historisches Glossar‘ (CD-Rom) in: KULKA Otto Dov/JÄCKEL Eberhard (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 (= Schriften des Bundesarchivs 62) <Düsseldorf 2004>; HERLITZ, Georg (Begr.) und ELBOGEN, Ismar (Red.), Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens, 4 Bde., ND der Aufl. 1927 <Berlin 1982>.

Adjunkt hier: Person zur Unterstützung des → Rabbiners

Almemor → Bima

Ansetzung (Etablissement) frühneuzeitlicher Begriff für den Erwerb bzw. die Erteilung eines → Schutzbriefes

Aron hakodesch Thoraschrein; Wandschrank zur Aufbewahrung der Thorarollen in der Synagoge

Aschkenasim ost- und mitteleuropäische Juden – im Gegensatz zu den spanisch-portugiesischen Juden (Sefardim)

Außerordentlicher Schutzjude → Extraordinarius

Bar Kochba Führer des Aufstandes der Juden gegen die römische Besatzung Judäas (132–135 n. Chr.), nach dem sich u. a. jüdische Sport- und Studentenvereine benannten

Bar/Bat Mizwa Religionsmündigkeit jüdischer Jungen mit 13 bzw. Mädchen mit 12 Jahren; erster Aufruf zur Lesung aus der Thora

Bima Podest zur Thoralesung, entweder in der Mitte der Synagoge (in traditionell religiös ausgerichteten Gemeinden im 19. Jahrhundert) oder nahe vor dem → Aron hakodesch (in religiös liberalen Gemeinden)

Bne Briss (Brith) 1843 in den USA gegründete jüdische Loge

Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) 1893 gegründeter Verein zur Wahrung der staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung der deutschen Juden ‚und zur Pflege deutscher Gesinnung‘

Chanukka achttägiges Lichterfest (nach jüdischem Kalender am 25. Kislew beginnend, nach christlichem Kalender zumeist im Dezember) zur Erinnerung an die Neuweihe des Tempels in Jerusalem unter Judas Makkabäus im Jahre 164 v. Chr.; auch zum Andenken an das Öl-Wunder im Tempel

Chasan (Plural: Chasonim) Kantor, Vorbeter

Chewra (Plural: Chewroth) **Kaddischa** Kranken- und Beerdigungs-Bruderschaft oder -Gesellschaft

Dekalog(-tafeln) die zehn Gebote, hier: meist im Zusammenhang mit den an bzw. in den Synagogen angebrachten ‚Gesetzestafeln‘

Etablissement → Ansetzung

Extraordinarius (auch: außerordentlicher Schutzjude) Inhaber eines nicht vererbbaaren → Schutzbriefes gemäß preuß. Generalreglement von 1750, der seinen Rechtstitel an seine Kinder nicht weitergeben konnte

Geleitbrief → Schutzbrief

- Genisa** Aufbewahrungsort z. B. für unbrauchbar gewordene Kultusgeräte und religiöse Dokumente
- Hechaluz** Organisation zur Vorbereitung und zur beruflichen Ausbildung junger Juden für ein Leben in Palästina
- Heimeinkaufsvertrag** Zur Deportation nach Theresienstadt vorgesehene Juden wurden ab 1942 gezwungen, einen solchen ‚Vertrag‘ mit der dem Reichssicherheitshauptamt unterstehenden ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‘ abzuschließen. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, das Recht auf Unterkunft und Verpflegung in einem Altersheim erworben zu haben.
- Jeschiwa** Talmudhochschule
- Jom Kippur** Versöhnungstag (nach jüdischem Kalender am 10. Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im September/Oktobre), strenger Fast- und Bußtag, höchster Feiertag
- Judenhaus** Während der nationalsozialistischen Diktatur Haus in jüdischem Besitz, in das nach dem ‚Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden‘ vom 30. April 1939 Juden zwangseingewiesen wurden
- Judenvermögensabgabe** Zwangsabgabe (auch als ‚Sühneleistung‘ bezeichnet) für Juden mit mehr als 5000 RM Vermögen, zu zahlen nach dem Attentat auf den deutschen Legationsrat vom Rath bzw. nach dem Pogrom 1938
- Kaddisch** Gebet im Gottesdienst als Glaubensbekenntnis an den einen Gott; Trauergebet für das Seelenheil Verstorbener
- Kehilla** jüdische Gemeinde(versammlung)
- Koscher** den jüdischen Religions- und Ritualvorschriften genügend (u. a. Speise- und Schlachtvorschriften)
- Laubhüttenfest** → Sukkot
- Makkabi** zionistisch orientierter Sportverband, 1895 in verschiedenen Ländern, 1898 in Deutschland zur Erinnerung an Judas Makkabäus (2. vorchristliches Jahrhundert) gegründet
- Marks-Haindorf-Stiftung** 1825 von dem jüdischen Arzt Alexander Haindorf in Münster initiiertes Verein (seit 1866 Stiftung) zur Ausbildung jüdischer Lehrer (bis 1928) – mit angeschlossener jüdischer Volksschule – und zur Vermittlung von Juden in Handwerksberufe. Nach Ausschluss der Juden aus öffentlichen Schulen (nach dem Pogrom 1938) einzige jüdische Schule im weiten Umkreis
- Mazza (Mazze)** ungesäuertes Brot, das während der → Pessach-Feiertage zur Erinnerung an den Auszug der Juden aus Ägypten gegessen wird
- Memorbuch** Gedenkbuch; u. a. Verzeichnis der Märtyrer (Opfer von Verfolgungen im Mittelalter)
- Mesusa** Schriftkapsel mit Auszügen aus dem 5. Buch Mose am rechten Türpfosten am und im Haus
- Mikwe** Tauchbecken zur rituellen Reinigung
- Minjan** nötige Mindestzahl von zehn religionsmündigen jüdischen Männern zur Abhaltung eines gemeinsamen Gottesdienstes
- Mitzwa** (Plural: Mitzwot) Gebot, religiöse Pflicht
- Mohel** Beschneider
- Ordentlicher Schutzjude** → Ordinarius
- Ordinarius** (Ordentlicher Schutzjude) Inhaber eines vererbaren → Schutzbriefes gemäß preußischem Generalreglement von 1750, der seinen Rechtstitel (bei Aufbringung der geforderten Abgaben) zwischen 1750 und 1763 an eines bzw. nach 1763 an zwei seiner Kinder weitergeben konnte
- Pessach** Fest zur Erinnerung u. a. an die Befreiung des Volkes Israel aus ägyptischer Gefangenschaft (nach jüdischem Kalender vom 14. bis 21. Nissan, zumeist in zeitlicher Nähe zum christlichen Osterfest)

- Polenaktion** Abschiebung von ca. 15 000 bis 17 000 Juden polnischer Nationalität seit dem 27./28. Oktober 1938 über die deutsch-polnische Grenze nach Zbąszyń/Bentschen
- Rabbi** (**,Rebbe‘**) wird in den Quellen oft synonym für Lehrer oder Vorbeter verwendet; nicht gleichbedeutend mit → Rabbiner
- Rabbiner** Schriftgelehrter; geistiger Führer einer Gemeinde; Lehrer, Prediger, Seelsorger und Ausleger der Thora, entscheidet Fragen auf der Basis des jüdischen Religionsgesetzes. Er hat keine priesterlichen Aufgaben oder Rechte, sondern ist gleichberechtigtes Mitglied seiner Gemeinde.
- Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF)** 1919 gegründete Organisation zur Wahrung soldatischer Tradition, für den Kampf gegen den Antisemitismus, zur Betreuung jüdischer Kriegsoffer und zur sportlichen Ertüchtigung; in den 1930er Jahren auch Förderung von Siedlungsbestrebungen, z. B. in Argentinien; Publikationsorgan *„Der Schild“* (1921–1938)
- Reichsfluchtsteuer** ursprünglich befristete Notverordnung der Regierung Brüning vom 8. Dezember 1931 gegen Kapital- und Steuerflucht ins Ausland (gültig für alle Deutschen); von jüdischen Emigranten erzwungene Abgabe während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RV)** Repräsentationsorgan der jüdischen Gemeinden und Vereine in Deutschland (1932/33). Änderung des ursprünglichen Namens (*„Reichsvertretung der deutschen Juden“*) auf Anweisung der Behörden 1935 in *„Reichsvertretung der Juden in Deutschland“*, im Februar 1939 in *„Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“*, die alle *„Rassejuden“* im Sinne der *„Nürnberger Gesetze“* umfasste; unterstand seit 1939 dem Reichssicherheitshauptamt
- Rosch ha-Schana** jüdisches Neujahrsfest; nach jüdischem Kalender am 1. (und 2.) Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im September/Oktober
- Sabbat** (**Schabbat**) Ruhetag, beginnt am Freitagabend kurz vor Sonnenuntergang und endet bei Anbruch der Dunkelheit am Samstagabend
- Schächten** Schlachten nach ritueller Vorschrift, durchgeführt von einem diplomierten Schächter → Schochet
- Schochet** (Plural: Schochtim) Schächter → Schächten
- Schofar** Widderhorn, das vor allem im Synagogengottesdienst an → Rosch ha-Schana und an → Jom Kippur geblasen wird
- Schutzbrief** (Geleitbrief) obrigkeitliches Dokument, das seinem Empfänger, einem → Schutzjuden bzw. verleiteteten Juden, unter Vorbehalt der Einhaltung fiskalischer, religiöser und ökonomischer Bedingungen die Niederlassung gestattete und obrigkeitlichen Schutz in Aussicht stellte
- Schutzjude** jüdischer Haushaltsvorstand, der sich im Besitz eines → Schutzbriefes befand
- Shoa** Bezeichnung für den an Juden durch die Nationalsozialisten verübten Völkermord
- Sicherungsanordnung** zur Sicherung der → Reichsfluchtsteuer wurde während der nationalsozialistischen Herrschaft bei vermeintlicher oder tatsächlicher Auswanderungsabsicht das Konto gesperrt; Geld konnte nur mit Genehmigung der Finanzbehörde für Sonderausgaben abgehoben werden
- Simchat Thora** Fest der Thorafreude zum Abschluss und Neubeginn der jährlichen Thoralesung; letzter Tag des Laubhüttenfestes → Sukkot
- Sofer** hier: Schreiber u. a. von Thorarollen
- Stolpersteine** vor dem letzten Wohnort von Juden in den Boden eingelassene Gedenktafeln aus Messing, mit denen der Künstler Gunter Demnig seit 1992 an NS-Opfer erinnert

- Sukka** Laubhütte unter freiem Himmel aus Zweigen und Flechtwerk, in der die Familie an → Sukkot ihre Mahlzeiten einnimmt
- Sukkot** Laubhüttenfest (u. a. Erntedankfest; nach jüdischem Kalender 15.–23. Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im Oktober); sieben Tage, an denen sich die Familie überwiegend in der → Sukka aufhält
- Talmud** Zusammenstellung (Gesetzeskodex) verschiedener Auslegungen der → Thora
- Thora** die fünf Bücher Mose
- Thoranische/Thora(wand)schrank** → Aron hakodesch
- Thorarolle** Pergamentrolle mit der handgeschriebenen → Thora
- Vorgänger** in der Frühen Neuzeit Fürsprecher der Judenschaft auf Landesebene, verantwortlich gegenüber der Landesherrschaft

Quellen und Literatur

Aufgenommen sind Literatur und Quellenpublikationen, die in den Ortsartikeln verkürzt zitiert werden, sowie Werke mit ortsübergreifendem Bezug, auf die in den Ortsartikeln keine gesonderten Hinweise erfolgen.

- ALICKE Klaus-Dieter, Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, 3 Bde. <Gütersloh 2008>.
- Allgemeine Zeitung des Judenthums. Ein unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse; Beilage, Der Gemeindebote, hg. von PHILIPPSON Ludwig u. a. <Leipzig/Berlin 1837–1922>.
- ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland <Brilon 1988>.
- ASCHOFF Diethard, Unveröffentlichte westfälisch-jüdische Erinnerungen. In: WF 38 <1988> 257–265.
- DERS., Die Feme und die Juden. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 72 <1980> 31–47.
- DERS., Geschichte der Juden in Westfalen im Mittelalter (= Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 5) <Berlin u. a. 2006>.
- DERS., Zur Geschichte der Juden in Westfalen. Anmerkungen zum Forschungsstand. In: WF 36 <1986> 136–146.
- DERS., Holocaust in Augenzeugenberichten westfälischer Juden. In: WF 38 <1988> 244–256.
- DERS., Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: KLUETING Harm (Hg.), Das Herzogtum Westfalen, Bd. 1: Das kurkölnische Westfalen von den Anfängen bis zur Säkularisation 1803 <Münster 2009> 669–703.
- DERS., Die Juden in Westfalen zwischen Schwarzem Tod und Reformation (1350–1530). Studien zur Geschichte der Juden in Westfalen. In: WF 30 <1980> 78–106.
- DERS., Kölnische Juden in Westfalen. In: BERGHAUS Peter/KESSEMEIER Siegfried (Hg.), Köln – Westfalen 1180–1980. Landesgeschichte zwischen Rhein und Weser, Bd. 1 <Münster 1980> 276–280.
- DERS., Judenkennzeichnung und Judendiskriminierung in Westfalen bis zum Ende des Alten Reiches. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 3 <1993> 15–47.
- DERS., Ein schwerer Neubeginn – Westfälische Juden zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 38–47.
- DERS., Das Pestjahr 1350 und die Juden in Westfalen. In: WZ 129 <1979> 57–67.
- DERS., Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in der Stadt Hamm. Von den Anfängen bis zur Zeit des Großen Kurfürsten 1287–1664 (= Westfalia Judaica 3,2) <Münster 2005>.
- DERS., Die westfälischen Vereine für jüdische Geschichte und Literatur im Spiegel ihrer Jahrbücher (1899–1920). In: FREIMARK Peter/RICHTERING Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brillung (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 14) <Hamburg 1988> 218–245.
- DERS., Zum jüdischen Vereinswesen in Westfalen. In: WF 39 <1989> 127–157.
- DERS., Autobiographische Zeugnisse westfälischer Juden über ihre Deportation und KZ-Haft. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN, Verdrängung und Vernichtung 169–214.

- Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung zur Bildung von Elementarlehrern und Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Juden, hg. von dem Kuratorium der gedachten Stiftung 1–46 <Münster 1827–1911/13>.
- Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 1: Rabbiner der Emanzipationszeit in den deutschen, böhmischen und großpolnischen Ländern 1781–1871, 2 Bde., bearb. von WILKE Carsten <München 2004>; T. 2: Die Rabbiner im Deutschen Reich 1871–1945, 2 Bde., bearb. von JANSEN Katrin Nele <München 2009>.
- BIRKMANN Günter/STRATMANN Hartmut, Bedenke vor wem du stehst. 300 Synagogen und ihre Geschichte in Westfalen und Lippe <Essen 1998>.
- BRILLING Bernhard, Alexander Haindorf in seinen Bemühungen um eine Anstellung als Universitätsprofessor und seine Tätigkeit als Dozent in Münster. In: WZ 131/132 <1982> 69–125.
- DERS., Archivgut und Dokumentation der Judenverfolgung unter Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen. In: Der Archivar 22 <1969> 157–168.
- DERS., Die Familiennamen der Juden in Westfalen. In: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 5 <1958> 133–162 u. Nachtrag ebd. 6 <1959> 91–99.
- DERS., Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815–1945. In: HEGEL Eduard/STUPPERICH Robert/BRILLING Bernhard, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen (= Beiträge zur Geschichte der Preußischen Provinz Westfalen 2) <Münster 1978> 105–143.
- DERS., Urkundliche Nachweise über die ersten Ansiedlungen der Juden in den westfälischen Städten des Mittelalters (bis 1350). In: WF 12 <1959> 142–161.
- DERS., Das jüdische Schulwesen in Westfalen im 19. Jahrhundert (Ein Kapitel aus dem Kampf um die Gleichberechtigung der jüdischen Religion). In: Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland 5 <1974/75> 11–45.
- DERS./RICHTER Helmut (Hg.), Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1: 1005–1350 [→ Westfalia Judaica].
- BROCKE Michael (Hg.), Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938 Nordrhein-Westfalen, erarbeitet vom Salomon Ludwig Steinheim-Institut für Deutsch-Jüdische Geschichte (= Gedenkbuch der Synagogen Deutschland 1938) <Bochum 1999>.
- DERS./MÜLLER Christiane E., Haus des Lebens. Jüdische Friedhöfe in Deutschland <Leipzig 2001>.
- BRÜSCHKE Rudolf/FÖCKELER Norbert (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland (= Hochsauerlandkreis-Schriftenreihe 3) <Fredeburg 1994>.
- BRUNS Alfred, Die Juden im Altkreis Meschede. Dokumentation 1814–1874. Die Schmallenberger Juden 1934–1943 (= Landeskundliche Schriften für das kurkölnische Sauerland 6) <Brilon 1987>.
- DERS. (Bearb.) [Red. BRÜSCHKE Rudolf], Die Juden im Herzogtum Westfalen. Dokumentation der zentralen Quellen (= Hochsauerlandkreis-Schriftenreihe 2) <Fredeburg 1994>.
- DERS. (Hg.), Westfalenlexikon 1832–1835 (= Nachdrucke zur westfälischen Archivpflege 3) <Münster 1978>.
- C[entral]-V[erein]-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens <Berlin 1922–1938>.
- DEVENTER Jörg, Das westfälische Land- und Kleinstadtjudentum in der Frühen Neuzeit. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 48–56.
- DIAMANT Adolf, Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945–1980. Anlage zur Dokumentation Jüdische Friedhöfe in Deutschland – eine Bestandsaufnahme <Frankfurt 1982>.
- DERS., Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999 (mit einem Nachwort v. Julius H. Schoeps) <Potsdam 2000>.

- DERS., Jüdische Friedhöfe in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme <Frankfurt a. M. 1982>.
- DERS., Zerstörte Synagogen im November 1938. Eine Bestandsaufnahme <Frankfurt a. M. 1978>.
- Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. December 1871 (= Die Gemeinden und Gutsbezirke des Preußischen Staates und ihre Bevölkerung 9) <Berlin 1874>.
- ESSER Hermann, Die Limburger Juden. In: Hohenlimburger Heimatblätter 4 <1930> 161–176.
- ESSER Joseph Ignatz, Über den Zustand der Israeliten insbesondere im Regierungs-Bezirk Arnsberg <Bonn 1820>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-23938> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- FÖCKELER Norbert, Juden aus dem Hochsauerland als Opfer der Verfolgung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 252–266.
- Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, bearb. vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst, Arolsen, <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- Gedenkbuch an den deutsch-französischen Krieg von 1870–71 für die deutschen Israeliten, hg. von der Redaktion der Allgemeinen Zeitung des Judenthums <Bonn 1871>.
- Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen. Nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925 und anderen amtlichen Quellen unter Zugrundelegung des Gebietsstandes vom 1. März 1931, bearb. vom Preußischen Statistischen Landesamt, Bd. 11: Provinz Westfalen <Berlin 1931>.
- Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen. Auf Grund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 und anderer amtlicher Quellen ..., bearb. vom Königlichen statistischen Bureau (= Gemeindelexikon für das Königreich Preußen 10) <Berlin 1897>.
- Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. December 1871, bearb. vom Königlichen Statistischen Bureau (= Die Gemeinden und Gutsbezirke des Preussischen Staates und ihre Bevölkerung 9) <Berlin 1874>.
- Germania Judaica 1: Von den ältesten Zeiten bis 1238, hg. von ELBOGEN Ismar/FREIMANN Aron/TYKOCINSKI Haim <Breslau 1934, ND Tübingen 1963>; 2.1: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Aachen – Luzern, hg. von AVNERI Zvi <Tübingen 1968>; 2.2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Maastricht – Zwolle, hg. von AVNERI Zvi <Tübingen 1968>; 3.1: 1350–1519. Ortschaftsartikel Aach – Lychen, hg. von MAIMON Arye <Tübingen 1987>; 3.2: 1350–1519. Ortschaftsartikel Mährisch-Budwitz – Zwolle, hg. von MAIMON Arye u. a. <Tübingen 1995> u. 3.3: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, hg. von MAIMON Arye u. a. <Tübingen 2003>.
- GÖDDEN Walter/NÖLLE-HORNKAMP Iris (Hg.), Westfälisches Autorenlexikon, Bd. 1 (1750–1800) <Paderborn 1993>; Bd. 2 (1800–1850) <Paderborn 1994>; Bd. 3 (1850–1900) <Paderborn 1997> u. Bd. 4 (1900–1950) <Paderborn 2002>, online: <http://www.lwl.org/literaturkommission/alex/index.php> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- GRUNWALD Max, Altjüdisches Gemeindeleben. In: Mitteilungen zur jüdischen Volkskunde 15 <1912> H. 1, S. 1–4 u. 74–88 sowie 20 <1918> H. 3, S. 55–64.
- HAMMER-SCHENK Harold, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780–1933), 2 Bde. (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen Juden 8) <Hamburg 1981>.

- Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands: Nordrhein-Westfalen (Neubearbeitung), hg. von GROTEN Manfred/JOHANEK Peter/REININGHAUS Wilfried/WENSKY Margret <Münster 2006>.
- Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung (bzw. Wohlfahrtspflege), hg. vom Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes (und von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden) <Berlin 1907; 1909; 1911; 1913; 1924/25>.
- HAVERKAMP Alfred (Hg.), Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk (= Forschungen zur Geschichte der Juden, Abt. A: Abhandlungen 14), T. 1: Kommentarband; T. 2: Ortskatalog; T. 3: Karten <Hannover 2002>.
- HEPP Michael (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, 3 Bde. <München u. a. 1985, 1988>.
- HERZIG Arno, Von der Aufklärung zur Emanzipation. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 75–90.
- DERS., Berührungspunkte und Konfliktzonen von jüdischer Minderheit und christlicher Gesellschaft im 18. Jahrhundert am Beispiel der beiden westfälischen Kleinstaaten Paderborn und Limburg. In: FREIMARK Peter/RICHTERING Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brillung (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 14) <Hamburg 1988> 150–189.
- DERS., Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozeß. In: VOLKOV Shulamit (Hg.), Deutsche Juden und die Moderne (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien 25) <München 1994> 95–118.
- DERS., Judentum und Emanzipation in Westfalen (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde, Reihe 1: Wirtschafts- und Verkehrswissenschaftliche Arbeiten 17) <Münster 1973>.
- DERS. (Bearb.), Jüdische Quellen zur Reform und Akkulturation der Juden in Westfalen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, XLV: Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen 1) <Münster 2005>.
- DERS./TEPPE Karl/DETERMANN Andreas (Hg.), Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen (= Forum Regionalgeschichte 3) <Münster 1994>.
- HESSE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen <Brilon 1991>.
- HOLTHAUSEN Maria, Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: WZ 96 <1940> 48–152.
- HONSELMANN Wilhelm, Die Juden der Grafschaft Limburg 1775/1776. In: Hohenlimburger Heimatblätter 24 <1963> 127–128.
- Israelitisches Familienblatt <Hamburg 1898–1938>.
- JEHLE Manfred (Hg.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz, 4 Teile (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 82), T. 3: Enquête des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die Kultus-, Schul- und Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden in den preußischen Provinzen 1843–1845: Provinzen Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen <München 1998>.
- Die Juden als Soldaten, hg. von dem Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin (= Die Juden in Deutschland 2) <Berlin 1896>.
- Judengeleit in Werl, Arnsberg und Brilon (Text des Arnsberger Judenprivilegs vom 26.05.1671). In: Blätter zur näheren Kunde Westfalens 13 <1875>, H. 4, S. 69–71, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/periodical/structure/1397699> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, hg. vom Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten <Berlin 1932; ND Moers 1979>.

- KLATT Marlene, Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925–1965 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 61) <Paderborn 2009>.
- KOESTER Ludewig Albert Wilhelm, Systematisches Repertorium über die für das Herzogthum Westphalen von alten Zeiten her, bis zu Ende des Jahrs 1812 erlassenen Gesetze, Verfügungen, Generalien, Regulative, Instruktionen und andere Gegenstände <Arnsberg 1813>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-98915> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- KOHNKE (Bearb.), Quellen → Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer
- KOLLATZ Thomas, Westfälisches Judentum zwischen Reform und Orthodoxie im 19. Jahrhundert. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 98–108.
- KOSCHE Rosemarie, Studien zur Geschichte der Juden zwischen Rhein und Weser im Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte der Juden, Abt. A: Abhandlungen 15) <Hannover 2002>.
- KRATZSCH Gerhard, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung – „Arisierung“ – Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat <Münster 1989>.
- DERS., Die „Entjudung“ der mittelständischen Wirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN (Hg.), Verdrängung und Vernichtung 91–114.
- KULKA Otto Dov/JÄCKEL Eberhard (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 (= Schriften des Bundesarchivs 62), mit CD-Rom <Düsseldorf 2004>.
- LAZARUS Félix, Das Königlich Westphälische Konsistorium der Israeliten, nach meist unbenützten Quellen <Pressburg 1914>.
- LOOS Wolfgang, Die Namensführung der Juden im Hochsauerland. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 75–128.
- MASER Werner, Die Juden in der Frei- und Reichsstadt Dortmund und der Grafschaft Mark <Witten 1912>.
- MENNEKEN Kirsten/ZUPANCIC Andrea (Hg.), Jüdisches Leben in Westfalen. Eine Ausstellung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dortmund in Kooperation mit dem Museum für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund ... <Essen 1998>.
- MEYER Hans Chanoch (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Eine Sammelschrift <Frankfurt a. M. 1962>.
- MÜLLER Helmut (Bearb.), Herzogtum Westfalen. Das Territorialarchiv des Herzogtums Westfalen, Bd. 1 (= Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 4) <Münster 2006>.
- PHILIPPSON Martin, Der Anteil der jüdischen Freiwilligen an dem Befreiungskriege 1813 und 1814. In: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums NF 13 <1906> 1–21.
- PIORR Ralf (Hg.), Ohne Rückkehr. Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamość im April 1942 (= Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund 1) <Essen 2012>.
- PLUM Marlene, Judentum zwischen Emanzipation und Restauration. Die Gutachten über das Judenwesen im Regierungsbezirk Arnsberg 1818–1847 <Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades, Masch. Münster 1991>.
- PRACHT-JÖRNS Elfi, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg (= Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern von Westfalen 1.3) <Köln 2005>.
- DIES., Zierde der Stadt – Schandfleck – Denkmal. Synagogen als Teil des jüdischen Kulturerbes in Nordrhein-Westfalen. In: Westfalen. Hefte für Geschichte, Kunst und Volkskunde 84 <(2006) 2009> 141–158.

- PUVOGEL Ulrike/STANKOWSKI Martin, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 1: Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 245) <Bonn 1987>, 2., überarb. und erw. Aufl. (= Reihe deutsche Vergangenheit, Stätten der Geschichte Berlins 125) <Bonn 1995>.
- Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer, hg. von JERSCH-WENZEL Stefi/RÜRUP Reinhard, Bd. 2: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, T. 1: Ältere Zentralbehörden bis 1808/10 und Brandenburg-Preußisches Hausarchiv, bearb. von KOHNKE Meta <München 1999>; Bd. 5: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, T. 2: Sonderverwaltungen der Übergangszeit 1806–1850 ..., bearb. von METSCHIES Kurt u. a. <München 2000>; Bd. 6: Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, 2 Teile, bearb. von WELKER Barbara u. a. <München 2001>.
- RADE Hans Jürgen, Jüdische Personenstandseinträge und Familienregister in katholischen Kirchenbüchern des Herzogtums Westfalen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung 67 <2009> 7–144.
- REEKERS Stephanie/SCHULZ Johanna, Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818–1950 <Dortmund 1952>.
- REININGHAUS Wilfried, Quellen zur Geschichte der Juden im Westfälischen Wirtschaftsarchiv Dortmund. In: WF 39 <1989> 359–366.
- ROHDE Saskia, Zwischen Verfolgung und Shoah. Die Zerstörung der Synagogen in Westfalen. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN (Hg.), Verdrängung und Vernichtung 76–90.
- SCHEFFLER Wolfgang/SCHULLE Diana (Bearb.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Bd. 1 u. 2 <München 2003>.
- SCHENK Tobias, „... dienen oder fort“? Soziale, rechtliche und demographische Auswirkungen friderizianischer Judenpolitik in Westfalen (1763–1806). In: Westfalen 84 <(2006) 2009> 27–64.
- DERS., Das „Judenporzellan“ – eine kommentierte Tabellenpräsentation zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden im friderizianischen Preußen (1769–1788), <http://www.perspectivia.net/content/publikationen/friedrich300-quellen> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- Der Schild. Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten <Berlin 1922–1938>.
- SCHLESINGER Bella (Bearb.), Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland, 1932–1933, hg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden <Berlin 1932>; Nachdruck der Seiten 143–185 unter dem Titel „Jüdische Gemeinden und Institutionen in der Provinz Westfalen 1932“. In: MEYER, Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 159–185.
- SCHNEE Heinrich, Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus, Bd. 1: Die Institution des Hoffaktorentums in Brandenburg-Preußen <Berlin 1953>; Bd. 3: Die Institution des Hoffaktorentums in den geistlichen Staaten Norddeutschlands, an kleinen norddeutschen Fürstenhöfen, im System des absoluten Fürstenstaates <Berlin 1955>.
- SCHNORBUS Ursula (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden in Westfalen. Spezialinventar zu den Akten des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Münster <Münster 1983>.
- SCOTTI Johann Josef, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem vormaligen Churfürstentum Cöln, im Herzogthum Westphalen und im Veste Reck-

- linghausen ... ergangen sind vom Jahr 1463 bis zum Eintritt der Königl. Preußischen Regierungen im Jahre 1816, 4 Bde. <Düsseldorf 1830>.
- SEIBERTZ Johann Suibert (Hg.), Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen, 3 Bde. <Arnsberg 1839–1854>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-1402> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- SPECTOR Shmuel (Hg.), The Encyclopedia of Jewish Life before and during the Holocaust, 3 Bde. <New York 2001>.
- Statistisches Jahrbuch deutscher Juden, im Auftrag des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes hg. vom Bureau für Statistik der Juden, Jg. 17 <Berlin 1905>.
- STRATMANN Hartmut/BIRKMANN Günter, Jüdische Friedhöfe in Westfalen und Lippe <Düsseldorf 1987>.
- Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1: 1005–1350 hg. von BRILLING Bernhard/RICHTERING Helmut (= Studia Delitzschiana 11) <Stuttgart 1967>, 2. Aufl. mit Nachträgen von ASCHOFF Diethard u. d. Titel: Westfalia Judaica. Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe <Münster 1992>.
- WILKE Carsten L., Die ungeliebte Tradition. Rabbiner in Westfalen 1619–1943. In: Westfalen 84 <(2006) 2009> 9–25.
- ZACHARIAS Sylvia, Synagogen-Gemeinden 1933. Ein Wegweiser zu ihren Spuren in der Bundesrepublik Deutschland, T. 1 <Berlin 1988>.
- ZIMMERMANN Michael (Hg.), Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen (= Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens 11) <Köln 1998>.

Abkürzungen

A	Archiv	Gft.	Grafschaft
Abb.	Abbildung(en)	GHztm.	Großherzogtum
Abt.	Abteilung	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
AG	Aktiengesellschaft	Gr.	Groschen
AZJ	Allgemeine Zeitung des Judent(h)ums	HA	Hauptabteilung
BDM	Bund Deutscher Mädels	hebr.	hebräisch
Best.	Bestand, Bestände	HJ	Hitlerjugend
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem	Hztm.	Herzogtum
CJA	Centrum Judaicum, Archiv (Stiftung Neue Synagoge Berlin)	IHK	Industrie- und Handels- kammer
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens	Jh.	Jahrhundert(s)
d. J.	des Jahres	JTC	Jewish Trust Corporation
DDP	Deutsche Demokratische Partei	jüd.	jüdisch
DDR	Deutsche Demokratische Republik	jun.	junior
Dep.	Depositum	kath.	katholisch
DIGB	Deutsch-Israelitischer Gemeinde-Bund	KDK	Kriegs- und Domänen- kammer
DM	Deutsche Mark	kgl.	königlich
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	Kgr.	Königreich
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
ehem.	ehemalig	Kr.	Kreis
EK I, II	Eisernes Kreuz I. und II. Klasse	KZ	Konzentrationslager
e. V.	eingetragener Verein	LAV	Landesarchiv
ev.	evangelisch	LBI	Leo Baeck Institute, New York
FA	Fürstliches Archiv	LGft.	Landgrafschaft
FBtm.	Fürstbistum	LRA	Landratsamt
fl.	Florin/Gulden	LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
fol.	folio	M	Mark
franz.	französisch	MGV	Männergesangverein
Fstm.	Fürstentum	Ms.	Manuskript
geb.	geboren	ND	Nachdruck/Neudruck
Gebr.	Gebrüder	NF	Neue Folge
gegr.	gegründet	NRW	Nordrhein-Westfalen
Geh. StaatsA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz	NS	Nationalsozialismus/ nationalsozialistisch(e)
gest.	gestorben	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gestapo	Geheime Staatspolizei	OFD	Oberfinanzdirektion
		OWL	Ostwestfalen-Lippe
		Pf.	Pfennig
		preuß.	preußisch(e, er, es)
		prot.	protestantisch
		ref.	reformiert

Reg.-Bez.	Regierungsbezirk	SS	Schutzstaffel der NSDAP
Rep.	Repositur	T.	Teil
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten	Tlr.	Taler (für die Zeit nach 1824)
RKG	Reichskammergericht	v.	von
RM	Reichsmark	verb.	verbessert
Rtlr.	Reichstaler (für die Zeit bis 1823)	verh.	verheiratet
RV	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	verst.	verstorben
SA	Sturmabteilung der NSDAP	VHS	Volkshochschule
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS	Vors.	Vorsitzende(r)
sen.	senior	VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Sgr.	Silbergroschen	VSGW	Verband der Synagogengemeinden Westfalens
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	WF	Westfälische Forschungen
		WZ	Westfälische Zeitschrift

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- ARENS Gerhard (†): Ortsartikel *Lennestadt-Oedingen*
- ASCHOFF Prof. Dr. Diethard, Detmold: Ortsartikel *Hamm*
- BANKE Gudrun, Marsberg, zusammen mit Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- BARTHOLMÉ Sturmius, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Wilhelm CRAMER, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- BAUSEN Harald, Wetter-Todenhausen: Ortsartikel *Medebach*
- BLANK Ralf M. A., Hagen, zusammen mit Stephanie MARRA: Ortsartikel *Hagen* und *Hagen-Hohenlimburg*
- BRUNS Dr. Alfred, Münster: Ortsartikel *Brilon, Brilon-Alme, Brilon-Madfeld, Eslohe* und *Eslohe-Wenholthausen*
- BURKARDT Dr. Johannes, Münster: Ortsartikel *Bad Berleburg, Bad Berleburg-Elsoff, Bad Berleburg-Schwarzenau* und *Bad Laasphe* sowie zusammen mit Wilfried REININGHAUS Überblicksartikel *Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein*
- CRAMER Wilhelm, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- CYMONTKOWSKI Heinz, Selm: Ortsartikel *Selm-Bork*
- DEISTING Heinrich-Josef, Werl, zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Werl* und *Werl-Büderich*
- DIETERMANN Klaus, Netphen, zusammen mit Ulrich Friedrich OPFERMANN: Ortsartikel *Siegen* und Überblicksartikel *Die Juden im Fürstentum Siegen*; zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Hilchenbach* und *Kreuztal-Burgholdinghausen*
- ENSTE Stefan, Dipl. theol., Warstein: Ortsartikel *Warstein* und *Warstein-Belecke*
- FENNENKÖTTER Hans-Christoph, Lippstadt, zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Lippstadt* und *Lippstadt-Lipperode*
- FENNER Dr. Wolfgang (†): Ortsartikel *Schwelm*
- FERTIG-MÖLLER Heide Lore, Werne: Ortsartikel *Werne*
- FOLLMANN Bernd, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- FÖLSTER Dieter, Unna: Ortsartikel *Unna*
- FREUND Prof. Dr. Susanne, Potsdam: Ortsartikel *Olsberg-Bigge*
- GLADE Georg, Hallenberg: Ortsartikel *Hallenberg*
- GOSMANN Michael M. A., Arnsberg: Ortsartikel *Arnsberg, Arnsberg-Hüsten* und *Arnsberg-Neheim*
- GRÜN Wolf-Dieter, Finnentrop: Ortsartikel *Finnentrop-Lenhausen*

- HALWER Andreas, Bochum: Ortsartikel *Bochum-Wattenscheid*
- HEINEMANN Dr. Claus, Werl-Hilbeck: Ortsartikel *Olpe-Neuenkleusheim*
- HERZIG Prof. Dr. Arno, Hamburg: Ortsartikel *Iserlohn* und *Iserlohn-Oestrich* sowie
Überblicksartikel *Die Juden in der Grafschaft Limburg*
- HESS Wilfried, Lünen, zusammen mit Fredy NIKLOWITZ: Ortsartikel *Lünen* und *Lünen-Brambauer*
- HILDEBRANDT Manfred, Herne: Ortsartikel *Herne* und *Herne-Wanne-Eickel*
- HÖGL Dr. Günther, Selm: Ortsartikel *Dortmund-Aplerbeck*, *Dortmund-Dorstfeld*, *Dortmund-Mengede* und *Dortmund-Wickede* sowie zusammen mit Thomas SCHILP: Ortsartikel *Dortmund* und *Dortmund-Hörde*
- HOSENFELD Hartmut, Attendorf: Ortsartikel *Attendorf*
- HOSTERT Dr. Walter (†): Ortsartikel *Lüdenscheid*
- HÜTTENMEISTER Nathanja M. A., Duisburg: Überblicksartikel *Die Juden im Herzogtum Westfalen bis um 1700*
- KISTNER Hans-Jürgen, Kamen: Ortsartikel *Kamen*
- KLINER-FRUCK Dr. Martina, Witten: Ortsartikel *Witten* und *Witten-Annen*
- KNACKSTEDT Dr. Wolfgang, Münster: Ortsartikel *Anröchte*
- KOHL Dr. Rolf Dieter, Neuenrade: Ortsartikel *Altena*, *Balve* und *Neuenrade*
- KÖHN Dr. Gerhard (†): Ortsartikel *Soest*
- LUTTER Walter, Körbecke: Ortsartikel *Möhnesee-Körbecke*
- MARRA Dr. Stephanie, Dortmund, zusammen mit Ralf BLANK: Ortsartikel *Hagen* und *Hagen-Hohenlimburg*
- MARX Reinhard, Geseke: Ortsartikel *Geseke*
- NIKLOWITZ Fredy, Lünen, zusammen mit Wilfried HESS: Ortsartikel *Lünen* und *Lünen-Brambauer*
- OLSCHEWSKI Dr. Ursula, Paderborn: Ortsartikel *Fröndenberg*, *Menden*, *Olpe*, *Olpe-Rhode*, *Rüthen-Oestereiden* und *Welver-Scheidungen*
- OPFERMANN Ulrich Friedrich, Siegen, zusammen mit Klaus DIETERMANN: Ortsartikel *Siegen* und Überblicksartikel *Die Juden im Fürstentum Siegen*
- PETERS Maria, Bad Westernkotten: Ortsartikel *Erwitte-Bad Westernkotten*
- REININGHAUS Prof. Dr. Wilfried, Senden: Ortsartikel *Iserlohn-Hennen*, *Schwerte*, *Schwerte-Ergste* und *Witten-Herbede* sowie Überblicksartikel *Die Juden in der Grafschaft Mark (1648–1806)* und *Die Juden im Herzogtum Westfalen im 18. Jahrhundert* sowie zusammen mit Johannes BURKARDT Überblicksartikel *Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein*
- RICHTER Dr. Erika, Meschede: Ortsartikel *Meschede*
- RÜFFER Dr. Joachim, Soest: Ortsartikel *Bad Sassendorf-Ostinghausen*, *Erwitte*, *Erwitte-Horn*, *Gevelsberg*, *Kreuztal-Littfeld*, *Lennestadt-Langenei*, *Lippetal-Herzfeld*, *Lippetal-Hovestadt*, *Lippetal-Oestinghausen*, *Lippstadt-Eickelborn*, *Sundern-Stockum* und *Winterberg*, zusammen mit Heinrich Josef DEISTING: Ortsartikel *Werl* und *Werl-Büderich*, zusammen mit Hans-Christoph FENNENKÖTTER: Ortsartikel *Lippstadt* und *Lippstadt-Lipperode* sowie zusammen mit Klaus DIETERMANN: Ortsartikel *Hilchenbach* und *Kreuztal-Burgholdinghausen*
- SCHILP Prof. Dr. Thomas, Herdecke, zusammen mit Günther HÖGL: Ortsartikel *Dortmund* und *Dortmund-Hörde*
- SCHULTE Dr. Günter, Schmallenberg: Ortsartikel *Schmallenberg* und *Schmallenberg-Bödefeld*
- SOLLBACH Prof. Dr. Gerhard E., Herdecke: Ortsartikel *Herdecke*
- SOMMER Friedhelm, Rüthen: Ortsartikel *Rüthen*
- STOLZ Siegfried, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER und Bernd FOLLMANN: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen*,

- Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg und Marsberg-Udorf*
STOPSACK Hans-Hermann, Hemer, mit Eberhard THOMAS: Ortsartikel *Hemer*
THOMAS Eberhard, Hemer, zusammen mit Hans-Hermann STOPSACK: Ortsartikel *Hemer*
WEISS Thomas, Hattingen: Ortsartikel *Hattingen* und *Hattingen-Blankenstein*
WITTKOPP-BEINE Martina M. A., Plettenberg: Ortsartikel *Plettenberg*
WÖLK Dr. Ingrid, Bochum: Ortsartikel *Bochum*
ZEZULAK-HÖLZER Ira M. A., Meinerzhagen: Ortsartikel *Meinerzhagen*